

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohmentspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.—Mf., für einen Monat 6.—Mf. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13699. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Interatenpreis: Die 7 geblattete Kolonelseite oder deren Raum 2.50 Mf., bei Blattvorschrift 3.—Mf.; Familiennachrichten, die 7 geblattete Zeile 2.—Mf. Reklame-Kolonelseite 10.—Mf. — Telefon für die Interaten-Abteilung 2721 Schluß der Interaten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Bedingungen der Industrie.

Entstaatlichung der Eisenbahnen.

Zur Erläuterung der vom Reichsverband der deutschen Industrie beschlossenen Resolution, betreffend die Kredithilfe, hatte der Reichskanzler gestern die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu sich gebeten.

Als Sprecher der Industriellen begründete Dr. Sorge die Resolution mit folgenden Worten:

Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu lösenden Fragen der sparsamen Finanzwirtschaft und der Wiedereinführung des Wirtschaftslebens von den ihm auferlegten Fesseln, kommen zunächst Alte der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen, mit den Reichseisenbahnen beginnen, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe in privatwirtschaftliche Formen zu bringen.

Die Durchführung solcher Absichten ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftliche juristische Person in die Wege leitet. Die Industrie wird Vorläufe ausarbeiten und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, aus denen erachtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz praktischer Inhalt gegeben werden muß. Rein wirtschaftlich muß diese Aktion dahin führen, daß von einem nicht zu sehn liegenden Zeitpunkt ab die darin anzuliegenden Kapitalien der juristischen Person verzinnt werden, und daß gleichzeitig das Reich von allen persönlichen und sachlichen Lasten aus diesen Unternehmungen befreit wird. Die Entlastung des Reiches von Arbeitskosten, die weder ihrer Zweckbestimmung nach, noch in wirtschaftlicher Beziehung volle Rüfung finden, kann nach Aussicht der Industrie nur in Verbindung mit großzügigen Siedlungen erfolgen, die wieder an sich und nach ihrer örtlichen Lage die nötigste Beschäftigung dieser Beruflichkeiten sicherstellen.

Die Industrie ist sich darüber klar, daß die Durchführung dieser Aktion, insofern der Artikel 248 des Friedensvertrages Recht des Auslandes begründet hat, entsprechende Verhandlungen mit den Vertragsgegnern erforderlich macht, die gleichzeitig dazu führen müssen, im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage auch die Verpflichtungen aus dem Ultimatum einer anderenweiten Lösung zu erfüllen.

Auf dieser Grundlage wird die Industrie in Verhandlungen mit deutschen Banken eintreten, um, sofern eine Änderung des Londoner Ultimatums sich nicht schon aus den vorher angedeuteten Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reiches sowie die Entwicklungsmöglichkeit der angestrebten neuen Organisation der Reichsbetriebe zeitlich und sachlich sicherzustellen. Die Durchführung dieser Kreditierung einschließlich der Verhandlungen mit den auswärtigen Kreditgebern kann nur unter Führung der deutschen Industrie und im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen. Selbstverständlich muß, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herauarbeiten will, die Volksgemeinschaft, d. h. der Staat, denjenigen, die heute diesen jetzt freiwillig übernommenen Kredit zur Verfügung stellen, in zu vereinbaren Weise entsprechende Entlastung gewähren.

Der Reichskanzler nahm diese Erklärungen entgegen und bestonte, daß die Reichsregierung zu den Bedingungen der Industrie Stellung nehmen werde.

Scharfer Protest der Gewerkschaften.

Berlin, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die APPR erfahren, haben die Vorsände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Wir sehen in den Verhältnissen des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Gewährung einer Kredithilfe an das Reich eine Provokation der gesamten werktätigen Bevölkerung. Die organisierten Unternehmer trüppen an die Steuervorwandsfeststellung Bedingungen, die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zur Entrichtung und materiellen Anerkennung der Arbeiter, Angestellten und Beamten führen muß. Sie fordern von der Reichsregierung politische Garantien zugunsten des Unternehmertums, die in letzter Linie eine Einschränkung wenn nicht Befreiung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer in den Betrieben, eine Entstaatlichung der Eisenbahnen und sonstigen Reichsbetriebe und die Durchbrechung oder Aufhebung des Reichstagsunterlagen bedeuten. Die Vereinigten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erwarten von der Reichsregierung, daß sie die von den Industriellen in Verbindung mit der Gewährung der Kredithilfe erhobenen Forderungen unbedingt ablehnt.“

Einmütige Ablehnung durch die Eisenbahner.

Berlin, 11. November. (D.U.) Am Donnerstag waren Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und Arbeiter, sowie Hauptbeamtenrat und Hauptbetriebsrat der Reichseisenbahnen zusammengetreten, um mit dem Reichsverkehrsminister die Frage der Zweitmöglichkeit einer Entstaatlichung der Reichseisenbahnen zu erörtern. Sämtliche Organisationen lehnen eine Privatisierung der Reichsbahnen in jeder Form ab und erklärten, daß sie auch vor der Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurücktreten würden.

Die Berliner Presse zu den Bedingungen der Industrie.

Die Freiheit schreibt zu dem Kreditangebot der Industrie: „Herr Stinnes hat also wirklich die große Freiheit gehabt, die Beseitigung des staatlichen Einflusses auf dem entscheidenden Ge-

biet der Kohlenwirtschaft zu fordern. Wir haben schon neulich gesagt, daß das bedeuten würde, den Kohlenherren neue Prospekte in der Höhe einzige Goldmilliarden jährlich in den Schoß zu werfen. Man muß schon sagen, die Not des Staates zu einem solchen Expressionsversuch zu benutzen, übersteigt wirklich alles, was rücksichtslos Profitlust je gewagt hat. Aber die Herren, die so mahllos in ihren Forderungen sind, sind ungeheuer zulässig und in ihrem Anerbieten... Die Antwort auf diesen Expressionsversuch der Industrie kann nur sein ein Gesetz, das sofort 25 Prozent des Kapitals aller Aktiengesellschaften dem Staat überträgt werden. Der Staat, der über einen solchen Anteil an den großen Unternehmungen verfügt, wird dann auch kreditfähig sein. Wenn diese Kredite vielleicht zu härteren Bedingungen aufgenommen werden müssen, so trägt davon die Industrie Schul, die wir dann diese härteren Bedingungen eben mit höheren Steuern entgelten lassen. Eine Kapitulation vor den Bedingungen des Stinnes ist noch lange nicht nötig und darf unter keinen Umständen erfolgen. Herr Stinnes hat der Arbeiterschaft, hat der politischen Freiheit des deutschen Volkes den Krieg erklärt. Herr Stinnes hat seine aldeutschen Phantasien offenbar noch immer nicht vergessen. Es ist Zeit, daß sie ihm gründlich angetrieben werden.“

Auch Bernhardi findet in der Volkszeitung, daß es völlig ausgeschlossen sei, daß die Regierung, wenn sie überhaupt noch den Namen einer autoritativen Vertretung des Staates und der durch dieselben repräsentierten Allgemeinitäten vertrüben will, auf diese Gründlage mit der Industrie verlaufen kann. Die Industrie habe die Stellung zwischen Industrie und Regierung vollständig verschoben. Die Industrie tue, als ob die Regierung zu ihr als Bittende gekommen sei. In Wirklichkeit habe sie selbst die Kreditaktion vorgeschlagen, um damit ihre Steuerpflicht in einer Weise zu genügen, die ihren eigenen Interessen besser entspräche, als die von dem größten Teil der Arbeiterschaft propagierte Enteignung der Goldwerte. Wenn sie jetzt die Erfüllung ihrer Steuerpflicht an Bedingungen knüpfe, so sei das ein Vorzeichen, über dessen Folgen sich die Industrie nicht ganz klar zu sein scheine, denn was dem einen Erwerbstand recht ist, muß dem andern billig sein. Nächstens komme dann mit dem gleichen Recht die Landwirtschaft, die Errichtung ihrer Steuern von der Durchsetzung aller gewerkschaftlichen Forderungen abhängig zu machen. Man mache sich doch einmal klar, welche psychologischen Folgen ein solches Verhalten bei den Arbeitern auslösen muß, die ohnehin schon in immer größere Eregung zu geraten drohen, weil sie die Meinung haben, durch den Vohnabzug die Lasten des Bürgers, die direkten Steuern, allein zu tragen.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung sagt: „Der Weg aus dem Finanzabgrund ist steil und beschwerlich. Wir haben aber keine andere Wahl, als diesen Weg zu gehen, wenn wir die Hoffnung nicht aufgeben wollen, einmal wieder bessere Tage zu erleben. Es ruht uns nichts, wir müssen hart gegen uns selbst werden (das heißt doch wohl, hart gegen die Arbeiterschaft). Die Redaktion und auf Einrichtungen verzichten können, von denen wir uns unter normalen Verhältnissen nicht trennen würden. Die Übersetzung der Reichsbetriebe, in erster Linie der Reichseisenbahnen wird großen Teilen des Volkes zunächst als eine Unmöglichkeit erscheinen. Das sind aber dieselben Volksteile, die sich bisher um die Schwierigkeit, in der sich die östlichen Gemeinschaften befinden, wenig oder gar nicht gekümmert haben. Die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, die Arbeiterschaft sollte einstinctiv genug sein, ihre etwaigen Bedenken gegen die Übersetzung der Eisenbahnen in Privatbetrieb zurückzustellen. Eine Gefährdung der sozialen Freiheiten und Rechte könne für die Arbeiter und Angestellten nicht der Eisenbahnen unter keinen Umständen (?) in Frage kommen. Sie bedauert die Erklärung der Gewerkschaften zu dem Kreditangebot der Industrie und zu der Übersetzung der Eisenbahnen in Privatbetrieb.“

Die Bedingungen der Industrie und die Erklärungen des Industriellen Dr. Sorge sind der Gipfelpunkt dessen, was sich die bestehende Klasse bisher geleistet hat. Die Volkszeitung hat daher voll und ganz recht, wenn sie erklärt, daß die Industriellen lediglich Pflichten zu erfüllen haben, Steuerpflichten, denen die gesamte Arbeiterschaft, die Angestellten und Beamten seit reichlich anderthalb Jahren genügen müssen. Wenn nun mehr die Arbeiterschaft fordert, daß auch die Industriellen ihren Anteil übernehmen sollen, für die Kosten, die entstanden sind, durch den Zusammenbruch des in ihrem Interesse geführten Krieges, dann ist es tatsächlich der Gipfel der Freiheit, daran noch Bindungen von dieser Art knüpfen zu wollen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung, das offizielle Sprachrohr Stinnes, glaubt das Volk ermahnen zu müssen, nun endlich einmal hart gegen sich selbst zu werden. Die deutsche Arbeiterschaft wird darauf die Konsequenzen ziehen müssen. Bisher hat sie sich auf die Forderungen beschränkt, daß die Industriellen ebenso ihren Anteil an den Gesamtkosten des Staates tragen sollen. Nach diesen Provokationen wird sie nunmehr gezwungen sein, den Kampf um die Erfassung der Goldwerte mit aller Härte, Klasse gegen Klasse, zur Durchführung zu bringen.“

Auf die Einzelheiten des Kreditangebotes kommen wir noch näher zurück.

Die Abordnung der Industriellen zu der Aussprache mit dem Reichskanzler bestand unter anderen aus den Herren: Stinnes, Thyssen, Hugenberg, Karl v. Siemens. Diese Namen allein sind Kommentar genug.

Die Konferenz von Washington.

Am morgigen Tage tritt in Washington die seit Monaten angekündigte Konferenz zusammen, die als Programm eine Versöhnung über die Abrüstung auf der Tagesordnung hat. Die Veranlassung dazu haben die Vereinigten Staaten gegeben. Noch bevor die Staatsmänner der Alliierten über das Gestade des Atlantischen Ozeans segelten, wurden von der in- und ausländischen Presse ganze Fächer von Tinte verschwendet, um die möglichen und unmöglichen Ergebnisse der Konferenz zu beurteilen. Indes weist heute noch niemand positiv, was nun eigentlich in Washington verhandelt werden wird. Nur so steht fest, daß war die Abrüstungsfrage programmatisch im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen wird, aber die Probleme, die heute die gesamte Welt bewegen, werden nur allzu bald die geplogenen Diskussionen auf ein ganz anderes Gebiet verschieben. Zwar hat man sich vorher in eingehenden diplomatischen Auseinandersetzungen bemüht, eine fest umrissene Tagesordnung festzustellen. Indes, die Probleme der Weltpolitik greifen so scharf ineinander, daß es auch den Beteiligten unmöglich erscheint, nur einige bestimmte Fragen herauszugreifen.

Die Probleme, die in Washington zur Verhandlung stehen, sind gekennzeichnet durch die Interessen Englands, die Interessen der Vereinigten Staaten und die Interessen Japans. Gegenüber diesen weltpolitischen Auseinandersetzungen werden die Unterhaltungen über eine eventuelle Abrüstung von nur untergeordneter Bedeutung sein. Die Vereinigten Staaten haben sich durch die Politik Wilsons und seines Nachfolgers in eine Politik der Isolation begeben, indem sie sich mehr oder weniger aus dem Konzert der europäischen Großmächte ausschalteten. Amerika ist neben Japan der alleinige Sieger im Weltkrieg geblieben, in Amerika konzentrieren sich alle finanziellen, alle wirtschaftlichen und politischen Probleme der Gegenwart. Die Diplomatie der Vereinigten Staaten ist daher bestrebt, auf die Gestaltung aller Probleme unmittelbaren Einfluß zu gewinnen. Die Vereinigten Staaten haben das drittstärkste wirtschaftende England vollständig in den Schatten gestellt und es ist die besondere Tragik der englischen Politik, daß, nachdem Deutschland als der bisher schärfste Gegner seiner imperialistischen Bestrebungen niedergeworfen ist, auf der anderen Seite des Atlantischen Ozeans ein Riese emporsteigt, der, wirtschaftlich stark, politisch fast unangreifbar, über ungeheure Rohstoffquellen verfügt, an dessen Kraft die englische Politik naturnotwendig scheitern muß.

In Washington kämpfen die drei Vormächte der Welt um die Beherrschung derselben. Das Finanzkapital der drei Staaten fordert mit gebieterischer Macht das Eindringen in neue wirtschaftliche Interessensphären. Die wirtschaftlich wichtigsten Gebiete der Erde sind bereits aufgeteilt, so daß sich die Interessen der imperialistischen Vormächte gemeinsam auf bestimmte Gebiete konzentrieren. Von besonderer Bedeutung ist der Kontakt zwischen Amerika und Japan um die Beherrschung des Stillen Ozeans. Der Kampf zwischen den beiden Küstenstaaten des neuen Mittelmeeres liegt schon Jahre zurück, aber er wird auf durch das starke Anwachsen beider Staaten während des Krieges, die naturnotwendig neue Wirtschaftsgebiete brauchen, um die überschüssigen Waren und, was wichtiger ist, die überschüssigen Kapitalien zur Anlage zu bringen. Japan ist dem atlantischen Kontinent unmittelbar vorgelagert. Es verfügt über einen gewaltigen Überschub an Bevölkerung, der in irgendeiner Weise die Möglichkeit zum Absatz erhalten muß. Weiterhin hat sich in dem engen Gebiet der japanischen Inseln der Kapitalismus so ungeheuer verstärkt, daß er neue Rohstoffgebiete braucht, aber auch neue Gebiete, seine Waren absetzen zu können. Der europäische Markt ist den japanischen Waren infolge der Valutagestaltung verschlossen, aber auch die Amerikaner haben sich gegen das Eindringen japanischer Waren durch ein Dumping entsprechend gesichert. Demzufolge bleibt den Japanern nur die Ausdehnung nach dem ostasiatischen Festlande und dort stoßen die amerikanisch-japanischen Interessen unmittelbar zusammen.

Die Monroe-Doktrin ist durch den Weltkrieg unüberwindlich geworden. Kein außeramerikanischer Staat wird fernherhin in stande sein, wesentliche Anlagegebiete für Kapitalien in den beiden amerikanischen Kontinenten zu finden. Über den Amerikanern genügt diese Anlagenphären nicht, sie brauchen neue Märkte, um ihre gewaltige Warenfülle zum Absatz und den Kapitalüberschuss zur Anlage zu bringen. Sie haben bereits China durchsetzt und selbst in dem boschewistischen Ostasien haben sich die Amerikaner wichtige Anlagenphären gesichert. In Tschita kämpfen amerikanische Söldner unter dem Diktat kommunistischer Legionäre. Von der Mandchurie her sind die Japaner bestrebt, nach Ostasien einzudringen, überall geraten beide Vormächte einander in die Haare, so daß beide gleichzeitig bestrebt sind, eine gewisse Abgrenzung der beiderseitigen Interessengebiete zu finden.

Dazu kommt die Frage der Beherrschung der südostasiatischen Inselwelt. Der Kampf um die eink deutsche Kolonie Nagasaki ist

noch nicht zu Ende geführt. Nun wurde den Japanern zugesprochen. Die Amerikaner aber glauben auf die kleine Südseeinsel einen besonderen Anspruch geltend machen zu müssen, da sie sich wie ein Querriegel vor die Verbindungsstraße der Vereinigten Staaten mit den Philippinen schiebt.

Zu alledem kommt ferner die Tatsache, daß die Amerikaner, die bisher die Petroleumindustrie der Welt ganz beherrschten, durch die Aussindung neuer Rohölquellen und deren Verteilung auf den Konferenzen in Paris schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die wichtigen Erdölvorkommen in Moskau, in Mesopotamien, wurden den Engländern zugesprochen. Eine holländisch-englische Petroleumgruppe beherrschte fernerhin die außerordentlich ergreichen Ölquellen in Niederländisch-Indien. Die Standard-Oil-Company mit ihrem gewaltigen Einfluß auf die amerikanische Regierung will sich diese Vormachtstellung nicht nehmen lassen. Somit wird auch dieses Problem die Auseinandersetzungen in Washington nicht vereinfachen.

England selbst, der dritte imperialistische Weltmachtstaat, spielt in diesem Konzert der Mächte nur die zweite Violine. Es ist durch den Weltkrieg so stark in Mitleidenschaft gezogen worden, daß es sich schwerlich mit Expansionsbestrebungen abgeben kann. Noch immer aber läuft der Defensivvertrag Englands mit Japan, der zwar nicht erneuert wurde, nach den getroffenen Abmachungen indes weiterhin bestehen bleibt. Japan und England sind sich gegenseitig verpflichtet. England hält damit den Einfluß Japans zu gunsten der Vereinigten Staaten und England hatte alles Interesse daran die Stellung Japans im Stillen Ozean zu stärken, da, wenn zwei sich streiten, doch immer der dritte seinen Vorteil hält. Über Englands Stellung zu Japan ist stark erschüttert durch die Tatsache, daß bei der englischen Reichskonferenz die Dominien Kanada, Australien und Indien gebieterisch forderten, daß der Bündnisvertrag mit Japan aufgehoben werde, da diese Länder dem unmittelbaren Einfluß der japanischen Konkurrenz unterworfen sind. Insofern sind England die Hände gebunden. Es ist in seiner Manövriertüchtigkeit außerordentlich beschränkt, um so mehr, da Lloyd George durch die noch immer nicht beendeten Auseinandersetzungen mit Irland auf den britischen Inseln festgehalten bleibt.

Die Reise Briands nach Washington wurde in der gesamten ausländischen Presse mit einem lauten Geschrei verfolgt. Frankreich spielt zwar in der Politik der Weltmächte keinerlei ausschlaggebende Rolle, aber gerade darum ist die Anwesenheit Frankreichs in Washington um so wichtiger, weil Frankreich sich derjenigen Macht anschließen will, die ihm die größten Garantien für die Erhaltung seiner Vormachtstellung in Europa leistet. Frankreich hat im Stillen Ozean nur sehr beschränkte Interessen, es wird Amerika jede Unterstützung gewähren, wenn anderseits Harding den Franzosen die Vormachtstellung in Europa garantiert. Es wird damit von selbst in erneutem Gegensatz zu England getrieben, das keinerseits nicht gewillt ist, die Position Frankreichs in Europa zu verstärken, da die wirtschaftliche Hoffnung Englands nach dem wirtschaftlichen Immer-selbstständiger-werden seiner Dominions sich mehr und mehr auf Europa konzentriert. Ein mit Frankreich verbündetes Amerika aber würde sich die Einfallsstore schern für das amerikanische Kapital nach Deutschland und Russland. Amerika wäre dadurch in der Lage, Westen nicht nur von Osten, sondern auch von Westen anzugreifen.

Zedens werden die Auseinandersetzungen in Washington von weittragender Bedeutung sein und die Arbeiterschaft wird es sich angelegen sein lassen müssen, der Behandlung dieser wässrigen imperialistischen Probleme alle Aufmerksamkeit zu schenken.

Das Schicksal der Reichswerte. — Karikatur eines Beamten-Befreiungsgesetzes.

Berlin, 10. November.

p. Die Rechte des Reichstags protestierte heute durch einen ihrer Redner gegen die „Verdächtigung“, sie wolle die von der Entente geforderte Zerstörung ehemaliger Reichs-Rüstungsbetriebe zum Ausgangspunkt eines nationalistischen Parteiengeschäfts machen. Der Verlauf der Debatte über eine diesen Gegenstand berührende Interpellation der Rechtssozialisten zeigte aber, wie berechtigt dieser Vorwurf ist. Die Nationalisten im Reichstag griffen bei der Aussprache über die Interpellation mit gar starken Singen zu „patriotischen“ Gesängen in die Harfe.

Hoch hatte die rechtssozialistische Interpellation begründet. Es schärfte die Sinnlosigkeit der geforderten Zerstörung wertvoller, auf Friedensarbeit umgestellter einstiger Rüstungsbetriebe und vergaß dabei nicht, darauf hinzuweisen, wie sehr das Treiben der schwärzesten Patrioten zu den versteigerten Forderungen der alliierten Militärikommission beigebracht hat. Während sich der Zentrumsmann Erßing wie auch der Demokrat Gotheim in ihren Reden einigermaßen zurückhaltend benahmen und nur auf die schweren wirtschaftlichen Schädigungen verwiesen, die aus der geforderten Zerstörung erwachsen müssen, führten die Deutschen-nationalen und Volkspartei — Hartwig und Brünningshaus — polemische Tänze gegen die „Friedensparteien“ auf, die ganz indianisch anmuteten. Nach überalten Rezepten mähten die Herren für die Folgen des Krieges jene Parteien verantwortlich, die den Krieg liquidieren mußten, als er verloren war. Ein wohlbekanntes Spiel, das nur noch wegen seiner Beharrlichkeit Staunen erregt.

Diesen nationalistischen Agitationsmärschen wurde trefflich entgegengetreten durch Brandes von der USP, der die Zusammenhänge zwischen der deutschnationalen Politik und den lachlich unberechtigten ententeistischen Maßregeln darlegte.

Für die Regierung hatte Minister Bauer den Stand der Verhandlungen in dieser Sache mit der Entente-Kommission geschildert.

Dann wurde das Beamtenbefreiungsgesetz behandelt. Zu der beanspruchten sofortigen Vornahme der zweiten Lektion kam es infolge des Widerspruchs der USP-Fraktion nicht. Der Widerspruch ist erfolgt, weil die Gesetzesentwürfe in der jüngsten Gestalt für eine Partei, die nicht in der Vereicherung der obersten Beamten ihre Aufgabe sieht, schlechterdings unannehmbar sind. Unsre Partei bereitet eine Reihe von Abänderungsanträgen vor, die den unteren und mittleren Beamten ihr Recht geben sollen. Deshalb widersteht sich die USP der Durchsetzung des Gesetzes.

Die Redner der bürgerlichen Parteien gesieben sich ausnahmslos in der Befürdung eines billigen „Wohlwollens“ für die unteren Beamten und begnügten sich mit der Neuherfung des Wunsches an die Regierung, sie möge doch bei einer späteren „baldigen“ Neubehandlung der Sache besser für die unteren Beamten sorgen.

Das lassen bekanntlich die bürgerlichen Parteien immer sagen, um damit das Wesen der von ihnen betriebenen unsozialen Besoldungspolitik zu verdecken, die den kleinen Beamten mit Fesseln, den großen aber mit Schellen gibt.

Unsre Rednerin zieht unterzog den Entwurf einer sachkundigen Kritik. Sie zeigte an Zahlen, wie schlimm das Unrecht ist, das dieser Entwurf dem Heer der unteren Beamten anstellt, und zwar nicht nur in der Gehaltsbemessung. So will der Entwurf die Höchstsätze der sogenannten „Warlegeselde“ von jährlich 18 000 auf 60 000 Mk. erhöhen. Der Höchstbetrag des Witweneldes soll von 8000 auf 28 000 Mk. erhöht werden. Da würde die Witwe eines hohen Beamten mehr Renten erhalten als ein Beamter der Klasse VIII als Höchstgehalt bezahlen könnte! Unsre Rednerin begründete dann die von uns bereits vorgelegten Anträge, die u. a. eine Verkürzung der Gehaltsklassen und Neuordnung der Ortsklassen vorsehen. Besonders scharf wandte sich Genossin Ziehl gegen die prozentual gleichbemessene Teuerungszulage, die dem gutgestellten oberen Beamten das Gleiche von dem zum Ausgleich der Teuerungsverhältnisse gibt, was den schlecht gestellten kleinen und mittleren Beamten gegeben wird. Wir fordern eine einheitliche Teuerungszulage von jährlich 9000 Mk.

Der erste zur Abstimmung kommende Teil unserer Anträge versiegt der Ablehnung durch die bürgerlich-rechtssozialistische Mehrheit.

„Die Paarung von Sozialdemokratie und Reaktion.“

Stimmen der SPD-Presse zur Koalitionsverbreiterung.

Zu den wenigen rechtssozialistischen Organen, die den Mut haben, den Koalitionsbeschluss der preußischen Landtagsfraktion bei dem richtigen Namen zu nennen, gehört die Frankfurter Volksstimme. Unter der obigen Spitznamen behandelt sie den Punkt mit Stilnesse folgendermaßen:

Wer den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen will, mag statt der Parteien, mit denen er sich einsätzt, die einzelnen Personen, mit denen er sich koaliert, auf Herz und Nieren prüfen. Von den beiden Volksparteien, die in das neue Ministerium Aufnahme fanden, steht jedenfalls fest, daß es selbst in der Volkspartei niemand geben kann, der sie an reaktionärer Gestaltung übertrumpft. Beziiglich des Herrn v. Richter haben wir dafür das sachverständige Urteil des Genossen Seevering und Braun. Auf Antrag des Genossen Seevering hat nämlich das frühere Ministerium Braun Herrn v. Richter, der damals Oberpräsident von Hannover war, wegen seiner Sabotage der Republik und der Demokratie entlassen. Unterrichtsminister wurde der berüchtigte Gymnasialdirektor Voelkli. Noch im Januar d. J. bekannte sich dieser Herr auf dem preußischen Parteitag der Deutschen Volkspartei für die Monarchie und fügte das am 9. November 1918 beschlossene Regiment. Und jetzt wird der Altdemokrat gemäß den Bedingungen von Görlich mit unsern Genossen an der „Demokratisierung der Verwaltung“ arbeiten. Auch an der Demokratisierung der Schulverwaltung? Es ist zum Schreien. So gar der Genosse Stampfer, der — wenigstens in seiner Eigenschaft als leitender Rektor des Vorwärts — die Politik der Reichsmonarchie unterstützte, schreibt uns: „Dieser Voelkli als Kultusminister (man muß schon sagen Kultus- und nicht Unterrichtsminister) ist eine Katastrophe, oder vielleicht besser gesagt, ein Uff. Dieser Voelkli ist einer von jener Sorte der Gymnasialdirektoren, die der Simplizismus einst in besseren Zeiten so prachtvoll bewiesen hat, ein typischer Steinkrebs- und Hurra-Schreier der verlorenen wilhelminischen Ära. Die sozialdemokratische Fraktion hat gegen diesen unmöglichen Minister erneute Vorstellungen erhoben.“ Sie hat ihn aber schließlich doch angenommen. „Anfangs wollt ich fast verzagen — und ich dachte, ich trüge ein nie — Und ich hab es doch getragen — Über fragt mich nur nicht wie.“ .

Die rechtssozialistische Chemnitzer Volksstimme fährt ihr Urteil über die preußische Regierungskoalition wie folgt zusammen:

Aufschärfte ist der Eintritt unserer Genossen in die preußische Regierung zu missbilligen und zu bedauern. Das Experiment, das nun einmal angehängt hat, muß trotz allem, was dagegen spricht, zu Ende geführt werden. Es wird ein baldiges Ende mit Schrecken nehmen. Dann aber müssen die Parteien offen im ganzen Reich unmerklich fordern, daß nun ein Ende gemacht wird mit dieser Taktik und daß endlich die Orientierung einer Reihe von Genossen vom Starten nach rechts endlich nach links umgedreht wird.

Das Koalitions-„Programm“ in Preußen.

Anerkennung der Vertreibung der Republik. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinden.

Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane.

Sicherung des Ausbaus der sozialen Gesetzgebung.

Eine Rüstung der Pöllerer-Vändlung.

lokale Ausführung des Leistungsdienststaates in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Aufbringung der dadurch bedingten Leistungen, in erster Linie durch weitgehende Senierung des Bestehenden.

Das waren die Bedingungen, die der rechtssozialistische Parteiführer in Görlich festlegte für den Fall einer Koalition mit der Stinnespartei. Anlässlich der Bildung der neuen Koalition haben wir von irgendwelchen programmetischen Unterlagen nichts gehört. Die Regierung trat zusammen, ohne zu sagen, wie sich die Richter und Voelkli zu den Bedingungen von Görlich stellen werden. Nunmehr hat der Ministerpräsident Otto Braun im preußischen Landtag sein Ministerium vorgestellt und gleichzeitig sein Programm verkündet. Zwar hatte er selbst nicht den Mut, von einem Programm zu sprechen; er beschränkt sich nur im allgemeinen auf Richtlinien, die er geben kann, aber selbst diese Richtlinien sind so schwammig gehalten, daß man nur mit Schwierigkeit erkennen kann, inwieweit die Bedingungen von Görlich bei der Ausstellung der Richtlinien Berücksichtigung gefunden haben. In den Darlegungen Brauns finden wir die nunmehr recht allgemein gewordenen Darlegungen über die Fehlbeträge im Staat. Die preußische Staatsregierung will das Wirtschaftsleben fördern, den „wucherischen Preistreibereien“ und „hemmungslosen Spekulationen“ entgegentreten, sowie das Gemeinwohl über das Vereicherungsbestreben einzelner Schichten stellen. In den Volkschulen soll — echt Voelkli — zur „Verhöhnung der Pöllerer-Vändlung“ beigebracht werden. Dann folgen einige ganz allgemeine Bemerkungen, die Verlassung „sichern“ und „festlegen“ zu wollen. Was Ministerpräsident Braun aber unternehmen will um die Verfaßung zu sichern, darüber erfahrenen wir kein Sterbenswörtchen. Über die Reinigung des Beamtenkörpers werden folgende behobbare Ausführungen gemacht:

„Auch die Beamtenschaft muß sich der Pflicht bewußt sein, in ihrem Interesse ebenso die Verlassung gegen jedermann mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen und für die Autorität des

Freistaates und die verfassungsmäßige Regierung einzutreten. Auch außerhalb des Staates muß sie unbeschadet der durch die Reichsversammlung gewährleisteten Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung bei ihrem Verhalten stets der besonderen Pflichten eingedenkt sein, die ihr gegenüber dem Staat und der Regierung obliegen. Neben dieser selbstverständlichen Verpflichtung muß indes bei der Zusammensetzung der Staatsräte die persönliche Eignung sowie die fachliche Tüchtigkeit und Erfahrung der Anwärter in erster Linie maßgebend sein. Die den Anforderungen der Neuzeit entsprechende Regelung der Rechtsversammlung der Beamten wird die Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinarregimes in die Wege leiten.“

Die Rede des neuen Koalitionsministers endet mit der Feststellung, daß das treibende Motiv für die Schaffung der großen Koalition das Bestreben gewesen sei, mehr Stetigkeit und Sicherheit in die preußische Politik zu bringen.

Wir überlassen es den rechtssozialistischen Arbeitern zu urteilen, inwieweit das Regierungsprogramm Brauns den Bedingungen von Görlich entspricht.

Immerhin möchten wir nicht unterlassen, einige Neuerungen rechtssozialistischer Führer zum Abspruch zu bringen, die ihren Skeptizismus in treffender Weise äußern. So u. a. Hellmann, er sagt:

„Genosse Hauschildt hatte deßhalb, als er heute in der Debatte über die Regierungserklärung im Preußischen Landtag rief: „Wir brauchen kein zweites Bayern!“ nur allzu recht. Wenn es richtig ist, daß es im Augenblick nicht möglich war, die kleine Koalition mit Einschluß der Unabhängigen zu schaffen, dann kann man den einen oder andern vielleicht verstehen, der das Experiment der großen Koalition riskieren wollte. Aber auf die Dauer wird auch in Preußen die Republik nicht durch die große Koalition geschützt, nicht irgendwelche Gesetze zum Schutz der Republik, zum Schutz gegen Verächtlichmachung der Organe und Einrichtungen der Republik können auf die Dauer helfen. Damit ist nicht gesagt, daß solche Gesetze überflüssig seien. Aber jeder weiß ja, daß alle unsre Gesetze in der deutschen Republik zunächst nur Muster Gesetze sind und daß unendlich viel immer darauf ankommt, was die Hände mit diesen Werkzeugen in der Praxis umsetzen und arbeiten. Wie wird der Disziplinarerichtshof zusammengelegt sein, vor den Beamte kommen, die als Antagonisten gegen die Republik sich besonders hervorheben? Es werden die Gesetze nichts nützen, wenn sich der Staat nicht ändert, besser gesagt, wenn — der revolutionäre Gedanke — nicht in Deutschland durchdringt. Sollte die revolutionäre Erziehung der Jugend kommt die Schule in Freie. Die Schule in Bayern? Die Schule in Preußen? Sollt alle Hoffnung schwinden?“

Zu dem neuen Kultusminister Voelkli — der allerdings der geeignete Mann sein wird, die Versöhnung der Volkschichten, so wie er es aufsitzt, mit den preußischen Volkschulen zur Durchführung zu bringen —, äußert sich die Frankfurter Volksstimme:

„Sagen wir es offen! Wir halten es für eine Schande, daß drei Jahre nach der Revolution Voelkli an die Spitze des preußischen Kultusministeriums gestellt werden könne, denn nicht als den Charakter gehässiger Betriebsfeind kann die Kultusministerin unter der Leitung des Gymnasiastenmanns ausgestellt nicht eingeschätzt werden. Wir haben heute Revolutionäre! Alle neksistischen Mittel zum Sturz des neuen Kultusministers anzuwenden, das gesellen wir uns am 9. November.“

Charakteristisch ist fernerhin folgende Neuherfung, die Der Deutsche, das Organ Stegerwalds, über das Liebeswerben bringt, um den so oft gehönten „reaktionären“ Stegerwald zum Eintritt in die Koalitionsregierung zu bewegen. Er schreibt:

„Ein halbes Jahr lang hat die Sozialdemokratie Stegerwald als den arbeitsamen Reklamator hinstellen. Da ist es nun seltsam zu beobachten, wie zur selben Stunde, in der die Sozialdemokratie ihren Willen, die Führung des preußischen Staates an sie zu verleihen, erreicht hat, aus Stegerwald auch im sozialistischen Kreis ein ganz anderer Mensch gemordet ist. Der neue preußische Ministerpräsident Braun hat Stegerwald nicht nur formell das preußische Wohlfahrtministerium annehmen, sondern gleichzeitig auf Stegerwald einwirken, es doch wieder zu übernehmen.“

Stegerwald hat sich von Braun nicht betören lassen, aber Stegerwald war auch gar nicht erforderlich, um dem neuen preußischen Kabinett den Stempel der Reaktion aufzudrücken. Der neue Kultusminister Dr. Voelkli und der Finanzminister n. Richter sind allein schon Programm genug, dem selbst Stegerwald nichts Neues hinzuzusagen vermöchte.

Der Zentrumsvorstoß für das Wohlfahrtsministerium.

Berlin, 11. November. Wie die Germania meldet, hat die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags den Abgeordneten Hirschfeld einstimmig als Wohlfahrtsminister vorstellt. Da Hirschfeld gegenwärtig an einem internationalen Gewerkschaftskongress in Turin teilnimmt, konnte seine Zustimmung noch nicht eingeholt werden.

Weitere Erhöhung der Eisenbahnsätze um 50 Prozent.

WTB. meldet: Im ordentlichen Haushalt der Reichsbahnen für 1921 war der Fehlbetrag auf 66 Milliarden berechnet. Zwischen hatten sich die Ausgaben infolge der Gehaltsverhöhung im August und Oktober und infolge der starken Steigerung der Materialpreise um 10,5 Milliarden erhöht. Diese Mehrausgaben, stehen Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden aus der Erhöhung der Gütertarife zum 1. November und der zum 1. Dezember bevorstehenden Erhöhung der Personentarife gegenüber. Der voraussichtliche Fehlbetrag würde sich damit um 7,8 Milliarden oder von 66 auf 14,3 Milliarden erhöhen. Der Reichsverkehrsminister hat demgegenüber eine weitere Tarif erhöhung im Güter- und Personenverkehr um je 50 Prozent in Aussicht nehmen müssen. Es ist dabei beachtigt, hinsichtlich der Gütertarife eine organische Durchbildung vorzunehmen, wobei eine weitere Staffelung der Tarife zugunsten der für den Bezug ihrer Bedarfsartikel und den Absatz ihrer Erzeugnisse ungünstig gelegenen Gegenden, namentlich Ostpreußen, vorgesehen ist. Die Vorschläge für diese Umbildung der Gütertarife werden dem vorläufigen Reichsseisenbahnrat vorgelegt werden. Die Vorarbeiten sind soweit gefördert, daß die neu durchgearbeiteten Gütertarife zum 1. Februar 1922 eingeführt werden können. Auch im Personenverkehr wird die Tarif erhöhung vor diesem Zeitpunkt aus technischen Gründen nicht durchgeführt werden können.

Die Monate Februar und März des laufenden Haushaltjahres würden durch diese Tarif erhöhung Mehreinnahmen von wei Milliarden erwarten lassen, so daß noch ein Fehlbetrag von 12,3 Milliarden übrig bliebe. Infolgedessen sieht sich der Reichsverkehrsminister genötigt, für den Güterverkehr bereits vom 1. Dezember 1921 ab den Zuschlag von 50 Prozent durch rein rechnerische Erhöhung der Tarife einzuführen zu lassen.

Der Margarinewucher geht weiter.

Der Margarineverband C. V. Berlin teilt mit: Da die Margarine-Industrie ihre Rohstoffe mit ausländischen Devisen

bezahlt hat, hat sie sich gezwungen gesehen, eine weitere Erhöhung ihrer Verkaufspreise vorzunehmen, so daß sich die marktgängigen Sorten auf 31 bis 35 Mark Basis gesetzte Margarine für Kleinhaber stellen. Die Margarineindustrie ist mit der Regierung wegen einer Nachprüfung der Notwendigkeit der Preiserhöhung in Verbindung getreten.

Wie wir bereits wiederholt betont haben, nutzt der Margarineverband die günstige Konjunktur weidlich aus, ohne daß die Lage auf dem Rohstoffmarkt die unerhörte Preistreiberei rechtfertigen könnten. Pflicht der maßgebenden Regierungsstelle ist es, die Nachprüfung der Notwendigkeit der Preiserhöhung rechtzeitig vorzunehmen und dem ungeheuerlichen Wucher endlich ein Ende zu machen.

Zulässige und unzulässige Zeitungsverbote.

Aus Berlin wird berichtet: Der für Zeitungsverbote zuständige Beauftragter des Reichsrats hat die Beschwerden des Verlags des "Komunismus" in Stuttgart, der "Roten Fahne" in Mannheim sowie des "Komunismus" in Frankfurt a. M. wegen Verbots durch das Württembergische Ministerium des Innern verworfen. Dagegen wurde den Beschwerden des Verlags der "Mitteldeutschen Presse und Stuttgarter Tagblatt", der "Deutschostalischen Arbeiterzeitung" in Stuttgart sowie der "Deutschen Einheitsfront" in Magdeburg wegen Verbots durch den Regierungspräsidenten in Magdeburg und die Polizeiverwaltung in Stuttgart stattgegeben und diese Zeitungsverbote aufgehoben.

Dieser wunderbare Beleidigungsaufschluß scheint für seine Entscheidungen über die Beschwerden nur einen stets gültigen Grund zu haben. Handelt es sich um das Verbot eines linkstradikalen Blattes, so ist das Verbot berechtigt. Sind aber über nationalsozialistische Zeitblätter Verbote ausgesprochen worden, dann sind diese ungültig und müssen aufgehoben werden. Es gelang sich immer deutlicher, daß die Verordnung des Reichspräsidenten, die sich anfänglich gegen die Freunde der Republik von der Rechten richtete, zu einem Ausnahmefall gegen die Linke geworden ist. Deshalb muß immer wieder mit aller Entschiedenheit gefordert werden: hinweg mit dieser Ausnahmeverordnung!

Nie wieder Krieg!

München, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern nachmittag fand auf dem Königsplatz die Gedenkfeier für die Gefallenen des Weltkrieges unter der Parole: "Nie wieder Krieg" statt. Wohl 70 000 Männer und Frauen füllten den riesigen Platz, der vor kurzem noch Schauspiel monarchistischer und militärischer Kundgebungen war. Redner der drei sozialistischen Parteien und pazifistischer Organisationen sprachen zu den Massen. Rote und schwarzgoldene Fahnen wurden in großer Zahl mitgeführt und Plakate, auf denen die Parole des Tages stand: "Nie wieder Krieg." Vor Beginn und nach Schluss der Ansprachen brachten Arbeitersänger Trauerröhre zum Vortrag. Es war eine einsame, aber würdige und wichtige Demonstration, eine gewaltige Gegenkundgebung gegen den monarchistischen Totentanz am letzten Sonnabend anlässlich der Beisetzung des lebten bairischen Königs. Die Arbeiter waren geschlossen aus den Betrieben mit ihren Fahnen durch die Stadt zum Königsplatz gekommen und zogen nach der Feier in gesättigten Zügen nach den verschiedenen Arbeitervierteln. bemerkenswert ist noch, daß kommunistische Redner ungehört sprechen konnten, obwohl die KPD sich zur Teilnahme im letzten Augenblick besonnen hatte und Redner von ihr nicht vorgesehen waren. Als aber auch der bekannte Nationalsozialist und Redakteur der kommunistischen Neuen Zeitung, Otto Graf, sprechen wollte, wurde er von den Massen daran verhindert. Sie erkannten in ihm den Kriegsheiter vom Januar vorigen Jahres und brachten ihn zum Schweigen.

Das Ziel jeder besonnenen deutschen Regierung.

"Der Versailler Frieden, dessen mögliche Erfüllung das Ziel jeder besonnenen deutschen Regierung bleiben muß, auch wenn sie nicht unterlassen darf, unverzüglich zu betonen, daß nur eine vernünftige Revision dieses Wahnsinnsvertrages Europa zur Ruhe kommen lassen kann, stellt Deutschlands Volk und Regierung nach außen wie nach innen vor die schwersten Aufgaben."

Wer etwa glaubt, daß diese Zeilen irgendwelchen linkstradikalnen Organ entnommen ist, findet sich schwer getäuscht. Wir entnehmen diese durchaus vernünftigen Worte vielmehr der Deutschen Allgemeinen Zeitung (Nummer vom 8. November), dem Organ Stinnes', dessen junge Leute bisher in den lautesten Tönen gegen die "Erfüllung" sprachen. Erst ist diesen Tagen hat im Reichstage der volksparteiliche Abgeordnete Becker-Hessen in einer beispiellosen Hege gegen den Staatssekretär Dr. Hirschfelder erklärt, daß das Ultimatum, und "war auf die Dauer", unerfüllbar sei.

Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß das oben angeführte Zitat der willkürlichen Anschauung der Stinnesleute entspricht. Immerhin ist es bemerkenswert, daß auch in den Spalten des führenden Stinnesorgans die Vernunft insoweit Eingang fund.

Besprechungen mit der Reparationskommission.

Berlin, 10. November. Heute nachmittags empfing der Reichsbauder in Anwesenheit von Vertretern der beteiligten Reichsverbands die in Berlin eingetroffene Reparationskommission, die von ihrem Präsidenten Herrn Kubo geführt wurde. In der Ausprache, die lediglich einfließenden Charakter trug, gab der Reichsbauder einen kurzen Überblick über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands, wobei er die in einem Teil der ausländischen Presse vertretene Auffassung zurückwarf, daß die deutsche Regierung den Zusammenbruch der deutschen Mark absichtlich förderte. Nach dem Gang der weiteren Verhandlungen und ihre voraussichtliche Dauer können vorläufige Mitteilungen nicht gemacht werden.

London, 10. November. In der Thronrede, die heute bei der Verlegung des Parlaments verlesen wurde, heißt es, die deutsche Regierung habe beständigste Fortschritte gemacht in der Ausführung der ihr durch den Versailler Vertrag auferlegten finanziellen und Entwaffnungs-Verschreibungen.

Die Goldreservebank Vanderlip.

Gens, 10. November. (T.U.) Über den Plan des amerikanischen Finanzmannes Vanderlip, eine Internationale Bank zum Aufbau der europäischen Finanzen zu gründen, wird u. a. berichtet: Das Kapital der Goldreservebank der Vereinigten Staaten in Europa soll eine Milliarde Golddollars betragen, die bis zum Höchstbetrag von zwanzig Prozent als Garantie für die Ausgabe von fünf Milliarden Dollar Banknoten dienen sollen. In allen europäischen Staaten werden Niederlassungen errichtet. Diese nationalen Niederlassungen können nur Anleihen an Banken gewähren gegen eine Bürgschaft von 150 Prozent des Wertes.

Die Urteilung der Kriegsverbrecher.

London, 10. November. Im Unterhaus fragte Butcher, ob England gemeinsam mit Frankreich die Auslieferung der Deutschen, die der Flucht aus Frankreich vor Kriegsbeginn beschuldigt werden, zur Urteilung verlange. Sir Gordon Stewart erwiderte, bevor der vom Obersten Rat ernannte Ausschuß von Anwälten

dem Obersten Rat über die letzteren Prozeße Bericht erstattet habe und bevor diese Berichte vom Obersten Rat erwogen werden ließen, würde eine Erklärung, wie sie von Butcher verlangt werde, verständigt sein.

Arbeitsprogramm des Reichstages.

Berlin, 11. Nov. (T.U.) Der Gesamtplan des Reichstages für die nächste Zeit ist am Donnerstag im Kabinett folgendermaßen festgesetzt worden: Nachdem die Interpellation wegen der Deutschen Wehr und die Besoldungsworale beraten worden sind, sind am Freitag die Interpellationen beraten werden, die sich auf Tenet und Wirtschaft und Ernährungssachen beziehen. Darauf wird wegen des Demokratischen Parteitages und des Buitages eine kurze Pause eintreten. In der nächsten Woche werden am Donnerstag, Freitag und Sonnabend Plenarien abgehalten und zwar zur Beratung der Notstandshilfe, der Abänderung der Bekämpfung über Auslandswertpapiere vom 22. März 1917, der Interpellation der Kommunisten wegen des Verbots des Landes russischer Schiffer in Swinemünde, der Berichte des Reichsausschusses über die Verordnung des Reichspräsidenten und die Umsetzung des Schutzes des Schulgebäudes und zur Förderung des Wohnungsbaus. Danach soll eine Pause von etwa vierzehn Tagen eintreten, in der die drei Steuerausschüsse und der Sozialen Ausschuß tätig sein werden. Das Plenum wird dann etwa am 6. Dezember wieder zusammen treten.

Vorbereitungen für die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 10. November. Einer Korrespondenzmeldung zufolge fand zur Vorbereitung der deutsch-polnischen Verhandlungen über Überbleibseln gestern im Auswärtigen Amt unter dem Vorst des Ministerialdirektors Stockholm eine Sitzung des Unterstaates für das Zollwesen statt. Der Sitzung wohnte auch der deutsche Bevollmächtigte Reichsminister a. D. Schiffer und sein Stellvertreter Staatssekretär Lewald bei. Es wurde sowohl die Zollfrage als auch die Frage der Ein- und Ausfuhr im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Generalklaus einer genaue sachlichen Prüfung unterzogen.

Berlin, 10. November. In den letzten Tagen fanden beim deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Überbleibseln gestern im Auswärtigen Amt unter dem Vorst des Ministerialdirektors Stockholm eine Sitzung des Unterstaates für das Zollwesen statt. Der Sitzung wohnte auch der deutsche Bevollmächtigte Reichsminister a. D. Schiffer und sein Stellvertreter Staatssekretär Lewald bei. Es wurde sowohl die Zollfrage als auch die Frage der Ein- und Ausfuhr im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Generalklaus einer genaue sachlichen Prüfung unterzogen.

Swangweise Regelung des Wirtschaftsabkommen?

Wie die Deutsche Zeitung aus Oppeln berichtet, haben bereits mehrere Verhandlungen der politischen Abteilung der Interalliierten Kommission mit der polnischen Kommission stattgefunden. Von Seiten der I.A.K. wurde der französischen Regierung vorgeschlagen, die wirtschaftlichen Fragen durch eine Art Ultimatum zu regeln. Von polnischer Seite wird dieser Plan unterstützt.

Die Meldung des Nationalsozialblattes Klingt recht wenig wahrscheinlich und ist mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Hermes Botschafter in Washington?

Wie wir erfahren, soll der heutige Ernährungsminister Hermes als Botschafter nach Washington in Aussicht genommen sein. Sollte sich das bewahrheiten, dann: Leb wohl, du mein lieb Heimatland.

Oesterreichs Finanzelend.

Im österreichischen Nationalrat brachte der Finanzminister Dr. Gütter den Staatsvoranschlag für 1922 ein. Die gesamten Bundesausgaben werden mit rund 258 229 Millionen, die Bundesinnahmen mit rund 93 322 Millionen beziffert, so daß sich ein "Abgang" (Gehalt) von 184 904 Millionen ergibt, das sei um 123 786 Millionen mehr als im Vorjahr. Dem veranschlagten Abgang entspreche fast ganz genau die auf Grund der Durchschnittsvalutenkurse in der ersten Hälfte des Monats Oktober errechnete Ziffer der infolge der Geldentwertung erwachsenden Kurzverluste im Betrage von rund 165 Milliarden, wovon ein Betrag von 83 Milliarden auf Kurzverluste bei Beschaffung von Valuten für Aufkauf der vom Staate verbilligt abgegebenen Lebensmittel entfällt. Daraus ergebe sich, daß ohne diese Kurzverluste und ohne staatliche Subvention für Lebensmittel der Staatsvoranschlag überhaupt keinen Abgang aufweisen würde, daß also die Sanierung des Budgets in erster Linie von der Sanierung der Währung abhänge. Der geplante einschneidende Abbau der staatlichen Lebensmittelzulüsse sei im gegenwärtigen Staatsvoranschlag noch nicht berücksichtigt, ebenso wie auch ein großer Teil der vom Finanzminister zum Zweck der Sanierung der Staatsfinanzen für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Maßnahmen im gegenwärtigen Staatsvoranschlag noch nicht berücksichtigt sei, nämlich Personalabbau, Einschränkung aller Subventionen, Abbau aller sonstigen Ausgaben, Reform der direkten Steuern, Einführung einer wiederkehrenden Vermögenssteuer, neuzeitliche Erhöhung der Tabak- und Salzpreise, sowie eine Getränkesteuer und Zollabschläge, Einführung der Warenumsatzsteuer, Erhöhung der Tarife der Bundesbahnen, der Post- und Telegraphen, Befestigung des Bundes am Gewinn der Exportindustrie und schließlich Verbesserung des Geldwertes durch Stabilisierung der Krone, durch Verminderung der Inanspruchnahme der Notenpresse und durch eine innere Anleihe.

Beginn der Besetzung Westungarns durch Oesterreich.

Debenburg, 11. November. (T.U.) Der ungarische Regierungskommissar für Westungarn ist in Debenburg eingetroffen, um über die Volksabstimmung mit den Entente zu beraten. — Die österreichische Landwehr hat den Einmarsch in das westungarische Gebiet begonnen.

Die Kämpfe in der Ukraine.

Lemberg, 10. November. (O.E.) In den schweren Kämpfen um Lemberg ist auf ukrainischer Seite der ehemalige Kriegsminister der Petljura-Regierung, General Tolkow, gefallen. Die Eisenbahnlinie Schmerinka-Winičja (20 Kilometer südwestlich von Kiew) befindet sich in den Händen der Ukrainer. In der Ukraine sind gegenwärtig drei Sowjetarmee zusammengekommen; in dem Kriegsstandesamt rechts des Dnjepr überwirken 12 rote Divisionen. Außerdem verlein das Rote Kiewer Kavallerieregiment und mehrere Panzerzüge den Bewachungsdienst auf den Eisenbahnen. Die Gesamtzahl läßt sich zur Zeit nicht überschauen. In Podolien scheint völlige Anarchie zu herrschen. In den Dörfern werden beiderseitig von beiden kämpfenden Parteien Mobilisationbefehle ausgehängt.

Riga, 10. November. (O.E.) Die sowjetische Rada meldet, angeblich aus einer Quelle, daß Marshall Foch, der zur Zeit in Amerika weilte, den Gedanken einer Militärintervention gegen Sowjetrußland propagiert und daß bei der bevorstehenden Waldfischer-Konferenz der Versuch gemacht werden solle, eine Internationalekoalition in die Wege zu leiten.

Der Protestsstreik in Rom.

Rom, 11. November. (T.U.) Der Generalstreik, der in Rom infolge von Julisamenitäten proklamiert wurde, die am Hauptbahnhof von Mailand antiken Faschisten und Sozialisten stattfanden, wird so lange dauern, bis die Faschisten, die einen Kongress in Rom abhalten, wieder abziehen. Die Polizei, wie das Personal des Elektrizitätswerks und der Druckerinnen haben sich der Streitbewegung angeschlossen. — Auf dem Viktor-Emanuel-Platz kam es heute vorüber an einem Atomkampf zwischen Faschisten und Kommunisten, bei denen Schüsse abgefeuert wurden. Ein Kommunist wurde getötet, zwei Faschisten verwundet.

Rom, 10. November. (T.U.) Da in Rom der Eisenbahnbetrieb stillgelegt ist, haben die Faschisten den Eisenbahnerverein ein Ultimatum gestellt, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Andernfalls würden die Faschisten die Arbeitsergebnisse erzielen. Zahlreiche am Kongress teilnehmende Eisenbahner haben ihre Bereitschaft angekündigt, den Dienst wieder aufzunehmen. — Der Kongress der Faschistenblinde hat mit großer Mehrheit die Gründung einer nationalen Faschistenpartei beschlossen.

Zum serbisch-albanischen Konflikt.

Die Botschafterkonferenz hat den Beschluss über die Festlegung der albanischen Grenze unterzeichnet und beschlossen, diese Entscheidung der albanischen, der griechischen und der jugoslawischen Regierung sowie dem Völkerbund zu notifizieren. Der Völkerbundrat wird am 18. d. M. zur Behandlung der serbisch-albanischen Frage zu einer außerordentlichen Session in Paris zusammengetreten. Entsprechend dem Beschlusse der Botschafterkonferenz haben sich die Gesandten Frankreichs, Englands, und Italiens zum jugoslawischen Außenminister begeben und ihn aufgefordert, den Vormarsch in Albanien einzustellen und die Festlegung der Grenze abzuwarten. Amlich wird gemeldet, daß England Albanien als unabhängigen Staat anerkannt und diese Entscheidung Frankreich und Italien bekanntgegeben hat.

Deutschland.

Gegen die Ausleseung der spanischen Syndikalisten.

Von kommunistischer Seite ist im Reichstage eine kleine Anfrage eingebrochen, in der die Regierung gefragt wird, ob sie willens sei, die Freilassung der beiden Syndikalisten anzurufen, die unter dem Verdacht, die Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato zu sein, von der Berliner Polizei verhaftet worden sind.

Präsidentenwahl im badischen Landtag.

Karlsruhe, 11. November. T.U. Der Landtag wählte in seiner Sitzung am Donnerstag mit 79 von 85 abgegebenen Stimmen den Zentrumsabg. Ministerialrat Wittmann zum Präsidenten, den sozialistischen Abg. Emil Baier, Heidelberg zum 1. Vizepräsidenten und den Führer des Badischen Landbundes, den Abg. Landwirt Gebhardt-Eppingen zum 2. Vizepräsidenten. Die Unabhängigen und Kommunisten gaben weiße Fägel ab.

Theodor Wacker gestorben.

In Freiburg (Breisgau) ist der Geistliche Rat Theodor Wacker gestorben. Wacker, den man im Badischen allgemein den "Vater von Südbaden" nannte, war früher ein etwas grimmiger Geistlicher, der selbst dem Papst eine Zähne zu einem wünschte, aber nachträglich hat er sich tödlich unterworfen. In den letzten Jahren ist er, der zu dem linken Flügel des Zentrums gehörte und in Baden eine große politische Rolle spielte, nicht mehr hervorgetreten.

Militärische Versicherungswut.

Die Hindenburg-Brüder überhalb Bingen soll auf Befehl der Entente unbrauchbar gemacht werden, weil man in ihr ein militärisches Rüstzeug sieht. Gegen dieses Verlangen haben die zuständigen deutschen Stellen Einpruch erhoben, weil diese Brücke heute ein wichtiges Bindeglied wirtschaftlicher Natur zwischen den beiden Rheinufern ist und weil zwischen Mainz und Koblenz keine weitere feste Brücke vorhanden ist.

Ehrende Ausfuhrabgaben im Westen.

Wie der Wirtschaftsausschuss für das betroffene Gebiet mitteilt, hat die Rheinlandkommission die neuen Ausfuhrabgabentarife angenommen. Die neu erhöhten Ausfuhrabgaben werden ab 10. November auch bei der Ausfuhr vom betroffenen Gebiet ins Ausland erhoben.

Gegen das Mucherum.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat folgende Interpellation im Reichstag eingebracht:

In letzter Zeit versuchen Polizei, Staatsanwälte und Gerichte immer häufiger die Schöpfer und Darsteller von angeblich unzüchtigen Kunstwerken. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die freie Entwicklung der Kunst vor Übergriffen und Eingriffen der Justiz zu schützen?

kleine Auslandsnachrichten.

Neuwahlen in Russland?

Modian, 10. November. (Dena) Das Präsidium des Allrussischen Zentral-Executiveomitees schreibt gleichzeitig mit der Einberufung des neunten Allrussischen Sowjetkongresses nach § 2 der Rat verlassung zu diesem für die wahlberechtigte Stadt- und Landbevölkerung Neuwahlen aus.

Zu dem Attentat auf Hara wird aus Tokio berichtet: Der Mörder des Ministerpräsidenten Hara legt ein Geständnis ab. Er sagte, er habe das Attentat seit langem geplant. Im Sommer habe er sich einen Dolch gekauft und mehrmals Gelegenheit gefunden, den Ministerpräsidenten zu töten. Jedesmal sei er durch die Gegenwart von Polizei an der Ausführung verhindert worden.

Der Stand der Valuta.

Mittwochskurse

Es kosteten in Berlin	1. 7. 14	9. 11. 21	10. 11. 21
1 amerikanischer Dollar	4.12	252.74	272.22
1 englisches Pfund Sterling	20.43	981.50	1063.90
100 holländische Gulden	160.00	8	

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. November.

Parlangelegenheiten.

Bezirk Zentrum (Alt-Leipzig). Sonnabend, den 12. November, abends 1/2 Uhr, im Restaurant Apfelbaum, Burgstr. 7, Zusammenkunft aller Funktionäre und Wahlhelfer.

Die Bezirksvertreter.

Alt-Leipzig, Westen II. Alle Parteigenossen und Genossinnen heute abend von 6 Uhr an bei Appenfelder, Pontiatowskistraße, zur Parteiarbeit (Flugblattfahnen). 9 Uhr Sitzung der Funktionäre und Wahlhelfer. Alle müssen erscheinen.

Die Bezirksleitung.

Tonnewitz. Sonnabend, den 12. November, nachmittags 3 Uhr, in der Bibliothek Flugblattverbreitung. Abends 7 Uhr dagegen treffen sich alle Funktionäre und Genossen, die gewillt sind Wahlarbeit mitzumachen. Das Wahlkomitee befindet sich Sonntag in der Bibliothek.

Möckern. Heute Freitag von 5 Uhr an Ausgabe der Flugblätter und Stimmzettel. Alle Genossen müssen Material abholen. Sonntagabend Resultatverkündung im Carolabad.

Schönsfeld. Morgen Sonnabend, von nachmittag 2 Uhr an, Flugblattverbreitung in der Bibliothek. Erscheinen aller Parteigenossen ist Pflicht.

Markranstädt. Sonntag, früh 10 Uhr, Sitzung in der Turnhalle. Sämtliche Vorstandsmitglieder vom Ortsteil, Bildungsausschuss und Gewerkschaftsrat müssen erscheinen.

Gruppe 3. Freitag, den 18. November, abends 7 Uhr, Gruppenratsitzung im Hotel Victoria, Zimmer 104.

Parteigenossen an die Arbeit!

Die gewaltige Demonstration am 9. November hat der Leipziger Bevölkerung die Kraft der Arbeiterschaft gezeigt. Es gilt, auch den letzten Wähler und die letzte Wählerin auszurütteln. Beteiligt euch an der Hausagitation. Verbreitet Flugblätter und Stimmzettel. Arbeitet jeder nach seinen Kräften mit, daß der 13. November ein Siegestag der Unabhängigen Sozialdemokratie werde.

Tragt morgen Flugblätter!

Achtung, Gewerkschaftsgenossen!

Sonntag, den 13. November, ist das Kontrollbüro der Gewerkschaften im Kartellssekretariat, Gerberstraße 1, Telefon 5697, 3426, 18 498.

Bezirksstellen sind in folgenden Lokalen:

Boltzhaus, Zimmer 8.

Gohlis, Elbstraße, Rückausgang.

Lindenau, Hochsche Strasse, Westenhallen.

Auer, Breite Strasse, Grüne Schänke.

In diesen Lokalen ist Material usw. zu haben. Die Betriebsräte und Gewerkschaften müssen übriggebliebene Kontrollscheine entweder im Kartell oder in den Bezirksstellen spätestens Sonntagfrüh abliefern.

Gewerkschaftsgenossen, die als Helfer bei der Kontrolle tätig sein wollen, können sich in den Bezirksstellen melden.

Gewerkschaftsrat.

Eine mißglückte Beruhigungsaktion.

Das Gewerbeamt hatte gestern Vertreter der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie, der Erzeuger und Verbraucher zu einer Aussprache über den Preisabbau der wichtigsten Nahrungsmittel und Bekleidungsgegenstände geladen. Sie sollte dem Zwecke dienen, die Bevölkerung zu beruhigen, deshalb hatte man auch Vertreter der Presse mit geladen. Es wäre aber besser gewesen, man hätte unter Ausschluß der Öffentlichkeit getagt, denn im Laufe der Erörterungen wurden die Pressevertreter wiederholt dringend ersucht, doch ja keine Zahlen zu bringen, da stattdessen der Bevölkerung nur das Gegenteil erreicht werden würde.

Das völlige Versagen der freien Wirtschaft mußte glatzweiß angegeben werden. Ein Mitglied des Konsumen- ausschusses und Herr Sauer, der Vertreter der Hirsh-Dunkerschen und demokratischen Stadtverordnetenkandidat, verlangten die Zwangswirtschaft in der Kartoffelversorgung, Bestandsaufnahme und Beschlagsnahmen.

Die begeisterten Lobpreiser der freien Wirtschaft fordern nun scharfe Maßnahmen von den Regierungen, die sie erst gezwungen haben, die Zwangswirtschaft aufzuheben. Jetzt, nachdem sich die Kartoffelkrise zur Katastrophe ausgewachsen hat, nachdem es zu spät ist, das Unheil, das sie über das Volk heraufbeschworen haben, zu ändern, sucht jeder dem andern die Verantwortung aufzuhäufen. Nun möchte man gar zu gerne die Angstläuse der Bevölkerung als Grund für die Preissteigerung darstellen. Es ist aber nicht die breite Masse, die Griech, Neis, Zucker usw. in Mengen bis zu zwei Zentner hamstert.

Milch, Butter, Margarine, Fett klettern zu unerschwinglichen Preisen empor. Während sich die Masse des deutschen Volkes keine Butter mehr kaufen kann, kaufst Holland, begünstigt durch die billige Valuta, das Pfund deutsche Butter für 1.50 Mark, läßt Dänemark deutsche Butter nach England aus, während es früher der Butterlieferant Deutschlands war. Die Folgen der freien Wirtschaft räumen sich jetzt an ihren Befürwortern. Das wurde den Anwesenden von dem Vertreter der Landespreisprüfungsstelle, dem Mehrheitssozialisten Bauersfeld, auch ganz unverblümmt gesagt.

Mit allerhand ausichtslosen Mittelchen soll versucht werden, der Warennot zu steuern. So sollen die Händler von sich aus eine Rationierung einführen und nur noch gegen Wohnungsschein Waren abgeben.

Herr Stadtrat Bluth sah die Meinung der Anwesenden dahin zusammen, daß im Reiche genügend Kartoffeln vorhanden seien. Es sollte sofort bei der Regierung eine Bestandsaufnahme angeregt werden. Die Verbraucher hätten die sofortige Beschlagsnahme für notwendig. Durch stabile Preise besonders in der Landwirtschaft sei es möglich, die Löhne und damit die Preise der übrigen Bedarfsartikel stabil zu erhalten.

Der Beschlagsnahmen widersprachen aber sofort die Vertreter der Händler und der Landwirtschaft, da sie unbedingt Verfechter des freien Handels seien.

Ein Herr Römer, der als Vertreter des Einheitsverbandes für Kriegsbeschädigte anwesend war, stellte die Behauptung auf, die Kriegsbeschädigten erhielten deshalb keine Kartoffeln zu dem versprochenen Preis von 55 Pfennig, weil die sächsische Regierung sie von den Landwirten für 75 Pfennig selbst auflaufen. Dieser Schwindel, dem der anscheinend sehr naive Herr zum Opfer gefallen war, wurde sofort vom Vertreter der Landwirte und von Bauersfeld als unmöglich und unwahr zurückgewiesen.

Die Veranstaltung war zu dem Zweck getroffen worden, Maßnahmen zu finden, um weitere Preissteigerungen zu verhindern und das Publikum von Angstläusen abzuhalten, die natürlich dem am wenigsten laufkräftigen Proletariat am meisten schaden.

Die Bürgerlichen belohnen Wahlgelder.

Hierigen Banken ist nachstehendes Schreiben zugegangen:

Deutsche Volkspartei.

Geschäftszeit 8—6 Uhr. Leipzig, den 2. 11. 1921
Fernsprecher 10 400. M. Kr./Th. Hartkofsl. 21, Erdg.
Postkod.-Kto.: Leipzig 56 582.

(Max Weber, Kassierer der D. V. P.)

Bank-Kto.: Allg. Osth. Kredit-Anstalt, Dep.-Kasse, Zeitzer Str. 14.

Sehr verehrter Herr Direktor!

Zu den Stadtverordnetenwahlen haben sich die größten und wichtigsten Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer mit der Deutschen Volkspartei zu einer politischen Wirtschaftsliste zusammengeschlossen.

Dem Bürgerausschuß sind vom Leipziger Finanzausschuß zur Verteilung an die bürgerlichen Parteien, Deutschnationalen insbesondere, ein Vorschlag von 300 000 Mark überwiesen.

Die Kosten der Wahlen selbst sind vom Bürgerausschuß auf ca. 600 000 Mark für die bürgerliche Einheitsliste berechnet.

Die Finanzabteilung des Bürgerausschusses, die Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei sind übereingekommen, diese Summe durch Sammlung nach Möglichkeit einzuziehen.

So bitte ich Sie, sehr verehrter Herr Direktor, unserer Partei zu diesen Propagandazwecken eine größere Summe zu überweisen. Mit vorzülicher Hochachtung!

Für die Finanzabteilung:

Krause, Major a. D.

Hieraus geht hervor, welch ungeheure Summen die Reaktion für die Wahl ausgibt. Und die Banken, das heißt der Kapitalismus, sollen die Propaganda finanzieren. Natürlich werden dann auch in ihrem Sinne die Bürgerlichen im Stadtverordneten-Kollegium tätig sein, denn umsonst geben die Kapitalisten kein Geld. Wie uns weiter mitgeteilt wird, sammelt der Leipziger Bürgerausschuß Wahlgelder, auch bei den „Brüderjuden“, die zu den „Ostjuden“ gezählt werden, mit der Motivierung: „Das Geld kommt allen bürgerlichen Parteien ohne Unterschied zugute.“ Demnach bezahlen die Juden Beiträge an die Deutschnationalen, so wie die Deutsche Volkspartei.

Wähler! Werkt ihr nicht die Solidarität des Kapitals? Wollt ihr eure Stimme diesen bürgerlichen Parteien geben? Ihr schadet euch selbst, wenn ihr nicht die USP wählt!

Wie wird gewählt?

Die Stadtverordnetenwahl findet statt am Sonntag, dem 13. November, von früh 9 Uhr bis abends 6 Uhr.

Geh möglichst vormittags wählen; Du erhältst den Parteigenossen die Arbeit, Dich nochmals aufzusuchen.

Nimm nur einen

Stimmzettel

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für die Stadtverordnetenwahl in Leipzig

Vorschlagsliste II**Seger-Liebmann-Nüchtern.**

Im Wahlraum erhältst Du einen Umschlag, in den Du hinter einer spanischen Wand den Stimmzettel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei stellst.

Den Umschlag, in den Du nur diesen einen Stimmzettel stellst darfst, gibst Du unter Rennung Deines Namens dem Wahlvorsteher, der ihn in die Wahlurne legt.

Läßt Dir von dem Betriebsrat deiner Arbeitsstätte einen Kontrollschein geben, der Dir nach der Wahl von einem Beauftragten der Gewerkschaften abgestempelt wird. Du kannst dadurch nachweisen, daß Du Deine Pflicht als Proletarier erfüllt und zur Wahl einer sozialistischen Stadtverordnetenmehrheit beigetragen hast.

Fordere Deine Hausegenossen auf, rechtzeitig zur Wahl zu gehen und die Liste Seger-Liebmann-Nüchtern zu wählen.

Abwesende können sich weder vertreten lassen noch sonst an der Wahl teilnehmen.

Der Stimmzettel darf nur Namen aus einem einzigen Wahlvorschlag enthalten. Weitere Angaben machen den Stimmzettel ungültig.

Im Wahlraum dürfen Stimmzettel weder ausgelegt noch verteilt werden. Der Wahlvorsteher hat die ihm zur Verwendung übergebrachten Stimmzettel am Eingang zum Wahlraum oder davor so aufzulegen, daß sie von den zur Stimmabgabe erscheinenden Wählern entnommen werden können.

Die Frauen erhalten Stimmzettel-Umschläge von grüner Farbe, die Männer bekommen Umschläge von blauer Farbe.

Ein Umschlag der Wahlbestimmungen des Rates ist im Wahlraum auszulegen.

Stimmberechtigt sind alle reichsdeutschen Männer und Frauen, die am Wahlgang das 20. Lebensjahr vollendet und im Stadtbezirk ihren wesentlichen Wohnsitz haben.

Ausgeschlossen von der Stimmberechtigung ist, wer entmündigt, geisteskrank ist oder die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat.

Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht.

Behindert in der Ausübung des Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche in einer Heil- und Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Untersuchungsgesangene.

Ausgenommen sind Personen, die sich aus politischen Gründen am Wahlort in Schüchtern befinden.

Wählen kann nur, wer in die Wählerliste eingetragen ist oder einen Wahlchein hat.

Der Wähler kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerliste er eingetragen ist.

Inhaber von Wahlcheinen können in jedem beliebigen Wahlbezirk wählen.

Werkt ein Wähler nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerlisten seine Wohnung in einen andern Wahlbezirk, so ist er berechtigt, sich einen Wahlchein ausstellen zu lassen. Auch diese können sich Wahlcheine aushandigen lassen, deren Namen nicht in der Wählerliste stehen, und die die Wählerlisten nicht einsehen könnten, weil sie daran durch Krankheit oder Abwesenheit von Leipzig verhindert waren. Wahlcheine werden auch noch am Wahlsonntag im Wahlamt, Neues Rathaus, ausgestellt. Man nehme Legationspapiere mit.

Das Stimmberechtigte wird persönlich durch Abgabe von Stimmzetteln ausübt.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, dürfen sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Stimmzettel, die nicht in dem abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die

Die freie Wirtschaft**Steigerung des Brotpreises von 2.50 Mt. auf 3.60 Mt.****Das Pfund Fett kostete**

17 Mt. Anfang Oktober

19 Mt. Mitte Oktober

28 Mt. Ende Oktober

36 Mt. Mitte November.

Hunger, Unterernährung, Krankheit, frühzeitiger Tod

das sind die Folgen der

Bürgerlichen Miswirtschaft**Arbeiterfrauen!**

Wenn ihr Jammer und Elend von euern Kindern fernhalten wollt, dann wählt keine Bürgerlichkeit, wählt nur die Liste

Seger-Liebmann-Nüchtern!

Die Sensationswut der Leipziger Neuesten Nachrichten spielt dem Bürgertum aber zwei Tage vor den Wahlen den bösen Streich, daß sie die vertraulich dort vorgebrachten Zahlen veröffentlichten. Sie teilen mit, daß die Margarine in 14 Tagen um 15 Pfennig teurer sein werde, daß die Fleischpreise höchstens steigen werden, da Kabeljau ab Geestemünde schon 12.50 bis 15 Pfennig pro Pfund kostet, daß Bekleidungsgegenstände Preise erzielen werden, an die niemand gedacht hat, da manche Stoffe schon mit 800 Pfennig das Meter bezahlt werden, daß gewöhnliche Strahlenschleife ab Fabrik 400 Pfennig kosten werden. Die Neuesten Nachrichten verraten auch, daß Mangel an Hülsenfrüchten vorhanden ist, daß der Preis im Einlauf schon 10 bis 12 Pfennig das Pfund kostet.

So machen die Neuesten Nachrichten das zahlungsfähige Bürgertum auf die noch bevorstehende gewaltige Preissteigerung aufmerksam, damit es sich beiziehen noch eindeutig und schädigt auf diese gewissenlose Weise die schwachen Teile der Arbeiter, Beamten, Angestellten und des Mittelstandes, die keine Mittel besitzen, sich Vorräte anzuschaffen und dem vollständigen Mangel preisgegeben sein werden.

Wie unehrlich die Neuesten Nachrichten berichten, zeigt, daß sie zwar die Lügen über die teuren Kartoffelaufläufe der Regierung, nicht aber die sofortige Widerlegung des Schwindels ihren Lesern mitteilen.

Wer die Vertreter der gemeingeschäftlichen kapitalistischen Großwirtschaft besiegen will, darf bei den Wahlen nur den entschiedenen Gegnern des Kapitalismus seine Stimme geben, darf nur die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie wählen.

Metallarbeiter! Heute abend 1/2 Uhr Versammlung im Boltzhaus!

Stimmzettel von Wählern, die sich nicht in den Nebenraum oder an den Nebenflügel begeben haben.

Nach Echlin der Wahlzeit dürfen nur noch die Wähler zu Stimmabgabe angesehen werden, die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum schon anwesend waren. Alsdann erlässt der Wahlvorsichter die Abstimmung für geschlossen.

Das Bureau des Zentralwahlkomitees der USPD befindet sich Lauchaer Straße 19/21, Vordergebäude, eine Treppe. Es ist Sonntag den ganzen Tag geöffnet. Große Verstöße gegen die Wahlordnung sind hier zu melden.

Berlin und Leipzig.

Ein Wort zu den Stadtverordnetenwahlen.

Die Leipziger Arbeiterschaft steht jetzt in demselben Kampf, in dem die Berliner Arbeiterschaft in den Wochen vor dem 16. Oktober gestanden hat. Die Bedeutung des Wahlkampfes für die Arbeiterklasse ist in Leipzig im allgemeinen dieselbe wie in Berlin; je nach den losen Verhältnissen ist aber dem Kampf um die Herrschaft in der Kommune in den beiden Städten noch eine verschiedenartige besondere politische Bedeutung beizumessen.

In Berlin halten die Stadtverordnetenwahlen zunächst insofern eine allgemeine politische Bedeutung, als die Kommunalwahlen in der Reichshauptstadt, einer Riesengemeinde von fast derselben Einwohnerzahl wie der ganze Freistaat Sachsen, über das Verhältnis der Parteien Auffallung geben. — Da die Reichspolitik nun einmal in Berlin gemacht wird, haben die Berliner Parteien die Möglichkeit — insbesondere die revolutionäre Arbeiterschaft, die darauf entscheidende Wert legt — durch Demonstrationen vor Regierung und Reichstag die Politik zu beeinflussen. Zur Bewertung dieses politischen Faktors ist es also interessant und wichtig, auch bei Kommunalwahlen das Stärkeverhältnis der Arbeiterparteien zu den bürgerlichen Parteien in Berlin festzustellen.

Für die Bedeutung der Berliner Stadtverordnetenwahlen muß sicer noch beachtet werden, daß es ein Kampf um die Einheitsgemeinde war. Der unheilvolle Versplitterung in Dutzende von Einzelminden, die bisher zum Schaden der Berliner Bevölkerung bestand, war durch das Gesetz über die Einheitsgemeinde vom 27. April 1920 ein Ende gemacht worden. Wenn auch das Gesetz in seiner endgültigen Fassung in mancher Beziehung nicht den Ansprüchen entspricht, die von den sozialistischen Parteien und besonders von der USP an es gestellt wurden, so bot doch der leitende Gedanke des Gesetzes die Möglichkeit, der Arbeiterbevölkerung in Berlin und den Arbeitervororten Erleichterungen zu schaffen. Neben dem kommunalpolitischen Bestreben, durch eine einheitliche Zusammensetzung der zahllosen Einzelverwaltungen, in denen die preußische Bureaucratie wahre Orgien gefeiert hatte, gefundene Verhältnisse in der Verwaltung Großberlins zu schaffen, war der leitende Gedanke des Gesetzes vor allem der einer ausgleichenden Gerechtigkeit, zwischen Westen und Osten, zwischen reich und arm das richtige Verhältnis in der Verteilung der Lasten herzustellen. Während bisher die westlichen Luxusvororte von Berlin kaum nötig hatten, allgemeine Wohlfahrtseinrichtungen zu schaffen und infolgedessen die beschäftigte Bevölkerung dieser Vororte gegenüber der Gemeinde nahezu steuerfrei blieb, waren die östlichen und nördlichen Arbeitervororte gewungen, ungeheure soziale Aufgaben zu erfüllen, trotz der steuerlich geringen Leistungsfähigkeit ihrer Einwohner. Die Einheitsgemeinde bot endlich die Möglichkeit, den Arbeitervororten und Verwaltungsbezirken mit Arbeiterbevölkerung für ihre sozialen und kulturellen Aufgaben durch eine stärkere Besteuerung der beschäftigten Bevölkerung im Westen Berlins die nötigen Mittel zu schaffen.

Trotz des angestrengtesten Kampfes unserer Partei ist es leider nicht gelungen, die im Juni 1920 geschaffene sozialistische Mehrheit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu erhalten, wenn auch die USP selbst im Vergleich zu den preußischen Landtagswahlen an innerer Festigung und Wählerzahl zugenommen hat. Das Bürgertum hat bei den Wahlen am 16. Oktober eine — zahlenmäßig sehr geringe Mehrheit — errungen, die vielleicht praktisch nicht in jeder Sichtung wirksam werden wird, die aber doch die Arbeiterklasse physisch und moralisch schädigt. Wie sich die Dinge im Berliner Stadtparlamente in der Zukunft gestalten werden, hängt vor allen Dingen davon ab, ob die Rechtssozialisten im Rathaus proletarische Politik oder die Koalitions-politik der bürgerlichen Mitte treiben werden.

Die besondere Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen in Leipzig aber liegt darin, daß die Unabhängige Sozialdemokratie positive Errungenheiten einer zielbewußten Kommunalpolitik zu vertheidigen hat. Leipzig befindet sich insofern in derselben Lage wie Berlin, als es hier ebenfalls gilt, eine sozialistische Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium zu erhalten. Wenn auch in Leipzig dank der aufrichtigen und klaren Politik der sozialistischen Arbeiterschaft während des Krieges und nach der Revolution die unheilvolle Spaltung der Arbeiterklasse nicht so schädigend wirken konnte, als sie es zum Beispiel in Berlin tat, so hat doch die USP, auch in Leipzig die Aufgabe, im Stadtparlament und in dem Wahlkampf um seine zukünftige Besetzung gegenüber den anderen beiden Arbeiterparteien eine klare politische Linie einzuhalten. Gegenüber der immer wieder und in allen Städten auftretenden Reaktion der Rechtssozialisten, die in der Koalitionspolitik im Interesse der Arbeiterklasse, durch eine Kommunalpolitik, die reale und erreichbare Ziele verfolgt, nicht aber durch die leeren Demonstrationen wie sie die Kommunisten in Berlin in einem jede Verhandlung lähmenden Maße betreiben. Ihre hauptsächliche Stärke aber röhrt die USP in Leipzig wohl ebenso wie in Berlin gegen die bürgerlichen Parteien, denen sie als Vertreterin der Interessen der Arbeiterklasse in der entschiedensten Feindschaft gegenübersteht.

Die Kommunen, aus denen sich Reich und Länder wie große Organismen aus kleinen Zellen aufbauen, sind ein besonders wichtiges Tätigkeitsfeld für die Arbeiterbewegung; einmal, weil die arbeitende Bevölkerung in den weitauft meistens Gemeinden die Weisheit der Einwohner stellt und zum andern, weil gerade Gemeindepolitik die unmittelbarsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft berührt. Deshalb ist jede Gemeindewahl für die Zukunft der Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung, und deshalb harrt auch die Berliner Arbeiterschaft mit außerordentlicher Spannung der Entscheidung, die in dem Kampf um das Leipziger Stadtparlament fallen wird. Die Berliner Arbeiterschaft hofft nicht im mindesten daran, daß die nur vom Interesse des Proletariats geleitete Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie das Vertrauen der wertvollen Bevölkerung erhält und damit den Sieg im Stadtverordnetenwahlkampf verbürgt.

Gerhart Seeger - Berlin.

Die Kommunisten und die Einheitsfront.

Am Mittwoch sah Leipzig zur Revolutionsfeier eine glanzvolle und mächtige Kundgebung des Proletariats. Die Einheitsfront der Kundgebung gab ihr den starken Eindruck. Ohne Unterschied der Parteireihungen standen die Proletarier Leipzigs zusammen. Gefährlich gelehnt ist die gemeinsame Kundgebung ein hoffnungsvolles Zeichen für die zukünftige Einheitsfront des Proletariats, die sich um so schneller durchsetzen wird, je höher die Not steigt, die der Arbeiterklasse die Erkenntnis bringt, daß sie sich den Luxus des Bruderlandes nicht länger leisten darf. In der Masse der Arbeiter sieht sich auch diese Erkenntnis von der notwendigen Einheitsfront immer stärker durch. Aus dieser Erkenntnis sind auch die Verbündeten der sozialistischen Parteien geboren, den Wohlkampf sachlich und mit der Front gegen das Bürgertum zu führen. Die Notwendigkeit der Einheitsfront wird auch von den Arbeitern anerkannt, die in der

Kommunistischen Partei organisiert sind. Ledder aber muß gesagt werden, daß die kommunistischen Agitatoren und Redakteure bewußt in einziggefechteter Richtung arbeiten. Das lebendige Beispiel ist die kommunistische Ortsgruppe Leipzigs. Der Rote Kurier begann den Stadtverordnetenwahlkampf damit, daß er täglich Lügen über die USP verbreitete. Als die Leipziger Volkszeitung diesen Lügenselbst durchkreuzte, indem sie den kommunistischen Lügen die Wahrheit entgegenstellte, hatte das den Erfolg, daß auch die kommunistischen Arbeiter die Lügen des Roten Kuriers ablehnten und verlangten, der Lügenselbst solle eingestellt werden. Paul Böttcher, der extra nach Leipzig gekommen war, um mit seinen Methoden den Stadtverordnetenwahlkampf zu führen, mußte diese Methode aufgeben. Der Rote Kurier enthielt sich darauf eine Zeitlang der illegitimen Angriffe auf die USP. Das hat aber der Rote Kurier nicht lange ausgetragen. In der Montagnummer vom 6. November, also zu einer Zeit, als die Arbeiter die Vorbereitungen zu der gemeinsamen Revolutionsfeier trafen, brachte der Rote Kurier wieder eine falsche Lüge. Er berichtete über eine Versammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, die sich mit der Feier des 9. November beschäftigte. Das Gewerkschaftskartell schlug in dieser Versammlung für die Feier die Regelung vor, die mit der USP, mit der SPD, und mit der KPD vereinbart worden war. Der Kommunist Lieberach beantragte aber, die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre sollten beschließen, die Arbeit hat am 9. November von früh an vollständig zu ruhen, „damit Leipzig“ — so sagte Lieberach, „am 9. November ein vollständig totes Wirtschaftsleben hat“. Bei der Abstimmung über diesen Antrag war das Resultat zweifelhaft, deshalb sollten die Stimmen ausgezählt werden. Vor der Auszählung wurde nun von Betriebsräten die Frage aufgeworfen, ob auch die städtischen technischen Werke feiern und ob die Deisen ausgeschlossen werden sollten. Darüber und über einige andre Fragen entspann sich noch einmal eine Debatte. Nach Schluss dieser Debatte wurde der Antrag Lieberach mit 554 gegen 229 Stimmen abgelehnt. Der Rote Kurier berichtet nun darüber wie folgt:

Schilling wendet sich gegen die Aussöhnung Lieberachs und bezeugt, daß die Arbeiterschaft bereit sei, am 9. November die Arbeit von früh an ruhen zu lassen. Nach langer Diskussion, in der oft und wider getritten wird, kommt es zur Abstimmung über den Antrag. Trotz zweifelhaftem Resultat wird, daß der Antrag mit Dreiviertelmehrheit angenommen wurde, eröffnet Schilling aufs neue die Aussprache. Schilling, Stoeckberger, Liebmann und andre bieten ihre ganze Verehrsamkeit auf, um ein anderes Abstimmungsergebnis zu erzielen. Lieberach erklärt, um der Arbeiterschaft zu zeigen, daß nicht die Kommunisten es seien, die die Einheitsfront der Arbeiter zerstören, sehe er sich restlos für den 9. November ein. Die nochmögliche Abstimmung zeitigte dann das vom Kartell gewünschte Resultat.

Die Behauptung, daß der Antrag Lieberach bei der ersten Abstimmung mit Dreiviertelmehrheit angenommen wurde, ist eine freche Lüge, wie jeder ehrliche Teilnehmer der Versammlung be-

richtet. Die Betriebsräte weisen im Auftrage der Arbeiterschaft die Verleumdungen auf das entschiedenste zurück. Wir ersuchen den Herrn Rödel, die Akten einzusehen, die dem Gewerkschaftsrat durch das Postamt zugestellt worden sind, um sich eines Besseren zu belehren. Wie erwarten, daß Herr Rödel in der nächsten Stadtverordnetenversammlung seine gemachten Verleumdungen zurücknimmt, andernfalls wir diesen Herrn in der Oberschicht als Lügner brandmarken.

Am 13. November werden die Arbeiterschaft die Quittung für diese Verleumdung geben.

Der Betriebsrat des Krankenhauses St. Jakob.

Der Betriebsrat des Krankenhauses St. Georg.

„Grund zur fristlosen Entlassung.“

Der Arbeitgeberverband des Leipziger Fuhr- und Verkehrsgewerbes hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, in dem es heißt:

Ar. 20/12.

An unsere Mitglieder!

Schätz geachtete Firmen!

Die ländlichen Gewerkschaftskartelle haben ihre Mitglieder aufgerufen, den 9. November durch Arbeitsruhe zu feiern. Wir machen darauf aufmerksam, daß der 9. November kein gesetzlicher Feiertag ist. Wir bitten die Arbeitgeber, an diesem Tage die Betriebe offenzuhalten. Lohn- oder Gehaltszahlungen sind im Falle des Feierns selbstverständlich zu unterlassen. Den Arbeitnehmern ist in geeigneter Weise davon Kenntnis zu geben, daß diejenigen, die an diesem Tage der Arbeit fernbleiben, dies auf eigene Gefahr tun und daß gemäß § 123 Absatz 3 der Gewerbeordnung Grund zur fristlosen Entlassung vorliegt.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband des Leipziger Fuhr- und Verkehrsgewerbes.

Syndikus Dr. Kirstein.

Dieser Unternehmerverband versucht also, die alten Methoden wieder zur Geltung zu bringen. Wenn der Arbeiter es willt, von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen, soll er fristlos entlassen werden. Er soll sich willenslos der Unternehmerwillkür fügen. Die Herren sollten schließlich doch zur Erkenntnis gelangen, daß eine andere Zeit da ist.

Eine turnerisch-porielle Bühnenschau

veranstalte am Sonnabendvormittag der Arbeiter-Turn- und Sportbund unter Mitwirkung der Bundeschule im Neuen Theater. Der Aufmarsch der Turner, Turnerinnen, Leichtathleten und Sportler zeigte ein handbewegtes Bild. Die Bühne des Neuen Theaters eignet sich für derartige Aufführungen vorzüglich. Der Bezirksvorsteher Schubert sprach einige Begrüßungsworte wobei er besonders den Wert der Leibesübungen für die Arbeiterklasse hervorhob. Die Arbeiterschaft diente sich aber nicht in der sogenannten Deutschen Turnerschaft zu nationalistischen und monarchistischen Zwecken missbrauchen lassen. Auch wie wünschen, daß sich die Proletarier nur in den Vereinen ihrer Klassengenossen zusammenfinden mögen. Nun einzelne zu den Aufführungen selbst. Die Freiluftübungen liefern die systematische Schulung erleben, die innerhalb des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in bezug auf Körperspflege betrieben wird. Auch die Fußbalispielze zeigen eine versierte Technik als Beweis, daß in diesem Spiel nicht nur Nobelt zu siegen braucht. Ein reizendes Bild bot sich dem Besucher in den Spielen und Tanzliedern, die, wie im Programm angezeigt wurde, der heutigen Tanzsätze entgegenarbeitet. Hier zeigte sich allerdings in formvollerster Schönheit wahre Volkstanz. Auch die rhythmisch-ästhetischen Übungen mit dem Stab und mit dem Stock verdienen alle Anerkennung. Es ist ein Genuss, diese leicht-spielenden ineinanderliegenden Bewegungen anzuschauen. Hohes Können in turnerischer Beziehung bewiesen auch die verschiedensten Gerätübungen. Alles in allem bewies die Veranstaltung, daß in den Kreisen der Arbeitervorträger das ernste Bestreben vorhanden ist, den Körper elastisch und widerstandsfähig zu erhalten um im Tagesturnen allen Nähe-nistischen Trost bieten zu können. Mit dasselbe Training auf die heutige Schule für den volkstümlichen Tanzkunst gelernt, so wird im Verein mit derartig förmlich und griffig geschulten Kräften uns keine Macht der Welt unser Sieg streitig machen können.

Die Buben treten wieder auf. In einigen Stadtteilen, besonders auch in der inneren Stadt, sind die von unsrer Partei angelegten Plakate abgerissen worden. Gegen diese Bubenstreiche gibt es ein wirksames Mittel, und das ist folgendes: Wer dabei erwischt wird, daß er eines unserer Plakate abzieht, der bekommt am besten gleich an Ort und Stelle einen gehörigen Droschett. Ein paar handseife Arbeiter werden das Geschäft am besten erledigen.

Der Schwindelbrief des Herrn Börner. Zu unserer Veröffentlichung vom 1. November über den Schwindelbrief, den der deutschnationale Börner seinerzeit im Stadtverordnetenkollegium verfasst, teilt uns der Glasmalermeister Lindner mit, daß Gespräch, das er mit dem Schulhansmeister Trisch geführt habe, sei nicht bei einem Ausflug, sondern in seiner Werkstatt geführt worden. Bei diesem Gespräch sei der Architekt Kloß zu gegen gewesen. Auf Befragen erklärte Herr Lindner ausdrücklich, daß gegen die übrigen Darstellungen in unserem Artikel keine Einwendungen zu erheben seien. Herr Börner hat also eine Abstrafung erhalten.

Die nationalisticke Attacke auf den Zeitungskosten. In Mödern befindet sich an einer Stelle ein Zeitungskasten, in den täglich die Leipziger Volkszeitung gehängt wird. Auf ihn haben nationalisticke Kunden einen Angiff unternommen, der, da der Kasten selbst sich nicht zur Wehr setzen konnte, von Erfolg war. Außerdem hatten sich die Straßen, seit sie nun einmal sind, einen Zeitpunkt ausgewählt, in dem sie mit Arbeiterräubern nicht in Berührung kommen könnten. Die nationalisticke Helden hatten in den Kästen den verlogenen Bericht eines bürgerlichen Zeitungsbüros vom Schlag der L. N. über die Vorgänge in der Gotha-Versammlung hingehängt. So leben die „gesitteten“ Kreise aus, die angeblich für Ruhe und Ordnung eintreten und die sich nicht genug über die „Rohheit“ der Arbeiterräuber erfreuen können.

Was bei Eingaben an die Behörden zu beachten ist. Den Justizbehörden — und es wird mehr oder weniger auch auf alle an — „hören zu treffen — gehen, wie man uns schreibt, täglich

eine große Anzahl Sendungen zu, die deshalb nicht untergebracht werden können, weil auf diesen Sendungen keine nähere Bezeichnung, insbesondere kein Alters- oder Klassenzettel angegeben ist. Durch das Nachschreiben entstehen den Beamten außerordentlich große und unnötige Zeitverluste. Aber nicht das allein. Schlimmer ist oft der Schaden, der den Verfassern solcher Eingaben erwächst, wenn dann Zwangsvollstreckungen, Verhaftungen oder Strafzettel vorgenommen, auch irgendwelche Eintragungen von rechtlicher Bedeutung nicht rechtzeitig bewilligt werden. Es wico deshalb darum hingewiesen, daß bei allen Eingaben und Sendungen das Alters- oder Klassenzettel anzugeben ist. Es ist in der linken oberen Ecke aller von den Justizbehörden ausgehenden Schriften zu ersehen.

Bevölkerungsvorgänge in Leipzig. In der Woche vom 30. Oktober bis 5. November fanden 141 Hochzeitungen statt. An Geburten waren in der Woche vom 23.-29. Oktober zu verzeichnen: Lebendgeborene 103, darunter unehelich 32. Totgeborene 8, darunter unehelich 4. In der Woche vom 30. Oktober starben 143 Personen. Darunter waren 23 Kinder unter einem Jahre, von denen 8 unehelich waren. In Wagen- und Darmkathar starben 5 Kinder unter einem Jahre. 19 Personen erlagen der Tuberkulose. Durch Selbstmord endeten zwei männliche Personen. Ein Mann erlitt einen tödlichen Unfall.

An der Siedlung der Kinder durch die amerikanische Kinderhilfmission können außer den Kindern, die in den Schulen und Kindergartenen usw. gezeigt werden, auch unter einer Reihe Kleinkinder (2 bis 6 Jahre), Jugendliche (14 bis 17 Jahre) und werdende und stillende Mütter teilnehmen. Zur Erlangung des Berechtigungsausweises haben alle die Mütter und Kleinkinder die aufzuhaltenden Mütterberatungskliniken zu wenden; jugendliche Berliner werden werktäglich zwischen 11 und 12 Uhr im Rathaus, Zimmer 201, unterrichtet. Sprechstunde für Kleinkinder und Mütter 9 bis 11 Uhr vormittags, für Jugendliche 4 bis 6 Uhr nachmittags. Sprechstunde für Mütter und Kleinkinder gibt es seit folgenden: 1. Städtische Sprechstunde, Münzgasse 24, 2. Schankwirtschaft Schlachthof, Kanistraße, 3. Vincentiusstift, Neudorf, Friedens-Wilhelm-Straße 20, 4. Kohlers Festhalle, Volkmarsdorf, Elisabethstraße 13, 5. Gildes Rue, Sellerhausen, Dorfstr. 6, Waldschlösschen, Schneiderei, Brausauer Str. 26, 7. Ratsschule, Mosau, Modauer Str. 119, 8. Städtische Sprechstunde, Görlitz, Neuhäuser Straße 125, 9. Deutsches Haus, Lindenau, Lindenauer Markt 21, 10. Sprechstunde der Firma Stöhr & Co., Kleinmachnow, Elisabethallee 79, 11. Frohsburg Großschocher. Für Jugendliche sind folgende Stellen eingerichtet: 1. Sprechstunde Münzgasse 4, Buchhändlerhaus, Holländisches Ufer, 2. Kohlers Festhalle, 3. Sprechstunde Töpferstraße 1, 5. Sprechstunde Görlitz, Neuhäuser Straße 125, 6. Deutsches Haus, Lindenau, 7. Sprechstunde Stöhr & Co., 8. Frohsburg, Großschocher.

Neuer Verleihung von Galochs nach Leipzig. Von Montag, dem 14. November 1921 ab, wird an Werktagen zur Entlastung der Frühjahr ein neuer Personenzug Nr. 2431 mit 2. bis 4. Wagenklassen von Galochs nach Leipzig. Bananer Bahnhof wie sonst verkehrt: Ab Galochs 6.30 vorm., ab Großstädteln 6.34 vorm., ab Oelsnitz 6.39, ab Leipzig-Connewitz 6.45, an Leipzig Bananer Bahnhof 6.50 vormittags.

Die Beleuchtung der Höfe und sämtlicher Treppenaufgänge am Wahlsonntag. Der Rat macht bekannt: Abweichen von unserer Bekanntmachung vom 13. November 1920 wird hiermit für Sonnabend, den 13. November 1921, bis abends 8 Uhr, außer der Beleuchtung der Hausschlüsse auch die Beleuchtung der Höfe und sämtlicher Treppenaufgänge vorgeschrieben. Zuliderhandlungen werden nach dem Treppenbeleuchtungs-Regulat vom 29. September 1885 mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet.

Portoerhöhung für Auslandsreise. Die anhaltende Verschlechterung des Marktes zwang die Postverwaltung, vom 15. November an die Gewichts- und Versicherungsschüsse im Auslandsgeldverschluß wieder zu erhöhen und nach dem Verhältnis von 1 Goldfranken = 48 Mark (heutigenwärts 20 Mark) zu erheben. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Kästen mit Wertangabe und auf Paketen nach dem Ausland mahnend. Über die Einzelheiten erteilen die Postanstalten Auskunft.

Sozialistischer Studentenbund. Gen. Hermann Müller spricht heute abend 8 Uhr in Schiebers Restaurant, Kramerstraße, über die Taktik im Klassenkampf.

Fleisch-Verkauf an der Freibank. Freibank 1 Nr. 4501 bis 5000 und Nr. 1 bis 5500, Freibank 2 Nr. 1301 bis 3000 und Nr. 1 bis 200. Dann Verkauf ohne Marken.

Kohlenausgabe für Erwerbslose und Kurzarbeiter.

Inhaber von Gutscheinen Nr. 4001 bis 4213 für Stötteritz, Dauthestraße 24, müssen die Beliefts innerhalb 3 Tagen, ab Donnerstag den 10. November, in der Zeit von 9 bis 4 Uhr, abholen. Neue Gutscheine für sämtliche Ausgaben sind sofort in der Geschäftsstelle, Gerberstraße 3, Zimmer 2, einzulösen. Der Arbeitslosenrat.

Polizeinachrichten.

Zeugen gesucht. In der Unterstraße in L.-Anger ist am 27. v. M. (Donnerstag), gegen 7 Uhr abends, ein 14jähriger Schlauch von einem unbekannten Radfahrer umgerissen und verletzt worden. Der Radfahrer ist ebenfalls gestürzt, hat sich aber sofort wieder auf sein Rad geschwungen und ist davonfahren. Er wird beschrieben als 20-22 Jahre alt, 1,70-1,75 Meter groß, schlank, blondes Haar, bekleidet mit umgearbeiteter Militärröcke und weißem Hut. Zeugen des Unfalls sowie diejenigen Personen, die Angaben zur Ermittlung des rücksichtlosen Radfahrers machen können, werden gebeten, sich möglichst sofort bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Wache zu melden.

Aus dem Gefängnis entwischen. Gegen den aus dem Zellengefängnis Heilbronn ausgebrochenen Kaufmann und Zeichner Richard Wiesinger, geboren am 17. 3. 1859 in Pforzheim, ist Strafbrief erlassen worden. Der Geflüchtete ist etwa 1,80 Meter groß, schlank, hat längliches Gesicht, spitzes Kinn, dunkelblondes Haar, graue Augen, grohe, etwas absteckende Ohren und trägt Brille oder Klemmer. Sollte Wiesinger hier auftauchen, veranlassen man seine Festnahme, bei etwaigem Verdacht benachrichtige man sofort die Kriminalpolizei oder die nächste Wache.

Schneller Tod. Am 8. d. M., nachmittags gegen 1/2 Uhr, ist in der Elsbethsallee wohnender 60jähriger Lagerarbeiter in der Mackenröder Straße plötzlich von einem Unwohlsein befallen worden und kurz danach in einer Hausschlur, wohin man ihn gebracht hatte, gestorben.

Sportheft.

Sächsische Spielvereinigung.

4. Kreis, 1. Bezirk (Mittel der Arbeitersport- und Sportbundes). Bekanntmachungen des Bezirks. Mitton steht sehr 1. Mannschaft durchwährend die 1. und 2. Mannschaften der anderen Berufsverbände für die Mannschaften folgen aus. Die Rundschau-Zeitung von Brandenburg steht wie folgt: 1. Rundschau, Brandenburg 8. Neue Rundschau-Zeitung von Vororten: Willi Hesse, Vorort bei Leipzig. Rundschau-Zeitung von Sachsen-Anhalt: Güterbahnhof, Telefon 2411. Technischer Ausschuß: Junghans.

Interessant. Wie interessanter ist die Art, wie die bürgerliche Einheitsfront für das Mißtrauensvolumen zustande kam. Die L.N.R. hatten ja schon am Mittwoch voreilig ausgeschaut, daß die Deutschen Nationalen ein Mißtrauensvolumen gegen Flechner und Lipinski beantragt hätten. Sie wußten da noch nicht, daß der Kubehandel zwischen den bürgerlichen Parteien, der schon seit Dienstag tobte, verdeckt geworden war. Und dieser Kubehandel ist das Interessante, das die L.N.R. ihren Lesern eigentlich nicht vornehmten sollten. Das die Deutsche Volkspartei sofort mit bei der Sache war, ist bei der Welensverwandtschaft zwischen den beiden Rechtsparteien selbstverständlich. Einiges schwieriger gestalteten sich aber die Verhandlungen mit den sogenannten Demokraten und Herrn Schlein, dem einzigen Zentrumsmann, den man gern mit bei der Stange haben wollte, einmal, um einen „imposanten Eindruck“ zu machen, dann aber auch, um bei den unsicheren Mächten im Landtag des „Jünglings an der Wage“ nicht zu entkräften. Deshalb mußte das Mißtrauen, das zunächst nur Lipinski gelten sollte, der die Orgelbanditen ins Herz getroffen hatte, zunächst auf Flechner ausgedehnt werden. Lipinski allein war den Demokraten und Herrn Schlein zu mager und „sehr bedenklich“. Schlein selbst hatte eigentlich in seinem Blättchen den Rechtsvorsitzenden einige unangenehme Wahrheiten gesagt. Das immer noch als demokratisch ansehendes Leipziger Tageblatt hatte sich rektlos auf die Seite Lipinskis gestellt und den Verächtigungsfeind des enttarnten Reichswirtschaftsministers als verlegene Macht charakterisiert. Und da sollten nun die Reinhold und Sennert ihrem Verbündeten so offen entgegenstellen und dadurch zu erkennen geben, daß ihr Mißtrauen nicht von lästlichen Erwägungen, sondern lediglich von politischem Hass getragen ist? Reinhold, das durften Ihnen die konservativen Schieber wirklich nicht antun. Da mußte ein Ausweg gefunden werden. Und er wurde gefunden, indem man das Mißtrauen auf Flechner ausdehnte. Hatte Flechner nicht das „religiöse Empfinden“ des Herrn Höhlin aufs tiefste verletzt, als er den neu gebrochenen Bischof von Meißen daran hinderte, die ländliche Gelehrte ostentativ zu übertragen? Hatte Flechner nicht auch das protestantisch gefärbte religiöse Gefühl der Seifert und Konsorten dadurch aufgewühlt, daß er den in der Reichsverfassung aufgestellten Grundsatz: Trennung von Kirche und Staat, bestrebt war, konsequent durchzuführen und das gemeinsame Volk der ländlichen Verbindung und Auseinandersetzung zu entziehen? Diesen von Deutschen Nationalen und Volksparteien mit „ehrlicher Entrüstung“ vorgetragenen Argumenten konnten sich die zentralistisch gefärbten und demokratisch angeführten Männerseelen nicht widersetzen. Das „ehrliche Bündnis“ gegen Flechner und Lipinski war geschlossen.

Es war alles gut gelaufen; die Deutschen Nationalen lieben sich vergnügt die Hände. Doch da platzte ganz unerwartet ein Donnerwetter hinein. Die Herren von der Industrie meldeten sich: Haben wir euch nicht den Boden für eure Opposition geschaffen? Liefern wir euch nicht die Millionen zur Organisierung von Mörderbanden gegen die Arbeiterklasse und ihre Führer? Besieht ihr die unzähligen Millionen, die ihr bei den Wahlkämpfen verschwendet, um die Wähler zu belügen und zu betrügen, nicht von uns? Und uns schaltet ihr bei so wichtigen Entscheidungen aus? Ihr wagt es, so quasi dem Manne ein indirektes Vertrauen auszuwirken, der uns die schrankenlose Ausbeutung des Arbeiters durch seine Überhunderttausend verhindert, der uns Arbeiterkontrolleure auf die Nase setzt und unsere gehobensten Intrigen gegen Volk und Staat aufgedeckt hat? Ihr wollt Tüpfel frei ausgeben lassen?

So die Industriellen, war nicht ganz wörtlich, aber dem Sinne nach. Und diese Argumente mußten die Herren von rechts notgedrungen gelten lassen. Die Fraktionen ließen also die Köpfe noch einmal zusammen und berieten. Ein ganz Naiver meinte, so gehe die Geschichte aber nicht, denn dann müßte man ja der ganzen sächsischen Regierung das Mißtrauen aussprechen, denn auch Buck habe Lipinski und Flechner gedreht, und Heldt habe die Herren Reinhold und Seifert furchtbar hart angefochten; und Hellrich habe sich zwar gebessert, aber es sei auch man so. Ganz zu Schweigen von dem jungen Manne Seigner. Aber da kam er schön an. Haben Sie denn garnichts gelernt, brüllte ihn einer an. Haben Sie nicht gesehen, wie die „Ungeheuerlichkeit“ — wie zartfühlend — „unseres Grellmann“ die drei Linienparteien zusammenballte? So eine Eile darf wir uns nicht wieder leisten. Wir müssen die Brüder von der Linken genau einander aufzwingen. Sorenen wir den Unabhängigen unser Mißtrauen aus, dann werden ichließlich die Rechtssozialisten „vernünftig“ werden und einschauen, daß sie uns brauchen. „Meine Herren, denken Sie an Preußen!“

Behauptet ähnlich der vorläufige Zweifler von damals. Den Seifert und Reinhold aber ging ein Licht auf. Sie schlugen sich vor ihren schlauen Kopf und waren überzeugt: Es muß sein.

Die Sache wäre also glatt. Nun hievte nur noch an einem: An der Abstimmung im Landtag. Und da wirds wohl schief gehen.

Die sächsischen Demokraten für eine Verschlechterung der Gewaltsoberordnung des Landtags.

Die demokratische Fraktion des Landtags hat folgenden Antrag eingebracht:

„In mehreren Sitzungen des Landtags haben sich Vorgänge abgespielt, die ein ländliches Verhandeln unmöglich machen, die Würde des Landtags verletzen und sein Ansehen beim Volke vollständig vernichten. Die jetzige Geächtungsordnung gibt dem Präsidenten nicht die Macht, solche Vorcommissare zu verhüten und zu ändern. Die demokratische Fraktion beantragt daher, der Landtag wolle, sofern der Wiederholung derartiger Vorgänge nicht durch Verständigung der Fraktionen untereinander vorgebedingt werden kann, eine Ergänzung der Geschäftsordnung beschließen.“

Das ist echt demokratisch, nicht nur der Gedenktag nach, sondern auch in der Form, die den ganzen Antrag zu einer rechtmäßigen und albernen Demonstration macht.

Amüsant ist, wie die öllen ehrlichen Leipziger Neuesten Nachrichten die Sache zu loben suchen. Sie schreiben:

„Dieser Antrag wird den Herren Siewert, Menze u. Genossen durchaus ungelegen kommen. Gelpmann darf man sein, ob sich die Mehrheitssozialisten bereit erklären werden, ihr Parteiengenossen Fräkdorf verteidigen zu lassen, die Präsidenten nicht ein. Sollte Ihnen gezeigt werden, daß der Präsidenten nicht nichts zu erzielen hat, weil die Abstimmung deutlich zu erkennen ist, 2 Mt. Verteilfeste.“

7. 12. M. 1. Die Firma kann die alte bleiben. Die Regierung der Geschäftsanlagen ist vom wirklichen Inhaber oder dessen Vertreter zu besorgen. 2. Mit solchen Manipulationen nach dem Urteil dürfte wohl nichts zu erzielen sein, weil die Absicht deutlich zu erkennen ist. 2 Mt. Verteilfeste.

8. T. 100. Es muß Ihnen vorher Erlaubnis gegeben werden.

9. S. 100. zunächst muß an das Gericht mit Rücksicht auf die steigende Tendenz ein erneuter Antrag gestellt werden. Wird der abgelehnt, so ist der Beschluss bei der weiteren Instanz anzusehen.

10. M. 100. Sowohl die Betriebsabgabe als auch die Ertragsschuld ist nicht zu hoch angelegt. Es kommt aber darauf an, ob auch die geschäftlich zulässigen Abfälle vorgenommen werden.

Und das können wir nicht vorwählen. Die kleinen Gewerbetreibenden brauchen nur 3 vom Hundert des abgabepflichtigen Ertrages zu bezahlen, während die großen bis zu 6 vom Hundert erzielen müssen. 3 Mt. Verteilfeste.

11. T. 100. Mindestens 21 Jahre alt.

M. 100. Mindestens 21 Jahre alt.

12. M. 100. Den Sammler ist im laufenden Steuer-

jahr der 1. April 1921 maßgebend. In Ihrem Fall ist die Firma im Recht. Ihr Kollege aber hat bis zum 31. März 1922 Anspruch auf die Ertragsschuld. Er muß sich beim Finanzamt beschweren.

Neuesten Nachrichten auf das ihnen so geläufige Mittel zurück, die Leser durch eine entstellte und verlogene Berichterstattung irre zu führen. Ein Schulbeispiel ist die Art, wie das Blatt über die heile Landtagsöffnung berichtet.

Am Kopf des Blattes prangt in großer Schrift die Zeile: „Lipinski nimmt einen Teil seiner Aufschuldigungen zurück.“ Und im Bericht selbst heißt es: „Er“ (Lipinski) „gibt zu, sich in seinen Angaben über den Leipziger Wafferring und über den Hauptmann Wille geirrt zu haben.“

Durch dieses fälscherhaft ist die ebenso unwahre und alterne Behauptung in der von Herrn Blücher im Landtag abgegebenen Erklärung — die das „ehrenwerte“ Blatt im Gegensatz zu den Ausführungen Lipinskis natürlich wörtlich abdrückt — gestützt werden. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß Lipinski sachlich von seinen Aufschuldigungen kein iota zurückgenommen hat. Er hat vielmehr ausdrücklich hervorgehoben: Sachlich habe ich nicht das Gerüste von dem Bericht zurückzunehmen. Er hat lediglich zwei Irrtümer berichtet. Einmal einen Schreibfehler, den er dahin richtigstellte, daß nicht im Mai 1920 im Clubhaus der Sororin der Leipziger Wafferring gegründet worden ist, sondern daß im Anschluß an eine Sitzung des Wafferrings eine geheime Organisation gegründet worden ist. Weiter ist eine Namensverwechslung berichtet: der Hauptmann Wille, der wegen unberechtigter Handlungen aus der Landespolizei entlassen wurde, ist nicht identisch mit Hauptmann Wille, dem Gruppenführer des Vereins „Silberner Schuh“. Damit vergleiche man, was das Leipziger Schwedelblatt seinen geduldigen Lesern vorzusehen wagt.

Eine Bemerkung sei zum Schluß noch gestattet: Warum enthält das Blatt des Herrn Blücher seinen Lesern immer noch das von Lipinski aufrechterhaltene Tatjachenmaterial vor und macht es ihnen so unmöglich, sich ein richtiges Urteil zu bilden? Vielleicht denken die Abonnenten und Leser der Leipziger Neuesten Nachrichten einmal über diese Frage nach.

Fälsche Berichterstattung.

Am vorigen Dienstag wurde u. a. im Landtag eine Interpellation verhandelt, die sich gegen den Kultusminister Flechner richtete. Die Angriffe gegen ihn stützten sich lediglich auf ganz kurze Notizen aus Zeitungen über Versammlungsberechtigungen des Ministers, die dieser fälschlich und tendenziös erläuterte.

Ein in die Augen fallendes Beispiel fälscher Berichterstattung liefert nur abermals der Dresden-Dreher Berichterstattung. Ein in die Augen fallendes Beispiel fälscher Berichterstattung liefert nur abermals der Dresden-Dreher Berichterstattung. Ein in die Augen fallendes Beispiel fälscher Berichterstattung liefert nur abermals der Dresden-Dreher Berichterstattung.

Minister Flechner stützt sich auf ungenaue Berichterstattung und macht den Vorwurf, dieselben Reden noch einmal vor der Rechten zu halten. (Heiterkeit.) Der Minister schlägt: Ohne Blut sind Revolutionen noch niemals gemacht worden; niemand kann das Recht auf Revolution genommen werden.

Dem Redner wird also unterstellt die Behauptung, daß Revolutionen „gemacht“ werden, und daß sie „niemals ohne Blut“ gemacht werden. Der in den sieben Zeilen dargebrachte Unsin ist vom Minister Flechner nicht gesprochen worden. Nach dem amtlichen Stenogramm hat er — nur diese Stelle der Rede kann in Frage kommen — vielmehr folgendes ausgesöhlt:

Es ist bereits auf den 9. November 1918 Bezug genommen worden. Will jemand von Ihnen behaupten, daß trotzdem bei diesem Vorgang kein Blut geslossen ist, es keine gewaltsame Revolution, kein gewaltsamer Umsturz gewesen wäre, — will das jemand behaupten? . . . Dann bitte ich Sie, mir einen einzigen Vorgang der Art zu nennen, wo jemals in der Geschichte eine nennenswerte gesellschaftliche Umwälzung ohne Gewalt vor sich gegangen ist.

Das ist etwas ganz anderes, als was der Bericht im Dresden-Dreher behauptet, — es ist so ungefähr das gerade Gegenstück.

Dieser Vorgang bestätigt und illustriert aufs anschaulichste das, was Minister Flechner in seinen Ausführungen am Dienstag im Landtag in bezug auf falsche Berichterstattung durch die Presse betonte.

Dörsch i. B. Die Verkehrsverbindung mit den an der böhmischen Grenze liegenden Ortschaften ist durch die Eröffnung der Postkraftswagenlinie Dörsch i. B. — Ebmath (Richtung Rohrbach i. B.) nunmehr geschlossen worden.

Klingenthal. Die Stadt beabsichtigt die Errichtung eines Krankenhauses. Das im Jahre 1918 angekündigte Handelschulgebäude soll dazu eingerichtet werden. Die Kosten werden etwa 700.000 M. betragen.

Oberlausitz. Erstrotzen aufgefunden wurde Donnersberg frisch der 68jährige frühere Ratskellerwirt, jehige Privatmann Hermann Otto. Wahrscheinlich ist Otto infolge der Glotze bei Ausübung der Jagd gestürzt, besinnungslos und so ein Opfer der Kälte geworden.

Briefkasten der Redaktion.

C. W. Spitta. Behörden können da nicht eingreifen. Der Hauswirt ist verpflicht

„Frühzeit“.

Ein Proleten-Autobiographie.

Von Oskar Maria Graf.

Nachdruck verboten.

Erste Freiheit.

Der Himmel war tiefblau und hing ungeheuer nahe, als wir aufwachten. Seltsam still lag der Hof des Hotels, der eher an ein Kloster als an eine Gaststätte mit Fremdenbeherbergung erinnerte. In der Mitte dämmte sich ein zerfallener Springbrunnen, der sanft plätscherte. Die Mauern entlang rankten wilde Reben Kunde und die Stadtwälle zogen sich Freitänge, die durch ausgetretene Steintreppen verbunden waren. Man musste also erst in den Hof und gelangen dann ins Hotel. —

Mit allen das Heiliggebliebene von unserer Heimat gingen hinunter zum Haussdienner, kellten unter Gepäck ein, bezahlten und begaben uns auf die Straßen. „Zehn haben wir genau noch vier Frank“, sagte Schimpf. Das störte nicht. Eine unbeschreibliche Friedlichkeit war in uns.

Das Leben trug eine reichfarbige, anheimelnde Umkleidung. Schöne braune Italienermädchen huschten vorüber, die plumpen Trambahn rurte gemächlich durch die engen Straßen, vorsichtige Männer schauten breit an den Ecken. Kaufhäuser machten bunte, offene, lebhafte Gesichter und über das Ganze schüttete die Sonne ihren hohen, milden Glanz. —

Schlendernd gingen wir kleiner in die Stadt, sahen uns auf eine Ansagerbank der Piazza grande und hörten. Ein schäbig aussehender Mann kam an uns heran, sagte etwas wie: „Bisiero, Caetanagia?“ Wir dachten an einen Bruder, der sich uns anschließen wollte, und sofort redete ich ihn in einem lauernden Ton von Münchner Deutscher und italienischen Freunden an: „Auch Pazzarone?“ Wir nienten. Wir bleiben da und gehen nachher nach Brione hinauf zu Belannone.“

Erst jetzt zog der Mann seine Kriminalistenkarre heraus und sagte: „Polizia“ und gab uns durch Gesten zu verstehen, daß wir ihm zu folgen hätten.

Wir verstanden endlich und folgten.

„Ah,“ sagte ich boshaft lächelnd zu meinem Begleiter, „Ja ist also in der freien Schweiz, aber!“

Mechanisch tappten wir weiter. Die Sonne schien, der Himmel über uns war blau und klar. Alles war bunt, warm, hellig, schön und neu. —

Auf der Polizei mußten wir vor allem unsern Gelbwestand vorzeigen. Merkwürdigweise fragte kein Mensch hier nach Ausweisen. In der Eile der Flucht hatten wir uns darum nicht bemüht. Ich hatte nur einen sehr oft gestempelten Frachtkoffer, einen Helmabschluß für Bayern und eine Entlassungsbestätigung meines Bruders Maurus aus dem Krankenhaus Karlsruhe.

Die Leute konnten fast durchweg nur eitliche Worte Deutsch. Ein dicker, kleiner Mann auf einem Drehsessel blätterte ein Lexikon auf, suchte und suchte, und sagte endlich, laut lesend: „Um — gefährlich?“

Wir sagten die Wohnungen unserer Kameraden und „Nicht Pazzarone“ und wurden wieder entlassen.

Als wir die Unhöhe von Minusio nach Brione hinaufstiegen, kam uns ein weit ausgreifender, ungeheurender Mann entgegen.

„Das ist Theol“ sagte Schimpf und schrie auf einmal diesen Namen laut auf. Der Fremde lachte strahlend und kam uns mit offenen Armen entgegen. Es war tatsächlich Thea. Er flüchtete seiner Zeit, als man ihn zum Militärdienst einzichen wollte, aus München und führte seitdem hier ein Naturleben, das anarchistischen Grundlängen näher kam. — Außer ihm waren noch drei Kameraden da. Wir freuten uns und erzählten in der Eile unsre Erlebnisse. Langsam stiegen wir höher und höher. Die fahlen Hausdächer von Locarno und Minusio sanken mehr und mehr in die Baumkronen hinab. Der See dehnte sich breit und überstrahlte aus. Ein Dampfboot watete gemächlich durch die Flut. Fern durch die gläserne Luft stachen die glatten, vierzigigen Häuser von Dörfern des andern Ufers und die weichgeschwungenen Lenden italienischer Vorberge wogten friedlich in den Himmel. . .

Theo führte uns in seine Behausung und holte die Kameraden. Krete, Theos Freundin, gab uns zu essen. Es wurde beschlossen zur Christlichen Kolonie „Liebe“ zu gehen, deren Inhaber Theo bekannt war, und uns dort unterzubringen. Das war ein modern gebautes Haus mit Weinbühnen und viel Gemüsebeeten. Eine komme Gemeinschaft hauste hier nach christlichen Grundlängen. Der Kellerei empfing uns sanft und stellte uns für zehn Frank ein Zimmer zur Verfügung. Wir brachten unser Gepäck, richteten uns ein. Mittlerweile war es Abend geworden.

Todmüde und befriedigt legten wir uns auf die Matratzen. Als wir kurze Zeit so lagen, hörten wir auf einmal ein geschäftiges Wippen an der Breiterwand. Wir lauschten aufmerksam, sahen uns im Zimmer um, das eigentlich nur ein Verschlag war. An der Breiterwand, die uns vom andern Raum trennten, hing es plötzlich zu klaffen an, fast als wolle sich eine Klappe schließen. Uns wurde merkwürdig zumute. Der volle Mond erleuchtete das Zimmer. Wir sahen oben durch die Wand ein Loch, das wahrscheinlich dazu diente, ein Kaminrohr durchzusticken. Es war mit einem Weißblechrohr eingeschobt. Ich ließ Schimpf, räunte ihm leise zu: „Hörst du?“

Er nickte. Wir lauschten, richteten aus irgendinem Grunde unsre Ohre immer aufmerksamer auf das Kaminloch, denn da über kam das Gejappel und Geräte. Da plötzlich tauchte ein Gesicht im Loch auf. Deutlich sahen wir es. Dann wieder eins verschwand. Wieder wurde gejappelt und wieder kam ein Gesicht zum Vorschein. Wir blieben ruhig, aber etwas tapfer bereit liegen. Unwillkürlich dachte ich an die unheimliche Erzählung vom Wirtshaus im Spreewald und an Bergelose Dinge. Und da mir so was Grauenhaftes immer sehr oroste Anregungen gab, so konstruierte ich natürlich allerhand für mich zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Fjodor Michailowitsch Dostojewskij.

11. November 1821 — 9. Februar 1881.

Dass wir in dem Russen Dostojewskij einen der wenigen ganz großen Erzähler zu sehen haben, wird heute, hundert Jahre nach seiner Geburt, vierzig Jahre nach seinem Tode, von niemand mehr bestritten. Am 11. November wird man ihn in hundert Sprachseiten und anerkennen, wie unentbehrlich der Verfasser des Naschkinow und der Brüder Karamasow der Welt geworden ist. Es muß also etwas Allgemeingültiges von Grenzfällen und Rassenunterschieden Unabhängiges in Dostojewskij's Werken enthalten sein. Zugleich wird man aber gerade bei diesem Schriftsteller niemals vergessen mit besonderem Nachdruck von seinem Volkstum zu sprechen. In der Tat ist Dostojewskij mit dem Russentum auf das innigste verbunden, ist er nur in seiner Eigenschaft als Russe restlos zu verleben.

Der marxistischen Weltanschauung ist es selbstverständlich, nach dem geistlichen Boden zu fragen, in dem das Wirkliche Dostojewskij wurzelt. Nun, die russischen Verhältnisse in jenen Jahrzehnten sind bekannt und berüchtigt. Die Lebensjahre Dostojewskij fallen ziemlich genau mit der Regierungsperiode der Zaren

Seuillebon

Freitag, 11. November 1921

Nikolaus I. (1825—1855) und Alexander II. (1855—1881) zusammen. Alexander Herzen redet von der Zeit des brutalen Nikolaus als der „Besitzzone, die sich von 1825—1855 erstreckt“, und unter Alexander II. stand es nach kurzen Reformversuchen nicht viel besser. Das absolute Zarentum unterdrückte in Verbindung mit einer verdorbenen Bürokratie, einer willkürlichen Kirche und einer grausamen Militärmachine jede freie Willensregung und führte mit Knute, Henkel und Sibiren ein unerbittliches Schreisregiment. Zur Charakterisierung der wirtschaftlichen Zustände genügt es, darauf hinzuweisen, daß in diesem Agrarslande der Bauer dem adligen Großgrundbesitzer bis 1861 in unmenschlicher Leibeigenenschaft unterworfen war und daß man nach deren Auflösung den Bauern durch schwaches Landbesitz und finanzielle Abhängigkeit erneuter Not überließ. Das Russland zur Zeit Dostojewskij's war in jeder Hinsicht ein unmögliches Land.

Gegen diese Wirklichkeit nun erhebt sich die im 19. Jahrhundert ganz plötzlich austretende glänzende russische Literatur. Sie ist, wie Rosa Luxemburg in der unvergleichlichen Vorrede zu Korolentos Memoiren sagt, „aus Kampfgeist geboren“, man kann sie in dieser Zeile mit der französischen Literatur von 1789 vergleichen. Die russischen Schriftsteller erkennen die Unzulänglichkeit des russischen Lebens und, mit der im russischen Wesen liegenden Verallgemeinerung, die Schmerzlichkeit des Daseins überhaupt und suchen die Befreiung durch nackte, realistische Darstellung auch des Höchstlichen, durch Klage, durch Kritik, durch Satire. Auch Dostojewskij müßten wir hier (siewohl gegen seinen Willen) einreihen, mit dem Augenblicks, daß er eine Sonderstellung einnimmt. Keiner hat den ganzen Hammer des russischen Menschen (wie des Menschen überhaupt) mit solch furchtblicher Eindringlichkeit und Unbarmherzigkeit geschildert wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser Welt von Weisheit und Freiheit durch Demut, Schüchtern, Mitleid, Neue, Schuldbefreiung und den Glauben an Christus. Er predigt nicht Talendrang, sondern Bescheidenheit, nicht Aktivität, sondern Quietismus. Und wenn sich Dostojewskij doch nach irischer Hilfe umstellt und umwirkt, so geschieht dies nicht wie er. Aber er fordert sein Aufblühen gegen die herrschenden Gewalten, seine Besserung auf Erden. Sondern er ersieht eine Erlösung aus dieser

Reichstag.

Berlin, 10. November.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 1 Uhr 15 Minuten.
Von den Rechtssozialisten war eine Interpellation eingereicht, in der von der Regierung Auskunft verlangt wird, was sie gegen die von der Interalliierten Militärkontrollkommission verlangte

Zerstörung der Deutschen Werke

zu tun gedenkt. Die Interpellation begründet

Abg. Hoch (SPD.): Ich bin in der Lage, zu belunden, daß in den Wölfgang-Werken in Hanau, in denen jetzt wieder 36 000 Personen beschäftigt werden, nichts hergestellt wird noch hergestellt werden kann, was die Maßnahme der Interalliierten Militärkontrollkommission rechtfertigt. Vor dem Kriege wurden in den Betrieben vornehmlich Waffen und Pusser hergestellt. Es lagern in dem Werk in Hanau große Mengen von Schiebaumwolle, die in Filzwolle und Kleidungsstücke umgewandelt werden sollten. Die Interalliierte Militärkontrollkommission verlangt aber die Vernichtung. Allein die Zerstörungsarbeiten würden einen Betrag von 10 Millionen Mark verschlingen. Achnlich unberechtigt wie für das Hanauer Werk ist auch das Verlangen der Interalliierten Militärkontrollkommission hinsichtlich der andern Werke in Erfurt und Spandau. Die Maßnahmen sind mit dem Friedensvertrag nicht vereinbar.

Reichschaikminister Bauer: Die Werke sind mit vollkommener Zustimmung der Interalliierten Militärkontrollkommission von der Kriegsmittelherstellung auf Friedensarbeit umgestellt worden. Ungeheure Summen sind dafür aufgewandt. Jetzt kommt die Entente und verlangt, das Werk in Hanau soll vollkommen dem Erdbothen gleichgemacht werden. Auch die Fabrikation von Jagd- und Sportwaffen in den Erfurter Werken wurde mit ausdrücklicher Zustimmung der Interalliierten Militärkontrollkommission unternommen. Heute geht man auch dagegen mit derselben Rücksichtslosigkeit vor, wie gegen das Werk in Hanau. Es scheint, als ob Handelskreise hier die Hand im Spiele haben. Wir werden alles tun, was sich zur Aufhebung dieses Verlangens tun läßt, nötigenfalls auch die Botschafterkonferenz anrufen. Machtmittel haben wir keine zur Verfügung.

Auf Antrag Müller-Franken (SPD.) wird die Befreitung der Interpellation beschlossen.

Abg. Erking (Ztr.): Wir möchten den Reichschaikminister bitten, das Recht des deutschen Volkes, das hier in der schwersten Weise mit Füßen getreten worden ist, mit allen Kräften zu wahren.

Abg. Hartwig (Dnai.): Wir schließen uns der Interpellation in vollem Umfange an. Im übrigen möchte ich wünschen, daß die Arbeiter, die von den Ententemaßnahmen schwer getroffen werden, immer mehr erkennen, daß die Sicherung von Vaterland, Kultur, Heimat in der nationalen Organisationen ruht. Die Sozialisten, die mit den früheren Sozialisten Millerand und Briand auf Kongressen oft zusammengekommen sind, mühten sie kennen und wissen, wessen die Menschen fühlbar sind.

Abg. Bellingshausen (D. Bp.) verbreitet sich im wesentlichen über die Kriegsbildung und fordert von der Regierung, daß sie alle Energie darauf verwende, daß Deutschland nicht fortgesetzt sei allein schuldig am Kriege hingestellt werde.

Abg. Gothein (Dem.): Wir schließen uns der Interpellation an, ohne uns jedoch die Ausführungen, die hier gemacht worden sind, zu eignen zu machen.

Abg. Brandes (USP.): Die Maßnahme der Interalliierten Militärkontrollkommission hat mit Recht die Empörung des deutschen Volkes hervorgerufen. Ich hoffe nicht nur des deutschen Volkes. Wer sich vorstellen kann, welche Arbeit und welche Mittel es erfordert hat, die 14 Reichswerke von der Mordindustrie auf Friedensarbeit umzustellen und wer gesehen hat, was jetzt dort hergestellt wird, der muß zu der Auffassung kommen, daß die Maßnahmen durch nichts gerechtfertigt sind. Die Kreise aber, die heute hier sich so sehr entzweit haben, die Herren von der Rechten, haben kein Recht, sich auf hohe Pferd zu sehen. Sie sind an dem Krieg, und damit an seinen Folgen und auch an dem, was jetzt von der Interalliierten Militärkontrollkommission unternommen worden ist, schuldig. Die Interalliierten stellen sich so, als wenn sie fürchteten, die Betriebe könnten wieder für die Kriegsindustrie Verwendung finden. Die Herren von der Rechten geben ihnen immer wieder neue Vorwände zu solchen Maßnahmen. Die Arbeiter der betroffenen Werke erinnere ich auch daran, daß sie sich auch diese Tatsachen vor Augen führen und sich mit den freiheitlichen Schilden des Volkes zusammenziehen müssen, damit dem Treiben der Rechten ein Ende bereitet wird. Hanau lebt unter großer Arbeitslosigkeit. Jetzt soll mit einem Male alles beseitigt werden, was unter großen Opfern auf- und umgebaut wurde. Durch muß die Arbeiterschaft aufs schwerste betroffen werden. In Erfurt werden Jagd- und Sportwaffen hergestellt, wie in hunderten anderer thüringischer Städte. Auch diese Werke sollen zerstört werden. Sogar sollen Stahlgiheren heruntergerissen werden. Darüber hinaus will man auch wohl sehr große und wertvolle Maschinen zerstören, Maschinen, wie sie in jeder Maschinenbauanstalt gebraucht werden. Was die Arbeiterschaft sich dabei für Gedanken machen muß, wenn jetzt die während langer Jahre betriebene Zerstörung der Produktionsmittel in solcher Weise fortgesetzt werden soll, kann man sich leicht vorstellen. Wie kann man den Bau von Lokomotiven, Eisenbahnen u. v. verhindern? Wie soll man das mit Kriegsgefahren in Verbindung bringen? Dann müßte man ja auch die Herstellung von Eisenbahnschienen verbieten. Mit diesen Maßnahmen erreicht man das Gegenteil von dem, was die Entente erreichen will. Sie treibt damit viele Kreise des deutschen Volkes in die Hände der nationalistischen Wahnsinnspolitiker. Auch wir halten es für notwendig, daß von der Regierung alles reicht, diese Maßnahme rückgängig zu machen. Wir

verlassen uns aber nicht lediglich auf die Regierung. Wir werden uns auch an die Gewerkschaften der Ententeländer wenden, damit auch sie auf ihre Regierungen eindringen, diese unsinnigen Maßnahmen aufzuheben. Wir hoffen, daß bei dem einmütigen Auftreten der internationalen Arbeiterschaft endlich die Vernunft zum Siege geführt wird. (Lebhafte Beifall bei den U. S.)

Abg. Schirmer (Bant. Bp.): Wir rufen den Franzosen in ihrem Zerstörungswerk an: Bis höher und nicht weiter! Wir protestieren auf das schärfste gegen die sadistische Zerstörungswut der Franzosen. Das Recht auf Arbeit muß uns bleiben, sonst können wir auch nicht einen Teil der Reparationsverpflichtungen erfüllen.

Abg. Mahnahn (Komm. Arb.): Auf das scheinheilige Getue der Rechten dürfen die Arbeiter der Deutschen Werke nicht hereinfallen, ihnen kann nur Hilfe werden durch die Solidarität der deutschen Arbeiter und der der andern Länder. Anstatt sich auf Friedensgeräte umzustellen, haben die Deutschen Werke Munition und Waffen herstellen lassen, wie wir erfahren haben. Wir fordern die Umstellung der Deutschen Werke auf Friedensarbeit, dann hat die Entente kein Recht zum Einschreiten.

Abg. Hoch (SPD.): Der Vertreter der Deutschen Volkspartei hat versucht, meine Ausführungen so auszulegen, als hätten wir den Friedensvertrag unterzeichnet, ohne uns darüber klar zu sein, was wir damit auf uns genommen haben. Demgegenüber stelle ich fest, daß wir immer laut und donitlich erklärt haben, daß der Friedensvertrag unmögliche Forderungen enthält, daß wir ihn aber unterschrieben, um aus dem viel furchtbaren Kriegsaufstand herauszufommen.

Damit ist die Interpellation erledigt. Es folgt die Beratung der dritten

Ergänzung des Befolzungsgesetzes.

Nach den Erklärungen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei, die sämtlich ihrem Bedauern über die Mängel der Vorlage Ausdruck geben, dieser aber trotzdem zustimmen, ergreift die Genossen

Luis Zieh (USP.) das Wort: Meine Fraktion kann sich nicht damit absindern, in einer Erklärung ihr Bedauern darüber auszudrücken, daß manche Bedingungen nicht erfüllt sind und dann trotzdem zum Schluss zu kommen, der Vorlage ihre Zustimmung zu geben. Wir sind der Meinung, daß diese Vorlage eingehend beraten werden muß, und daß Anträge hierzu gestellt werden müssen. Mit bedauernden Worten ist den nothenden Beamten nicht geholfen. Die ungeheure Preiserhöhung durch die Markentwertung und durch den agrarischen Wucher hat abermals eine Erhöhung der Bezüge der Beamten unumgänglich notwendig gemacht. Diese Erhöhung der Beamtenbezüge muß durch eine Erhöhung des Grundgehalts erfolgen. Die vorgeschlagene Erhöhung ist in den unteren und mittleren Beamengruppen völlig unzureichend. In den oberen Gruppen dagegen wie sie über das berechtigte Maß hinausgedehnt. Mit Recht hat ein Beamtenvertreter in einer Unterredung mit unsern Genossen im 23. Ausschuß darauf hingewiesen, daß von Gruppe XI die Erhöhung der Gehälter letztergenade in die Höhe geht. Für die Vieblinge der Regierung, die Regierungsräte, Geheimräte, Ministerialräte, hat man trotz der finanziellen Not des Reiches außerordentliche Erhöhungen vorgenommen, während man den unteren Beamten nicht einmal das Existenzminimum gewährt. So ist in Gruppe XIII ein Ansangsgehalt von 52 000 Mt. eingelegt, steigend bis zu 80 000 Mt., Gruppe XII 38 000 Mt. Ansangsgehalt, bis 57 000 Mark! Dazu ist noch durch ein Rundschreiben aus dem Reichsfinanzministerium Anweisung gegeben, daß den Beamten der höheren Gruppen neben ihren Riesengehältern noch eine Dienstauswandergeldzahlung sofort ausgezahlt werden soll. Das Schlimmste ist, daß man dieser Regelung der Gehälter eine Bezeichnung beigegeben hat, die von den Beamten der mittleren und unteren Gruppen als geradezu empörend angesehen wird und die für Verschwendung der Erbitterung ungemein beigetragen hat. Diese Erklärung ist geradezu ein Hohn: Niemand wird sich der Notwendigkeit verschließen können, daß alle Beamten und damit auch die Beamten ihre Lebenshaltung im Vergleiche zu der Zeit vor dem Kriege erheblich einschränken müssen und deshalb nicht so hohe Gehälter beziehen können, als dem Goldwert des Friedengehalts entsprechen würde. An dieser Einbuße müssen billigerweise die höherbeförderten Beamten in mittlerem Umfang teilnehmen als die minderbeförderten, die höherbeförderten werden daher nur ein geringeres Vielfaches ihres Friedensdienstesinkommens erhalten können." Und dann kommt man mit diesen Sätzen in den oberen Gruppen! Wir sind der Meinung, daß das Grundgehalt in allen Gehaltsklassen so bemessen sein muß, daß die Beamten über das Existenzminimum hinaus Bezüge erhalten. Die unteren Gehaltsklassen bleiben infolge der stechen und zwangsläufigen Erhöhung der Indexziffer weit hinter dem Existenzminimum zurück. Diese Befolzungsvorlage ist eine Schande. Bei der Bemessung des Grundgehalts muß das Gewicht darauf gelegt werden, daß auch die Ansangsgehälter hoch genug sind, um eine Familie gründen und ernähren zu können. Daß ist es notwendig, daß das Endgehalt in zehn Jahren durch fünf Gehaltsstufen erreicht wird und nicht, wie jetzt vorgeschlagen, in sechzehn Jahren durch acht Gehaltsstufen.

Es ist unser Meinen nach völlig unzulässig, daß Angehörige des Reichswehr in die Befolzungsvorlage eingereicht werden. Wie wünschen, daß die ganze überflüssige und kostspielige Einrichtung der Reichswehr befestigt wird. Aber solange das nicht geschehen ist, muß die Reichswehr aus der Befolzungsvorlage verabschiedet werden. Es ist uns von der Regierung verprochen worden, daß alles geleistet soll, die Republik zu schützen. Dazu gehört, daß aus der Reichswehr die reaktionären, monarchistischen Beamten beseitigt werden. Statt

dessen kommt man nun, und gibt gerade denjenigen Gehaltsklassen, in denen die Reaktion sich eingesetzt hat, bedeutend Gehaltserhöhungen. Dagegen leiden die unteren Beamten außerordentlich schwer. Aus all den angegebenen Gründen ist sowohl das Angebot der Regierung als das, was schließlich den Gewerkschaften angestanden ist, oder richtiger, was den Gewerkschaften diktiert worden ist, für uns unannehmbar. Auch die Gewerkschaften erwarten vom Reichstag, daß er mehr durchsetzt. Die Regierung arbeitet mit Hochdruck, die unzulängliche Vorlage schnellstens Gelebt werden zu lassen, vor allen Dingen die hohen Sätze für die hohen Gehaltsklassen unter Dach und Fach zu bringen. Auch wir wünschen, daß den Beamten schnell geholfen werde. Aber das kann auch so geschehen. Die Regierung hat erst lästig ohne den Reichstag, nur nach Anhörung der Fraktionen, Erhöhungen vorläufig ausgezahlt. Nachträglich hat der Reichstag zugestimmt. Das kann auch leicht geschehen, wenn die Regierung nur den guten Willen hat. Inzwischen können dann die Verhandlungen im Reichstage weitergehen, ebenso die Verhandlungen mit den Gewerkschaften. Man kann unmöglich die unteren Beamten immer wieder vertreten. Schon zum drittenmal sagt die Regierung, das nächste Mal sollen auch die unteren Beamten bestmöglich werden. Das nächste Mal kommt und es bleibt beim alten. Wir richten die Aufforderung an die Beamten: Organisiert euch reslos in euren Organisationen, in den Gewerkschaften, damit ihr hand in Hand mit den Arbeitern und Angestellten euch das erringen könnt, was für eure Existenz notwendig ist.

Wir verlangen u. a. auch eine grundlegende Umgestaltung der Gehaltsgruppen. Die erste Gehaltsklasse kann unverändert bleiben, die Gehälter müssen von 14 000 Mt. Ansangsgehalt auf 24 000 Mark Endgehalt gesteigert werden. Die zweite und dritte Klasse sollen die zweite Gruppe bilden: Ansangsgehalt 15 000 Mt., Endgehalt 25 000 Mt. Die vierte und fünfte Klasse sollen die dritte Gruppe darstellen: Ansangsgehalt 18 000 Mt., Endgehalt 28 000 Mark. Die fünfte und sechste Klasse als vierte Gruppe soll 22 000 Mark Ansangs- und 32 000 Mt. Endgehalt bekommen. Die achte und neunte Klasse als fünfte Gruppe 26 000 Mt. Ansangs- und 36 000 Mt. Endgehalt. Die sechste Gruppe, jetzt Klassen 10 und 11, Ansangsgehalt 30 000 Mt., Endgehalt 40 000 Mt. Und die letzten beiden Klassen als siebente Gruppe 33 000 Mt. Ansangs- und 44 000 Mt. Endgehalt. Auch die übrigen Bezüge müssen entsprechend geändert werden.

Allerdings wird dann die Regierung eine andere Finanzpolitik treiben müssen. Wenn sie nicht dafür sorgt, daß die Mark stabilisiert wird; wenn sie zurzeit vor der künftigen Erfassung der Goldwerte; wenn sie nicht die längst beschlossenen Steuern schneidet; wenn sie nicht endlich mit der Sozialsteuer, insbesondere des Kohlenbergbaues, einigt macht, so werden alle Maßnahmen nicht zur Konkurrenz der Beamtengehälter führen. Der leidige Widerstand der kapitalistischen Rassaler, die unverschämte Verleumdung bei Lieferungen an den Staat, sie tragen war zur Vereicherung der Kapitalisten maklos bei. Steiner, aber das Elend der unteren Beamten bis zur Unzertrennlichkeit und treiben den Staat zum Bankrott. Wenn es so weitergeht, muß man sich darauf gefaßt machen, daß das Proletariat sich selber hilft. Rot bricht Essen. Wenn es so weitergeht, ist es unvermeidlich daß wir bald zu einem zweiten 9. November kommen, an dem höchstlich das Proletariat sich nicht begnügt mit der politischen Umwälzung ruht, zur Einführung des sozialistischen Gemeindeeigentums am Produktionsmitteln. Mögen Sie es sich zeigen lassen, die unendliche Panamut des Proletariats geht ihrem Ende entgegen. (Lebhafte Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Delsing (Dem.): Wir stimmen der Vorlage zu, um den Beamten die notwendige Hilfe möglichst schnell antoßen zu lassen. Bei der nächsten Befolzungsvorlage muß ein Ausgleich zwischen den oberen und unteren Beamten gefunden werden.

Abg. Daner (Bant. Bp.): Wir stimmen für die Regierungsvorlage, obwohl wir manches daran auszusehen haben, weil wir überzeugt sind, daß den Beamten Forderungen zuteilt werden müssen. Es muß auch ein gerechter Ausgleich zwischen den Beamtenbezügen in Stadt und Land herbeigeführt werden.

Abg. Plettner (Komm.): Wenn die Beamten etwas durchsetzen wollen, müssen sie einen viel stärkeren Druck durch ihre Organisationen und Gewerkschaften ausüben. Nur mit den Arbeitern, Schulter an Schulter kämpfend, werden sie sich eine bessere Zukunft sichern können. Solange die Beamten nicht zum Neuersten, und sei es zum Generalstreik entschlossen sind, werden sie nichts erreichen.

Ministerialdirektor Stieglitz: Die Realierung ist der Meinung, daß die Mehrausgaben, die den einzelnen Ländern und Gemeinden, die durch eine Verbesserung der Beamtenbefolzung erwachsen, zum Teil durch die Infusion der Geldentwertung automatisch sich steigernden Mehreinnahmen decken lassen. Da aber diese Mehreinnahmen erst später fließen, das Geld also wahrscheinlich heute nicht zur Verfügung steht, ist das Reich bereit, für die Jahre 1921 und 1922 den Pändern Vorhilfe in Höhe des Mehbedarfs zur Verfügung zu stellen. Sollte sich die Erwartung nicht erfüllen, daß in den Ländern der Mehbedarf gedeckt werden kann, wird das Reich ihnen Zuflüsse überweisen.

Damit ist die Debatte beendet. — In der Abstimmung werden die Anträge der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt und die Vorlage in erster Lesung angenommen.

Gegen die sofortige Vornahme der zweiten Lesung erhebt Geisteskrise Widerspruch.

Schluss der Sitzung: 7 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag, 2 Uhr. Tagesordnung: Anträge, Befolzungsvorlage, Interpellationen.

Das Etagengeschäft für moderne Damen-Konfektion und Putz Germann Giebau Ⓢ Roßplatz Nr. 8 Ⓢ 1. Etage

Ecke Kurprinzstraße

Gegründet 1890

Wir haben keine Schaufenster

Wir bringen in noch sehr grosser Auswahl Qualitätsware zu sehr billigen Preisen:

Moderne
Herbst- und Wintermäntel
190.— bis 1900.—

Moderne
Kleider u. Mantelkleider
für Straße und Ball
160.— bis 1600.—

Moderne
Blusen und Jumper
50.— bis 600.—

Moderne
Jacken und Röcke
50.— bis 500.—

Moderne
Jackenkleider u. Kostüme
190.— bis 2000.—

Moderne
Damenhüte
sehr flott u. extra billig
50.— bis 500.—

Moderne
Pelzkragen
von 80.— bis 2600.—

Moderne
Mädchen-, Brautkleider
und Trauersachen

Bei sofortiger Bezahlung 10% Rabatt in bar. — Bitte verlangen Sie Prospekt. Bitte benutzen Sie nach Möglichkeit die Vormittagsstunden zu Ihren Einkäufen.

Reichsbetriebsräte-Kongress der Bergarbeiter.

I. zweiter Verhandlungstag.

Das Wort erhält R. Woldt zu seinem Referat:

Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie.

Die Schöpfer des Friedensvertrages bereiten den Kampf aller gegen alle vor. Wir haben daher die Frage zu stellen:

Kapitalismus oder Sozialismus, Wirtschaftskontrolle oder Wirtschaftsdemokratie?

Hat uns das Betriebsratgesetz in der Wirtschaftsdemokratie vorwärts gebracht? Ich richte die Warnung an die Unternehmer: Wenn die Unternehmer in der Sabotage des Betriebsratgesetzes fortfahren, dann kommt der Zeitpunkt, an dem die Bergarbeiter nicht mehr mitmachen und die Betriebsräte zurückziehen. Die Unternehmer haben sich nach Anstrengungen des Betriebsratgesetzes mit Juristen umgeben, damit sie das Gesetz nur in seiner starren Form zu erfüllen brauchen. Wir haben gehört, daß den Betriebsräten die Gewähr der sozialen Sicherung fehlt. Bewundernswert ist dabei, daß die Unfallziffer nicht höher ist.

Jeder Lohnerschöpfung folgen gewaltig höhere Produktionspreise. Es fehlt uns heute der Einblick in die tatsächlichen Vorgänge. Die Preiskontrolle muß durch die Betriebsräte ausgebügt werden. Der jetzige Zustand dieser Kontrolle ist für jeden Fachmann eine Komödie. Die Frage der Arbeiter in den Ausschüssen bleibt eine Dekoration, wenn ihnen nicht alle Betriebsvorgänge bekannt gemacht werden.

Die technische Durchdringung des Produktionsprozesses ist im Interesse der Gesamtwirtschaft notwendig. Was für die laufmännische Durchführung festgelegt ist, muß auch für die industrielle Durchführung festgelegt werden und den Betriebsräten zugänglich sein. Die Produktionskontrolle muß aus dem Stadium der Experimente herausgebracht werden.

Was steht für diesen Zweck für ein Menschenmaterial zur Verfügung? Heute räumen sich die Sünden des verlorenen Systems, und die Bergarbeiter haben in ihrer inneren Entwicklung ein halbes Jahrhundert zu überwinden. Es heißt jede Schuleinrichtung zu benutzen, wie müssen lernen, lernen und abermals lernen! Der Kampf mit dem Unternehmertum wird ein Schülengrabkampf Schulter an Schulter sein.

Die Sozialisierungfrage im Bergbau entspringt dem Gefühl. Der Bergarbeiter hat es satt, für den Kapitalisten zu graben. Rautsch hat förmlich geschrieben, daß die Betriebsräte die Träger der Sozialisierung sind. So notwendig die Diskussion über die Sozialisierung ist, so müssen wir doch sagen, für die Sozialisierung müssen auch die Menschen selbst sein. Können wir heute aus eigenen Kräften die Produktion führen? Wir stehen heute vor dem Nierenbau, den Hugo Stinnes in der Wirtschaft aufführt. Wir haben zuviel mit dem Gefühl bellamiert und müssen wieder die realen Grundlagen untersuchen. Das Unternehmertum führt eine neue Wirtschaft auf, aber ohne innere Ideen. Die Träger der Macht der Zukunft sind die wirtschaftlichen Organisationen. Wir haben uns alle diese Dinge erst erneut und wieder zu erarbeiten, dann gehört uns die Zukunft. (Starke Beifall.)

In der dem Referat folgenden Diskussion erhält als erster das Wort:

Lewald-Dortmund. Er führte: Die qualifizierten Unternehmer benutzen die Freiheit der heutigen Demokratie, um Reichtümer auszuhäufen und sich an der Allgemeinheit zu versündigen. Wenn Woldt den Stinnes als großen Organisator hinstellt, so muß auch betrachtet werden, daß Nichtorganisatoren, ausgesetzte Kaufleute, ganze Werke in ihre Hände bringen. Die Bergarbeiterchaft hat zur Genüge bewiesen, daß sie bereit ist, für die Gesamtwirtschaft das Bett herzugeben.

Werner (Afa): Es ist das Sonderbare, daß die Praktiker die soforstige Sozialisierung sind, während die auftretenden Theoretiker davon abraten. Wenn Woldt sagt, die Betriebsräte hätten in der Sozialisierung mehr getan, als die Sozialisierungskommission, so soll er bedenken, daß dies zwei grundverschiedene Korporationen sind. Es ist daselbe, als wenn er gesagt hätte, eine Milchkuh liefert mehr als ein Pferd. Die Betriebsräte stehen im praktischen Leben, während die Sozialisierungskommission die Frage theoretisch untersucht. Leute wie Rautsch und Hilserding lassen sich nicht mit einer Handbewegung befehlen. Stinnes verteidigt das Kapital und wie die Menschheit. Diese Gegenseite sind nicht zu überbrücken.

Scholze stellt den Antrag, die Debatte abzubrechen. Er wird mit 155 gegen 103 Stimmen angenommen.

Über einen in den nächsten Tagen kommenden Entwurf zu einem

Reichsknapphaushaltsgesetz
führt Wissmann vom Vorstand des Bergarbeiterverbands unfehlbar aus: In den nächsten Tagen wird den Parlamenten der Entwurf eines Reichsknapphaushaltsgesetzes zugehen, das schon lange der Wunsch der Bergarbeiter ist. Es ist das Produkt von Verhandlungen mit den Unternehmern und er weist daher viele Mängel auf. Trotzdem ist er ein Fortschritt gegen den alten Zustand. Wir fordern, daß die Bergarbeiter nach einem Alter von 50 Jahren und 25jähriger Berntätigkeit ohne ärztliche Untersuchung sich pensionieren lassen können. In eingehendem Maße stimmen die Unternehmer zu. Wir wollen aber diesen Vorteil für alle Knapphaushaltsgeschäftigen. Die Beiträge den Unternehmern aufzuerlegen, wäre unzulässig, da diese dann auch das alleinige Beitragsunrecht verlangen. Es ist falsch, wenn verschiedene einzelne Knapphaushaltsgesellschaften vom Zusammenschluß nichts wissen wollen, weil die Unternehmer den Einzelvereinen Millionen zuschütten. Das ist furchtbar. Die Unternehmer können wechseln und die Zuschüsse aufhören.

Noch ein paar Worte zu unseren Krankenkassen. Bei den heutigen Unterstützungen von 22 M. verhungern die Kameraden. Wir müssen unbedingt einen höheren Grundlohn haben, sollen sich nicht die Kranken zur Grube schleppen und dadurch die Unfallgefahr erhöhen.

Auch die Invalidenbezüge sind lämmisch. Es heißt jetzt ganz richtig: Helft dem hungernden Auffund. Über hier verhungern auch die alten Invaliden des Bergbaues.

Dem Referat folgte eine lebhafte Diskussion, in der sich Sachmann - Katzwink, Unger - Senftenberg, Wissmann - Oberschlesien und Bär auf den Standpunkt stellten, daß die Kosten der Versicherung von den Arbeitnehmern der sanitätsfürsorge vertragt werden müssen. Eine Entscheidung, in der die Erhöhung des Grundlohns gefordert wird, wird einstimmig angenommen.

Dann sprach Sichtermann über das

Gesteinshausbefahren.

Die Gelehrten der schlagenden Wetter fordern gebieterisch nach neuen Mitteln zu ihrer Bekämpfung zu suchen. Außerdem hat man das Gesteinshausbefahren erprobt. Es hat sich gegen die Ausbreitung von Explosionswellen bewährt. Es ist besser zu kontrollieren als die Wasserberieselung. Das Gesteinshausbefahren darf nicht ohne weiteres abgelehnt werden.

Diesem Referat folgte eine sehr lebhafte Diskussion, in der die Fachmänner aus den Betrieben vor überreiteten Anwendungen dieses neuen Verfahrens warnen. Auch wurde verlangt, daß die chemische Zusammensetzung des Steinschlags genau festgestellt wird, damit er nicht neue gefährliche Gefahren heraufbeschwört.

Sämtliche zu diesem Punkt vorliegende Anträge werden dem Vorstand überwiesen, der ihnen in den gelegebenden Körperstaaten Kulturausstattung verschaffen soll.

Gewerkschaftsbewegung.

Die kommunistischen Quertriebereien sollen wieder beginnen.

Etwas für die Metallarbeiter.

Die Kommunisten beteuern überall, daß sie die Einheitsfront des Proletariats herstellen wollen. Das ist aber nur Hucheler. In Wirklichkeit treiben sie einen Krieg nach dem andern in die Arbeiterbewegung.

Nachdem eine ganze Zeit in den Gewerkschaften Ruhe herrschte, soll jetzt wieder ein Feldzug zur Demoralisierung der Bewegung und zur Desorganisation der bestehenden Arbeiterorganisationen in Szene gesetzt werden. Im Metallarbeiterverband soll es losgehen. Das geht aus einem Aftular hervor, das von dem kommunistischen internationalen Propagandalomitee an "die Sekretäre des internationalen Propagandalomitees der Metallarbeiter" gerichtet ist. Dieses Komitee ist vergangenen Sommer in Moskau gegründet worden zu dem Zweck, den Deutschen Metallarbeiterverband so bald wie möglich zu zerstören. Arthur Lieberbach aus Leipzig, ein Angestellter des Deutschen Metallarbeiterverbands, ist wahrscheinlich auch selber Teilhaber des Komitees.

In dem Aftular werden Anweisungen gegeben, wie der Einfluß der Kommunisten im Metallarbeiterverband wieder gestärkt werden soll. Denn:

Das Sekretariat des internationalen Propagandalomitees ist der Meinung, daß die Stunde für einen solchen Feldzug günstig ist. Die Berliner Konferenz vom 10. August (an welcher die Delegierten des panrussischen Verbandes an den Kongress in Luzern und die deutschen Gewerkschaften teilnahmen) hat sich ausdrücklich in diesem Sinne ausgesprochen.

Wie das geschehen soll, wird in folgenden Sätzen gesagt:

"Es muß alles mögliche getan werden, damit die Uneinigkeit zwischen den Massen und den rechtsstehenden Führern des Internationalen Metallarbeiter-Bundes immer mehr zu einem definitiven Bruch führt. Um dies zu erreichen, müssen wir ihre Politik im Internationalen Metallarbeiter-Bund und besonders ihre Haltung am Luzerner Kongress ausspielen. Wir müssen besonders die Tatsache des Ausschlusses der panrussischen Metallarbeiter unterstreichen und sie als ein unwürdiges Manöver, das in den Augen der Massen gekennzeichnet werden muß, darstellen."

Allzuviel Erfolg scheinen sich die kommunistischen Einigungsapostel davon nicht zu versprechen. Deshalb soll noch ein Wettbewerb gelten, wobei das Aftular folgende Fingergabel gibt:

"Ein anderer Umstand, dem wir uns volle Aufmerksamkeit widmen müssen, ist die Frage der Einberufung des nächsten Internationalen Kongresses nach Sowjet-Russland. Indem wir in die Massen die Parole werfen: Der Kongress muß in Sowjet-Russland stattfinden — alle organisierte Metallarbeiter werden dort vertreten sein (inbegriffen die revolutionären Elemente) — in der Tagessordnung können alle Fragen der revolutionären Metallarbeiter diskutiert werden, können wir in entsprechender Form die Frage der Opposition zwischen Moskau und Amsterdam stellen. Ein solcher Feldzug wird unter den gegenwärtigen Umständen dazu beitragen, die Massen von den rechtsstehenden Führern der Gewerkschaftsbureaucratie zu trennen. Es wird auch zur Revolutionierung der Massen beitragen, die revolutionären Elemente und die Metallarbeitergruppen vereinigen und den Boden für die Gründung einer roten Metallarbeiter-Internationale vorbereiten."

Und weiter heißt es:

"Nach unserer Meinung ist es besonders wichtig, alle Kongresse der Metallarbeiter, die in irgendinem Land stattfinden, hierfür zu benützen. Es wäre auch zweckmäßig, wenn die Initiative dieses Feldzuges und dessen tatkräftige Entwicklung in den breiten Sphären der revolutionären Metallarbeitergruppen, in den kommunistischen Fraktionen und im allgemeinen in allen Gruppen, die den Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes teilen, konzentriert würde."

Der Streit um "Moskau oder Amsterdam", der im vergangenen Jahr den Gewerkschaften unendliche Zeit und Kraft kostet hat, soll also aufs neue entfacht werden. Und das in einer Zeit, in der das Unternehmertum in allen Ländern auf dem Sprunge steht, das Proletariat noch mehr zu knechten und zu knebeln, als dies bisher schon geschehen ist, in einer Zeit also, in der es mehr denn je darauf ankommt, die Geschlossenheit der Organisationen zu wahren und die Kampfkraft des Arbeiterschaft zu erhöhen. Wer, wie die Kommunisten, in einer solchen Zeit die Fackel des Klassenkampfes erhebt und in die Massen schländert, besorgt die Geschäfte der Reaktion und ist ein Vertreter der Arbeiterschaft. Und mögen diese Leute hundertmal das Wort von der Einigkeit des Proletariats im Munde führen, sie sind die schlammigen Feinde des Proletariats und müssen entsprechend behandelt werden.

Der Streit um "Moskau oder Amsterdam", der im vergangenen Jahr den Gewerkschaften unendliche Zeit und Kraft kostet hat, soll also aufs neue entfacht werden. Und das in einer Zeit, in der das Unternehmertum in allen Ländern auf dem Sprunge steht, das Proletariat noch mehr zu knechten und zu knebeln, als dies bisher schon geschehen ist, in einer Zeit also, in der es mehr denn je darauf ankommt, die Geschlossenheit der Organisationen zu wahren und die Kampfkraft des Arbeiterschaft zu erhöhen. Wer, wie die Kommunisten, in einer solchen Zeit die Fackel des Klassenkampfes erhebt und in die Massen schländert, besorgt die Geschäfte der Reaktion und ist ein Vertreter der Arbeiterschaft. Und mögen diese Leute hundertmal das Wort von der Einigkeit des Proletariats im Munde führen, sie sind die schlammigen Feinde des Proletariats und müssen entsprechend behandelt werden.

Zum Tarifabschluß im Großhandel.

Die Stundenlöhne für die Eisenplakarbeiter und Holzplakarbeiter sind nunmehr und auch mit Rückwirkung vom 31. Oktober festgesetzt.

a) Für Eisenplakarbeiter:

Bis 20 Jahre 7.70 M. pro Stunde
von 20 bis 24 Jahren 7.95 "

über 24 Jahre 8.50 " "

Arbeiterinnen 5.40 " "

Holzplakarbeiterzuschlag -20 "

Verhältnisse Arbeit über 21 Jahre erhalten den Höchstlohn

b) Für Holzplakarbeiter:

Bis 19 Jahre 6.15 M. pro Stunde
von 19 bis 21 Jahren 6.75 "

von 21 bis 24 7.50 " "

über 24 Jahre 7.80 " "

Wir fordern unsere Mitglieder auf, überall die neuen Lohnsätze zu verlangen.

Deutscher Transportarbeiterverband (Verwaltungsstelle Leipzig).

Die Leipziger Schneider und Schneiderinnen lehnen das zentrale Lohnabkommen von Hannover ab.

In der am 8. November im Pantheon stattgefundenen Versammlung erstatte der Gauleiter, Kollege Hoppe-Dresden, Bericht von den zentralen Verhandlungen in Hannover. Er hob besonders hervor, daß bei der diesmaligen Verhandlung es gelungen ist, das DamenkleiderSchema (Kasseler Schema) abzuändern und an dessen Stelle wesentlich günstigere Lohnsätze für die Schneiderinnen zu erzielen. Bedauerlich ist aber, daß dem Antrag unserer Filiale, Leipzig, in einer höheren Städtegruppe zu rangieren, nicht entsprochen worden ist.

Von allen Diskussionsrednern wurde hervorgehoben, daß Leipzig allen andern Großstädten des Reiches in bezug auf Tarifverhältnisse nicht nachsteht und insgesamt der Antrag auf Höherverzeichnung bestehen bleibt.

Die getroffenen Vereinbarungen der beiderseitigen Hauptvertreter sind folgende:

1. Herrenschneider: 8.80 8.40 8.20 8.- M.

2. Damenschneider: 8.80 M.

3. Schneiderinnen:

a) Selbständige Mäntel-, Jacken- u. Palototarbeiterinnen, die alles selbst bügeln,

80 Gros. vom Damenschneiderlohn = 7.04 M.

b) Selbständige Mäntel-, Jacken- u. Palototarbeiterinnen, die nicht selbst bügeln, sowie Tailleurarbeiterinnen, die selbst aufstecken, einschließlich Nähertinnen dieser Art 75 Prog. = 6.60 "

c) Alle übrigen selbständigen Arbeiterinnen (außer Tailßen, Röcke, Blusen, franz. Vermel, Steppern), einschließlich Kinderinnen dieser Art, sowie Konfektionsänderinnen 64 " = 5.63 "

d) Vorgesetzte Juwarbeiterinnen

im 3. Jahre 58 " = 4.98 "

im 2. " 53 " = 4.68 "

im 1. " 49 " = 4.31 "

e) Juwarbeiterinnen nach 2jähriger Lehrzeit

im 3. Jahre 45 " = 3.98 "

im 2. " 41 " = 3.61 "

im 1. " 38 " = 3.34 "

Dieses Lohnabkommen wurde mit 220 gegen 195 Stimmen abgelehnt. Da das Lohnabkommen der Abstimmung aller Filialen unterliegt, wo Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes

vorhanden sind, muß erst das Gesamtreferat vorliegen, bevor festgestellt werden kann, ob es endgültig angenommen oder abgelehnt ist.

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband.

Achtung, Schuhfabrikarbeiter und -arbeiterinnen!

Ab 16. November 1921 tritt die Vereinbarung vom 20. August 1921 in Kraft. An deren Stelle tritt ab 16. November 1921 die folgende Vereinbarung:

Ab 16. November 1921 wird auf die jeweiligen Wochendienste, die sich auf Grund der Lohnsätze auslängen des seitlichen prozentualen Aufschlags vom 22. Januar 1921 (20 Prozent für Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre und 15 Prozent für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren) ergeben, für jedes geleistete Arbeitsstunde ein Lohnzuschlag gewährt, der sich wie folgt berechnet:

Männl. Weibl.

über 21 Jahre 3.- M. 2.70 M.

von 18-21 Jahren 2.50 " 2.25 "

18-18 1.95 " 1.65 "

unter 18 Jahre 1.35 " 1.15 "

Bei Heimarbeitern werden die seitlichen prozentualen Aufschläge wie folgt erhöht:

männl. über 18 Jahre 65 Proz. weibl. über 18 Jahre 75 Proz.

unter 18 " 60 " unter 18 " 70 "

Gruppenzulagen, die seit dem 1. Oktober 1921 gewährt werden sind, sind anrechnungsfähig, wenn die Anrechnung ausdrücklich vereinbart worden ist. Im Streitfalle entscheidet die Belegschaftskommission endgültig.

Weibliche Arbeiter, die Ernährer der Familie

Aus der Umgebung.

Porti h. Heute Freitag, abends 1/2 Uhr, im Gasthof, öffentliche Einwohnerversammlung. Redakteur Genosse Frenzel-Leipzig spricht über die Bedeutung der Gemeindewahlen und die Verleumdungsfeldzug des Gegners. Versäume keiner die Versammlung.

Knaulseeberg. Vom Vorsitzenden des Mieterschuhverbandes wird uns geschrieben: Mieter, Kriegsbeschädigte Anlässlich einer Wählerveranstaltung in Knaulseeberg stellte sich als Vorsitzender der hiesigen Otsgruppe des Mieterschuhverbandes den an der Wahl beteiligten Parteien die 9 Programmpunkte des Verbands zur klaren Beantwortung zwecks Vertretung derselben im Gemeinderat. Der Redner der Wirtschaftlichen Vereinigung, auf deren Liste zwei Kriegsbeschädigte des Einheitsverbandes stehen, hob vor mir als besonderes Augenmerk die Wohnungsfürsorge hervor; in dem gleichen Atemzuge begehrte er aber die sozialistische Politik in den Parlamenten als Interessenpolitik, welche die Organisationen der Wirtschaftlichen Vereinigung verwerfen müsste. Gibt es größeren Widerstand? Merkt es euch, Kriegsbeschädigte und Mieter, eure vitalsten Interessen sind gerade die sozialistischen. Der Kandidat und Vorsitzende der Wirtschaftlichen Vereinigung suchte den Mieterverband durch allerlei Gewissheit herunterzuziehen, ja er hatte sogar ein warmes Herz für die Hausbesitzer und deren Praktiken. Der Herr konnte aber auch anders. Er ließ sich nämlich in einer Kriegsbeschädigtenversammlung in einem Wohlfahrtsausschuss wählen, wobei von ihm zur Wohnungsfürsorge höhnende und schäfe Worte angeschlagen wurden, anders als heute, wo er mit für den Ordnungsmitschmalschand kandidiert. Kriegsbeschädigte und Mieter, seht euch die falschen Propheten des Ordnungsmitschmalsch etwas genauer an. Sie werden euch nur als Stimmloch und neben auf den Gimpel sang.

Gebt bei der kommenden Gemeindewahl nur der USP. eure Stimme, welche offen und ehrlich die Interessen der Mieter und Kriegsbeschädigten vertritt.

Pausendorf. Herr Pastor Krisau erklärt in einem Schreiben an uns, daß die ihm in einer Notiz unter Pausendorf in unserer Zeitung zur Last gelegten Neuerungen über die Jugendweihe im Balmengarten erfunden seien. Es sei kein einziges Wort in der Notiz wahr. Wir überlassen es unserem Berichterstatter, sich dazu zu äußern.

Wiederisch. Elternversammlung vom 8. November 1921 (Turnhalle). Der Obmann, Genosse O. Günther, eröffnete die leider schwach besuchte Versammlung. Geradezu beschämend für die Einwohnerchaft war es, nachdem alle interessierten Kreise auf diesen Lichtbilderaub in warmen Worten hingewiesen hatten. Elternrat, Schulvorstand und die Lehrerschaft waren erschienen, um sich an dem Gelingen dieses Abends abzumühen. Galt es doch, den Eltern und Erziehern einen Lichtbilderapparat ausօlos zu demonstrieren. — Das muß in Zukunft anders werden, um so mehr, da der Gemeinderat in erster Linie den Lichtbilderapparat für die Schule als Lehrmittel läufig erworbene hat. — Herr Lehrer Dietrich erklärte den Apparat von seinen jüngsten Anfängen bis zur Zeit und betonte, wie notwendig der Apparat für die Schule als Lehrmittel ist. Nach den instruktiven Ausführungen des Herrn Dietrich wurden der Versammlung eine Serie Bilder aus dem Süden (Tirol und Italien) sowie der Film eines „Tage-Kohlenbergwerks“ und die „Lebensweise der Amerikaner“ auf der weißen Wand vorgeführt.

w. Wiederisch. Arbeiter und Arbeitnehmerin Verachtet nicht, die Wählerlistin einzusehen. Wer seines Wahlrechts nicht berücksichtigt will, muß in die Liste eingetragen sein. Alle Personen beiderlei Geschlechts sind wahlberechtigt vom 20. Lebensjahr an. Die Listen liegen auf dem Gemeindeamt aus vom 6. bis mit

13. November, wochentags in den Geschäftsstunden von 8—1 Uhr, Sonntags von 11—1 Uhr.

Stahmeln. Herr Berger ist anscheinend die Kritik, die wir an seiner Arbeitserziehung durch Aufstellung einer Liste „freier Arbeiter“ für die Gemeindewahl führen. Er lehrt uns mit Berufung auf § 1 des Preßgesetzes eine „Verübung“, die keine ist. Er streitet ab, gelangt zu haben, daß er wegen der Aufwandsentschädigung in den Gemeinderat gewählt werden wolle. Davor ist in unserer Notiz nichts behauptet worden. Wenn Herr Berger noch mitteilt, daß auf der von ihm vertretenen Arbeiterliste auch Leser der Volkszeitung und des Roten Kurier stehen, so beweist das nur, daß diese Arbeiter diese Arbeiterzeitungen nur mangelhaft lesen, sonst könnten sie nicht eine solche Wegenliste zur Gemeindewahl aufgestellt haben.

a. Großduden. Aus dem Gemeinderat. Auf eine Beschwerde des Gemeinderates teilt die Gasanstalt Zwenkau mit, daß Beleidigungen des Liches nicht auf Mängel des Hauses, sondern der Lampen zurückzuführen seien. Klageberechtigte möchten deshalb eine Nachprüfung ihrer Lampen beantragen. Ein Beschluß des Kaninchenzüchtervereins um eine Behilfe überweisen man den Finanzausschuss. Als Beihilfe im Mieteinnahmungsamt werden die Herren Hrabal und Matthes wieder gewählt. Über die Beschilderung des Verbandstages ländlicher Giraffen soll erst nach eingehender Prüfung des Satzungsentwurfes beschlossen werden. Die Gemeindewahl wird am 27. November von vormittags 9 Uhr bis abends 6 Uhr abgehalten. Wahlvorschläge sind bis 12. November einzureichen, während die Wählerlisten vom 9. bis 16. November im Gemeindeamt ausliegen. Den Wahlvorstand gehörten an als Vorsitzender Herr Scheithauer, als Stellvertreter Herr Berger, als Schriftführer Herr Bochmann, als Beisitzer die Herren Bürger, Fischer, Hrabal und W. Matthes. —

Mitglieder des Konsum-Vereins!

Kauft nur in Eurer Genossenschaft!

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Tüchtiger Tischler
für dauernde Beschäftigung gesucht
Osterwald Werke, Wittenberger Straße 6

Für große Kunstanstalt in Havana

Chromolithograph

gesucht, der hauptsächlich mit der Herstellung von farbigen Sigarrenausstattungen beschäftigt wird. Es kommt nur eine erste Kraft in Frage. Ausführl. Bewerbungen erbet. an J. Gall, Hamburg 8, Große Reichenstraße 17.

Tüchtige, selbständige Elektromontiere
für Licht- und Kraftanlagen gesucht
Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft
Dittrichring 22

Tüchtiger Tischlergeselle
auf furnierte Möbel bei
hohem Lohn gesucht.
Lind., Burgaustr. 5, Hof.

**Wagenlackierer,
Kastenhelfer,
Polsterer,**
mehrere tüchtige, auch jüngere
Kräfte, zu Ende November in
gußzähne Dauerstell. gesucht.
Fahrzeugwerke
Lautz bei Dresden.

Tüchtigem Stellmacher
(Rattenmacher)

Ist Gelegenheit geboten,

sich ohne Vermögen eine
geli. Existenz zu schaffen.

Offert, erh. u. L. G. 3647

an Alaa-Haasestein &

Bogler, Leipzig.

Joh. Schuhmachergeselle

in dauernde Stellung sofort

gesucht. Rost u. Log. u. Hause.

Gohn nach Leistung. Meld. an

Valentin Lissek, Schu-

macherschmied, Taucha bei

Leipzig, Leipziger Str. 71.

Tücht. Rockschneider

oder solche, die einige Stücke

mitmach. gel. außer d. Hause

und Kleid. Leipzig-Gohlis.

Joh. Stoll. Schneidergehe.

sucht sofort D. Blumhoff.

Neuwiederstrach. Stanzlerstr. 11.

Zuverläss. Markthelfer,

versetzter Bader

für Metallwarenfabrik sofort

gesucht. Offerten unter 253

an die Geschäftsstelle d. Blatt.

Aufwartung f. vorm. u. gr.

Schnellmädel f. nachm. Kind

u. v. Pl. Lauchstädt. Str. 7, II. I.

Spottbillig! Anzüge

■ Neu und getragen von feinsten Kavalieren kaufen Sie auffallend billig, auch sämtliche Schuhwaren nur beim
billigen Kanner
nur Eisenbahnstr. 5.

Habe keine Filialen.

WO
kaufst man am reeisten und billigsten?
Zur billigen Kleiderbörse

Turnerstr. 3, b. Selinger
Anzüge u. 150 (Friedensw.)
von verschieden abgelegt
eine Jacke und Hosen, Winterüberzieher, Schlüpfer
Juppen, Mäntel, Kleider, Blusen spottbillig.

Ulster, Paletots ab 60 Mk.
Mitt. u. Arktishol ab 45 Mk.
Juppen, Anzüge, Stiefel vert.
Alz. Windhorster Str. 30, pt.

**Reelles
christlich. Ettagengeschäft**

noch billige Preise
Anzüge, Hosen
Juppen, Westen
Paletots, Schlüpfer
Prima Loden - Mäntel
nur bei Käte Ehleme

Blusen spottbillig.

Kein Laden.

Ulster, engl. w. gr. m. Hg. 375
Löwenberg, Könneritzstr. 100, I.

Geschenkt
fast sind meine wenig getragenen und neuen
Anzüge

Schlüpfer
Ulster
Militär, seitreite u. lämtl.
Hosen
Juppen
Schuhe und Stiefel

KANNER

Wurzner Str. 15a.

Chaiselongue zu verkaufen
Konradstraße 33b, part Iffs.
Verschiedene geb. Möbel,
neu vorgerichtet. Inviabilig
zu verkaufen bei Raichig
Plagw., Karl-Heine-Str. 61.*

Kleider- und Küchenschrank,
Weihnacht. Tafelr. 34, pt.*
2 Reformbetten Stück 350.—
vrl. Adm., Kavellstr. 9a, pt.*

Guter, Bettstellen m. Matr.

billig. Zelkerstraße 38, II. Ifs.

Bettst. m. Matr. 175, Feders

bett 175, alt. Spreibett 190,

Steppbett 80, Mitt. Matr. 150,

Holländer 45, Buppenwagen,

Suppe verl. Fürberstr. 16, I.

Bettstelle mit alter Matratze

bill. Gabelsbergerstr. 19, pt. I.

Kinder-Bettstelle zu verl.

Lindenau, Reuterstr. 5, II. r.

Silb. Armband-Uhr. 400,- zu

verl. Querstr. 31, I. bei Hanns.

Grammophon mit Platt. v.

Demmerlingstr. 80, II. r. Mierlich

Grammon. fast neu, m. Moll.

Tricht. v. Witt. 500,- zu Steuer

verl. Querstr. 31, I. bei Hanns.

Nähmasch. gut nähend, verl.

Kappe Nürnbergstr. 11, *

Nähm. a. Teile. beste Marke.

Schleif. Al. Siemeringstr. 8,*

Brinomash. Brinowosen,

neu u. gebraucht. verl. billig

Gabelsbergerstraße 19, part.

Androb. m. G. u. W. Kindt.

u. St. Demmerlingstr. 80, II. r.

Eltern. Zimmerrosen, fast neu

verl. Kleinl. Hirselstr. 8 II.

Füllolen s. verl. Querstr. 23, I.

Kanon. Schrotmühle. Da-

Stief. 39. Bildegardestr. 53, pt. I

Bergholz. Gaslampen

Hänge- u. Stehlamp. verl. bill.

Schleifig. Steiglehr. 10, I.

Kleider, Kino, Eisenbahn u.

Stiel. Demmerlingstr. 80, II. r.

2 Klebinst. etat. reiz. wasch.

Kanar. Weißchen. Dedeauer

lehr bill. B. Vierkenstr. 8, II. r.

Luben u. Süßner. Geflügel

verkauf. Rabat. 52, Hof.

Wohnungen

Schlafstelle für 2 Herren

Wohnen. Hallestraße Str. 41, pt. I.

Ehrlungshaus

Däuschen im bau. Allgäu

idealisch gelegen, nölli. möbl.

auf längere Zeit

geg. mitz. Mietans. zu verm.

Adr. u. W. 52 Exped. d. Bl.

41. Frau b. Herrn o. Dame

zimmers. würde auch

Hausarb. u. Wäsche mit verl.

Off. Kapellenstr. 14, pt. I.

Prof. in fest. Stellung sucht

Zimmer b. Witte wo 9. Md.

wohn. b. Lorat evt. i. Unh.

Off. u. B. 55. Expedition d. Bl.

Taufe Wohn. Stube 2. Kam.

Wojch- Männer
Fächer
Leinen
Nähre
Leitern u. Leiterwagen,
eigl. Räder. Alle Reparatur, bill.
Bücherel. El. Burgaustr. 15.

Wojchgeföhre
sehr preiswert.
Männer 70 cm nur 55 Pf.
Modau, Leonhardstrasse 11.
Reparaturen nahmen 1. bis 33.

Kaufgeschäft

Kaufleute Herren-Garderobe
Gehrock - Ansätze, Bettens,
Bett- u. Lehnen, Leibhausisch,
Militär-Stiefel und Schuhe.
Alt., Mantische Galie 6, pt.
Straßenbahnhof. Battenberg.

Alt. Gold u. alt. Silber
Plätz., Uhren, Ketten, Ringe
zu Max Israel, Uhrm.
Kromenodenstr. 5, Lad. *

Einkauf v. Gold, Silber, Kupfer,
Zinn, Messing u. Blei,
Kunst-Metalle auch rohe Felle
Sellarbeitshof, Lütznerstr. 49
Lad. Bartenh. So. Tel. 43850.

Gold Bruch
Ketten
Uhren
Ringe
Bruch
Boskoche
Studs
Brillanten :: Perlen
Platin usw.
kaufst

Robert Nordmann

1a **Salzgäßchen** 1a
Ecke Markt / Laden 1a
Gitarre Mandolin, Violine, Zither
kaufst Eisenbahnst. 52, Kreuzer.

Abgespielte Schallplatten
und Blätterbuch
kaufst in jeder Menge
Jul. Hrn. Zimmermann
Querstraße 26/28. 1*

Schallplatten
alte und Bruch zahlt
stets Höchstpreise
Sieg, Sell., Weidlichstr. 15
a. Orléans, Straßenbahn 1,8
Räbmädel, 11. Kappe, Kürnb.
bergerstr. 11. T. 1321. Abnt.
Räbmaldine, auch defekt, 11.
Hofmann, Kapellenstr. 1a.
Knabenrab, geb., entl., ohne
Vereit, bill. u. tauf. gel. off. m.
Preis Querstr. 31. 1. Hanns.
Kippenw., alt., bill. 3 f. gel.
Off. m. Pr. Querstr. 31. 1. Hanns.

Alt-Metall
Alt-Papier
Lumpen
Flaschen
kaufst
(auch von Hausierern)
Schönherr 1
Kuchengartenstrasse 8
(im Hof) — Tel. 13210.

Schafwolle
gew. u. ungew., faust
Bogels-Einkauf-Zentrale
Salzstraße 6.

Felle kauft
Rosenzweig
Hallische Straße 12.

Ranin-Felle
faust M. Ritzschke,
Reichstr. 30/32. Tel. 8115.

Hasen-, Kanin-, Ziegenfelle
faust an Tages-Zeitung
Pl. Odermannstr. 4, Laden.

Ziegen-, Kanin-, Hasen-Felle
faust
Bogels-Einkauf-Zentrale
Salzstraße 6.

Vermischte Anzeigen
Herr. S. H. Gut, Sonntag verl.
G. Bel. abzug. Sostr. 36. III. I.

Rechtsbüro
O. Dimmroth, L.-Lind.,
Kulturmstr. 4 — Tel. 43487.
Prozeßvertretung, Notariats-
beratungen, Verträge, Testamente

Sachsenburg
Modau, Wils.-Wulc.-Str. 24
Gesellschaftszimmer
noch einige Tage frei!
Sämtliche

Uhr-Reparaturen
gut und preiswert
Johann & Kling 1
Viertestr. 44. Großer Reiter.
Uhrmacher Urban
Spezialist für Reparaturen
Wächterstraße 26.*

Eleg. Fracks u. Gehrockzüge
verleiht Schau.
Große Stellergasse 10.

Weisse Wand

Tauchaer Straße, Ecke Hofmeisterstraße

Ab heute bis Montag, von 4 Uhr ab
für Erwachsene!
Der hervorragende Kolossalenschlager

Flammen der Wüste.

Herzerschütternde Liebestragödie.

7 glänzende Abteilungen 7.

Ein einzig dastehendes Werk.

Mäuschen.

Toller Lustspielschlager in 3 lustigen Akten 3.

Grosse Rosinen.

Brillante Humoreske in 3 tollen Akten 3.

Hervorragendes Künstler-Konzert.

Das Theater ist angenehm durchheizt!

Lützner **Lili** Grafe 19
LINDENAUER LICHTSPIELHAUS

Heute bis mit Montag, nur 4 Tage!

Und fragst du mich, wo gehn wir hin?

Wir sehn uns an den Sittenfilm

Die Gassenkönigin

Die Tragödie eines Modells in einem
Vorspiel und 5 ergreifenden Akten

Hauptrolle: **Traute Traunock** — **Artur Boder**

Außerdem das gewaltige Sensations-Filmwerk

Der Schauspieler der

5 Akte Herzogin! 5 Akte

Hauptrolle: Der Liebling der Damenwelt

Harry Liedtke

Nur zeitiges Kommen sichert gute Plätze.

Kapellmeister 6. Brendels verstarktes Künstler-Orchester

Luna — **Lichtspiele**
L.-Etr., Schiebestr.

Freitag bis Montag, 6 und 8½ Uhr:

Das gelbe Haus

7 Akte (Prostitution) 7 Akte

mit Reinh. Schünzel, Anita Berber, Conrad

Veldt, Rita Clermont, Werner Kraus,

sowie das übrige vorzügliche Programm.

Das Theater wird täglich gut geheizt.

Ab Freitag, den 11., bis Montag, den 14. Nov.

Die Fortsetzung des amerikanischen

Sensations-Films in 6 Akten

Goliath Armstrong

v. Teil: Den Tod im Nacken

Außerdem: Das packende Filmdrama

Am Weibe zerschellt

in 5 Akten.

In der Hauptrolle: **Erich Kaiser-Titz**.

Anfang wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Balois-Theater, L.-Gohlis
Lindenallee Straße 41.

Justitia, die stärkste Fraude Welt

Der weibliche Maciste.

Grandioser Sensationsfilm in 6 Akten.

Die Nixe.

Das Abenteuer einer Mondnacht —

in 6 hinreißend schönen, bezaubernden Akten.

Anfang 5 Uhr.

Günstige Kaufgelegenheit

so lange der Vorrat reicht!

Wilhelm Raabe, Die Akten des Bogelsangs

geb. Mt. 6.—

— Fünf Erzählungen 6.—

— Der Hungersaftor 6.—

— Die Leute aus dem Walde 6.—

— Alte Reiter 6.—

— Der Schuhdrumpf 6.—

— Abu Tefan 6.—

— Deutscher Adel 4.—

— Höriger und Corvey 4.—

— Die Innerste 4.—

— Vom alten Proteus 4.—

— Wunnigel 4.—

— Alte Muoträger und Filialen der Volkszeitung

nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges.

Abteilung Buchhandlung

Leipzig, Tauchaer Straße 19-21.

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstraße 7 — Am Königplatz

Heute Freitag

2 Erstaufführungen 2

10
Akte

Der große Doppel-Spielplan!

10
Akte

Der heilige Haß

II. Teil (Schluß) betitelt:

Die Flucht vor dem Tode

Großes Sensations-Drama aus dem Wunderland Indiens

Ungewöhnlich spannende und packende Szenen
U. a.: Der große Schiffsbrand und Schiffsuntergang —
Verfolgungsrennen zwischen Elefanten- und Pferde-
reitern — Wilde, aufregende Kämpfe — Große Indische
Prunkfeste — Die Flucht und Rettung durch Elefanten.

5
Akte



Außerdem:

Die Geheimnisse einer Großstadt

Sitten- und Kriminal-Drama in 5 Akten

schildert in überaus vielseitigen Bildern das
Großstadtleben mit seinen Abgründen und
hohen Höhen, menschliche Schicksale von
bezwingernder Kraft in äußerst bewegter
Handlung.

Einlaß 3½ Uhr — Beginn 4 Uhr

Welt-Theater-Lichtspiele

Barfußgasse, Am Markt.

Erstaufführung:

„Der Blick in den Abgrund“

mit **Käthe Haak** und ihrem Partner

5
Akte

Der Blick in den Abgrund ist das spannendste Werk der Sittenklasse. Prächtig in der Hauptrolle von Käthe Haak gespielt, wird hier ein Abgrund aus dem Leben einer unserer verzerrten Töchter entrollt. Käthe, die Tochter eines reichen Gutsbesitzers, liebt den Flirt. Mit ihrer Liebe beim Diener ihres Vaters angelangt, wird ihr das Vaterhaus verboten und nun sinkt sie von Stufe zu Stufe in den Abgrund des Lebens! Dieser Film zeigt uns, was geschehen kann, wenn Menschen Kinder nicht den vorgeschriebenen gesitteten Weg wandeln.

Dazu:

„Wunde Herzen“

Sitten- und Gesellschafts-Drama in 1 Vorspiel u. 4 Akten

In der Hauptrolle: **Carla Ferra** behandelnd die Liebesintrigen einer Kunstreiterin.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr.

Schleussiger

Lichtspiele :: Ecke Könneritz- und Stieglitzstraße

Ab Freitag bis Montag:

Tarzans Rache

Ein Film, den jeder gesehen haben muß. Sowie

Der Schrecken der Schlangengrube

Ein Abenteuer in 5 Akten.

Hauptrolle: **Cici Bambula**

Der stärkste Neger der Welt

Höchste Spannung, atemberaubende Sensation.

Anfang 5 Uhr. Kassenöffnung 4½ Uhr.

Leutzscher Lichtspiele

Valer Jahn Lindenauer Str. 34/36 **Vater Jahn**

Ab heute gut geheizt.

Freitag, den 11. Novbr. bis Montag, den 14. Novbr.

Erstaufführung L.-

Stadtverordnetenwahl.

1. Die Wahl findet

Sonntag, den 13. November 1921

statt. Die Wahlhandlung beginnt 9 Uhr vormittags und wird um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

2. Jeder Wähler hat eine Stimme.

3. Das Wahlrecht kann nur in dem Wahlbezirk ausgeübt werden, wo der Wahlberechtigte wohnt und in die Wählerliste eingetragen ist. Im allgemeinen ist der Wähler in der Wohnung eingetragen, die er am 15. September 1921 innehatte. Bei Wohnungswechsel nach diesem Zeitpunkt ist die alte Wohnung maßgebend. Inhaber von Wahlsternen können in jedem beliebigen Wahlbezirk wählen. Der Wahlschein ist bei der Wahl abzugeben. Jeder darf nur in einem Wahlbezirk wählen.

4. Ein Wähler, der in die Wählerliste eingetragen ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein.

1. wenn er in Ausübung des Berufs oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher Angelegenheiten am Wahltag außerhalb seines Wahlbezirks sich aufhält,

2. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und deshalb in einem Wahlraum wählen will, den er leichter erreichen kann als den Wahlraum seines Wahlbezirks.

5. Ohne Eintragung in die Wählerliste wird auf Antrag mit einem Wahlschein versehen:

1. wer wegen Abwands des Wahlrechts oder wegen Behinderung in seiner Ausübung in die Wählerliste nicht eingetragen war, wenn der Grund hierfür nachträglich wegfallen ist,

2. wer in die Wählerliste nicht eingetragen ist und ohne sein Verschulden die Frist zur Einlegung eines Einspruchs hiergegen verlängert hat.

6. Verlegt ein Wähler nach Ablauf der Frist zur Auslezung der Wählerliste seine Wohnung in einen andern Wahlbezirk, so ist er berechtigt, sich einen Wahlschein ausstellen zu lassen.

7. Wahlscheine können bis Sonnabend, den 12. November 1921, 1/4 Uhr nachmittags, in den in Auflist 5 bezeichneten Fällen auch noch am Wahltag ausgestellt werden.

8. Der Grund zur Ausstellung eines Wahlscheins ist auf Erforderlich zu machen. Über seine Berechtigung zur Antragstellung oder zur Empfangnahme des Wahlscheins muss sich der Antragsteller oder Einsänger gehörig auswählen.

9. Die Wahlscheine werden im Wahlamt, Neues Rathaus, Erdgeschoss, Zimmer 185 — Eingang am Burgplatz — ausgestellt.

10. Das Wahlrecht ist persönlich und unter Abgabe eines Stimmzettels auszuüben. Der Stimmzettel, 9 zu 12 cm groß, muss von weitem oder weithinem Papier und darf mit keinen Kennzeichen versehen sein. Der Stimmzettel darf nur Namen aus einem einzigen Wahlvorschlag enthalten. Ein Name genügt. An Stelle der Namen oder neben ihnen darf der Stimmzettel auch die Nummer des Wahlvorschages aus der amtlichen Bekanntgabe enthalten. Die Angabe einer Partei auf dem Stimmzettel wird nicht beachtet. Weitere Angaben machen den Stimmzettel ungültig.

11. In jedem Wahlraume ist eine Einrichtung getroffen, dass der Wähler unbedingt seinen Stimmzettel in einen amtlichen Umschlag legen kann, den er im Wahlraume erhält.

12. Die Stimmzettelumschläge sind für Männer von blauer und für Frauen von grüner Farbe.

13. Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Wahlvorschläge lautende Stimmzettel sind ungültig.

14. Der den Stimmzettel enthaltende Umschlag ist persönlich dem Wahlvorsteher oder seinem Stellvertreter zu übergeben, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

Die Stadt Leipzig ist in 273 Wahlbezirke eingeteilt worden. Nachstehend werden die Erkennung der Wahlbezirke und die Wahlräume bekanntgegeben.

In den nächsten Tagen wird an den Blotthäuschen ein alphabetisches Straßenverzeichnis veröffentlicht werden, aus dem die Wahlbezirke und Wahlräume für die einzelnen Straßen zu ersuchen sind.

Die öffentliche Sichtung des Wahlausschusses über die Zulassung der Wahlvorschläge findet Montag, den 7. November 1921, 1/4 Uhr mittags, im Wahlamt statt.

Das endgültige Wahlergebnis wird Mittwoch, den 16. dieses Monats, 12 Uhr mittags, im Wahlamt durch den Wahlausschuss festgestellt.

Leipzig, den 3. November 1921.
Der Rat der Stadt Leipzig.
Wahlamt.

Leipzig-Alstadt.

1. Wahlbezirk. Burgplatz, Bürostraße, Gewandhausgasse, Hugo-Victor-Straße, Kupfergasse, Peterstraße, Magazingasse, Marktstraße, Markt, Neumarkt, Peterskirche, Petersstraße, Preußergäßchen, Rathausring, Schloßgasse, Schulstraße, Spiegelgasse, Thomaskirchhof.

Wahlraum: Frauenberufsschule, Schillerstraße 9.

2. Wahlbezirk. Parfümäckchen, Dittrichring, Gräfe-Mässiger-Gasse, Kleine Fleischergasse, Klostergasse, Matthäikirchhof, Tönsbergstraße.

Wahlraum: Frauenberufsschule, Schillerstraße 9.

3. Wahlbezirk. Böttcheräckchen, Brühl, Goldschmiedgäßchen, Hainstraße, Hollische Straße, Roßmarkt, Blauenvögele-Straße, Richard-Wagner-Platz, Richard-Wagner-Straße, Schlossgäßchen.

Wahlraum: Frauenberufsschule, Schillerstraße 9.

4. Wahlbezirk. Augustusplatz, Goethestraße, Grimmaische Straße, Katharinenstraße, Nikolaiskirchhof, Nikolaiskirche, Reichstraße, Ritterstraße, Schillerstraße, Schuhmachergäßchen, Universitätsstraße.

Wahlraum: Frauenberufsschule, Schillerstraße 9.

5. Wahlbezirk. Brandenburger Straße, Friedrich-Lust-Platz, Friedrich-Lust-Straße, Georgiring, Hahnelamm, Hofmeisterstraße, Wintergartenstraße.

Wahlraum: Fach- u. Fortbildungsschule f. Mädchen, Ostbezirk Johanniskirchhof 6.

6. Wahlbezirk. Althner Straße, Karlstraße, Lagerhofstraße, Mittelstraße, Tauchaer Straße 1–33, 2–34.

Wahlraum: Fach- u. Fortbildungsschule f. Mädchen, Ostbezirk Johanniskirchhof 6.

7. Wahlbezirk. Kohlgartenstraße 2–14 gerade Nr., Lange Straße, Ranftische Gasse 1–11, 2–6.

Wahlraum: 10. Volksschule, Täubchenweg 2.

8. Wahlbezirk. Jägerstraße, Marienplatz, Marienstraße, An der Mühle, Reudnitzer Straße.

Wahlraum: 10. Volksschule, Täubchenweg 2.

9. Wahlbezirk. Blumenstraße, Dresden-Straße 1–23 alle Nr., Engelstraße, Kreuzstraße 1–27, 2–34.

Wahlraum: 2. Volksschule, Schillerstraße 9.

</

87. Wahlbezirk. L.-Anger-Crottendorf. Herbaristraße, N.-C., Zweinaudorfer Straße, N., Zweinaudorfer Straße Kat. Nr. 104C.
Wahlraum: 25. Volksschule, N.-Cr., Martinstraße 7.
88. Wahlbezirk. L.-Anger-Crottendorf. Frankstraße, Schirmerstraße 1—23 n. 2—20. Ungerstraße.
Wahlraum: 26. Volksschule, N., Nordstraße 5.
89. Wahlbezirk. L.-Anger-Crottendorf. Mölauer Straße ungerade Nummern, Spichernstraße.
Wahlraum: 25. Volksschule, N.-Cr., Martinstraße 7.
90. Wahlbezirk. L.-Anger-Crottendorf. Eilenburger Straße von 43 ab, Hans-Sachs-Straße, Hofer Straße von 51 u. 84 ab, Holsteinstraße 1 u. 3, Herkauer Straße, Oststraße von 91 ab, Postdamer-Ulmenen, Rödelstraße 1, Saarbrückenstraße, Seifertshainer Straße 2, Steinberger Straße.
Wahlraum: 26. Volksschule, N., Nordstraße 5.
91. Wahlbezirk. L.-Anger-Crottendorf. Mölauer Straße von 6 ob gerade Nrn., Wittenburg-Straße ungerade Nrn.
Wahlraum: 25. Volksschule, N.-Cr., Martinstraße 7.
92. Wahlbezirk. L.-Anger-Crottendorf. Weizsäckerstraße gerade Nummern, Wörthstraße.
Wahlraum: 25. Volksschule, N.-Cr., Martinstraße 7.
93. Wahlbezirk. L.-Neundorf.
Wahlraum: 26. Volksschule, N., Nordstraße 5.
94. Wahlbezirk. L.-Neundorf. Adelheidstraße, Eisenbahnstraße 6—82 gerade Nrn.
Wahlraum: 14. Volksschule, Nst., Neustädter Straße 1.
95. Wahlbezirk. L.-Neundorf. Jonasstraße 1—7 u. von 2 ab, Konstantinstraße von 23 u. 20 ab, Lorenzstraße, Melanchthonstraße ungerade Nrn., Meliorstraße, Neustädter Straße 6—7 u. 2—16, Nobell 1—13 ungerade Nrn., Thümmlerstraße.
Wahlraum: 14. Volksschule, Nst., Neustädter Straße 1.
96. Wahlbezirk. L.-Neundorf. Kirchstraße 51—81 ungerade Nummern, Konradstraße 1—37 u. 2—38, Marthastraße ungerade Nummern, Reichardstraße, Rosenstraße.
Wahlraum: 14. Volksschule, Nst., Neustädter Straße 1.
97. Wahlbezirk. L.-Neustadt. Büssstraße, Einserstraße, Elsbachstraße 1—79 ungerade Nrn.
Wahlraum: 15. Volksschule, Nst., Wissmannstraße 23.
98. Wahlbezirk. L.-Neustadt. Mariannenstraße 1—71 u. 2—72, Tautenburgstraße von 18 ab.
Wahlraum: 15. Volksschule, Nst., Wissmannstraße 23.
99. Wahlbezirk. L.-Neustadt. Lohmühlstraße 1—79 u. 2—68.
Wahlraum: 15. Volksschule, Nst., Wissmannstraße 23.
100. Wahlbezirk. L.-Neustadt. Hedwigstraße, Meißner Straße, Neustädter Markt.
Wahlraum: Gastwirtschaft Grilner Baum, Nst., Hedwigstraße 16.
101. Wahlbezirk. L.-Neustadt. Kirchstraße, von 83 ab ungerade Nummern, Neustädter Straße von 9 u. 18 ab, Wissmannstraße, Wittenburg, Kirchstraße 107.
Wahlraum: Altdörfischer Hof, Nst., Neustädter Straße 24.
102. Wahlbezirk. L.-Neusserhausen.
Wahlraum: 17. Volksschule, N.-Cr., Karl-Bogel-Str. 17/19.
103. Wahlbezirk. L.-Neusserhausen und Park Meusdorf.
Wahlraum: 31. Volksschule, Co., Alerisstraße 9.
104. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Eisenbahnstraße 2—4b, Jonasstraße 9 u. 11, Konstantinstraße 1—21 u. 2—13, Lutherstraße, Margaretenstraße, Melanchthonstraße, rechte Seite, Neustädter Straße 1, Tautenburgstraße 25 u. 26—48.
Wahlraum: 14. Volksschule, Nst., Neustädter Straße 1.
105. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Kohlgartenstraße von 1 u. 16 ab, Kundenartenstraße, Kanzleistraße von 8 ab gerade Nummern, Rathausstraße 1—21 u. 2—13, Lutherkirche, Margaretenstraße, Melanchthonstraße, rechte Seite, Neustädter Straße 1, Tautenburgstraße 25 u. 26—48.
Wahlraum: 13. Volksschule, Neu., Rathausstraße 29 und Marchallstraße 2.
106. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Gabelsbergerstraße, Kreuzstraße von 29 u. 36 ab, Senefelderstraße.
Wahlraum: 13. Volksschule, Neu., Rathausstraße 29 und Marchallstraße 2.
107. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Gemeindestraße, Grenzstraße, Moritz-Ulrichsstraße, Wiedmannstraße.
Wahlraum: 13. Volksschule, Neu., Rathausstraße 29 und Marchallstraße 2.
108. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Elsstraße, Rabel 2—26 gerade Nummern, Rothenstraße.
Wahlraum: 13. Volksschule, Neu., Rathausstraße 29 und Marchallstraße 2.
109. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Bergstraße 1—27 u. 2—20, Comerstraße 1—25 u. 2—20, Ullensteinstraße.
Wahlraum: 2. Volksschule, Neu., Kohlgartenstraße 58.
110. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Dresdner Straße von 25 ab ungerade Nummern, Kapellenstraße, An der Niedschle 1 und 2b, Werner Straße 1—13 ungerade Nummern.
Wahlraum: 2. Volksschule, Neu., Kohlgartenstraße 58.
111. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Breitkopffstraße, Crüselstraße, Frommannstraße, Gerichtsweg ungerade Nummern, Götschenstraße, Vertheoststraße, Stenbaurplatz.
Wahlraum: 11. Volksschule, Neu., Stephaniplatz 1/2.
112. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Augustenstraße, Chausseestraße, Heinrichstraße.
Wahlraum: 12. Volksschule, Neu., Heinrichstraße 43/45.
113. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Cäcilienstraße von 4 u. 13 ab, Untere Mühlstraße von 1 ab ungerade und 2—30 gerade Nummern, Tiefe Straße 8—10, Wallstraße.
Wahlraum: 12. Volksschule, Neu., Heinrichstraße 43/45.
114. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Dresdenstraße von 24 ab gerade Nummern, Feldstraße.
Wahlraum: 2. Volksschule, Neu., Kohlgartenstraße 58.
115. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Cäcilienstraße von 4 u. 13 ab, Untere Mühlstraße von 1 ab ungerade und 2—30 gerade Nummern, Tiefe Straße 8—10, Wallstraße.
Wahlraum: 12. Volksschule, Neu., Heinrichstraße 43/45.
116. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Krößelstraße, Mölauer Straße 2 und 4, Rossmühle, Schimmelstraße, Sigismundstraße.
Wahlraum: 12. Volksschule, Neu., Heinrichstraße 43/45.
117. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Brommestraße, Krückiusstraße, Gutenbergstraße, Holzsägemühle von 11a ab ungerade Nummern, Johannisallee 1—11 und 2—20, Mirbachstraße, Ostplatz von 2 ab, Wismannstraße, Tautenburgstraße.
Wahlraum: 24. Volksschule, Neu., Oststraße 27/29.
118. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Hohenholzstraße, Oststraße ungerade Nummern.
Wahlraum: 24. Volksschule, Neu., Oststraße 27/29.
119. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Eilenburger Straße, Oststraße gerade Nummern.
Wahlraum: 24. Volksschule, Neu., Oststraße 27/29.
120. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Josephinenstraße, Mühlstraße von 1 und 22 ab, Reichenhainer Straße 1 bis 27 ungerade Nummern, Stiftstraße.
Wahlraum: 24. Volksschule, Neu., Oststraße 27/29.
121. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Cäcilienstraße von 19 und 28 ab, Carolstraße, Friedrich-Wilhelm-Straße, Obere Mühlstraße, Wittstraße.
Wahlraum: 5. Realschule, Neu., Möbiusstraße 8.
122. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Oswaldstraße von 1a und 22 ab, Sieboldstraße 1a—17 und 2—56.
Wahlraum: 5. Realschule, Neu., Möbiusstraße 8.
123. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Adelbertstraße, Caronstraße, Hirschfelder Straße, Holzstraße, Möbiusstraße, Wismannstraße, Möbiusplatz, Möbiusstraße, Mühlweg, Nobesstraße, Palmstraße
- Niedesstraße 2—10, Robert-Volkmann-Straße, Stöttericher Straße 35—41 ungerade Nummern.
Wahlraum: 5. Realschule, Neu., Möbiusstraße 8.
124. Wahlbezirk. L.-Neudorf. Fischhainer Straße, Hofer Straße, Schönheitsstraße 91, Wollschainer Straße.
Wahlraum: 5. Realschule, Neu., Möbiusstraße 8.
125. Wahlbezirk. L.-Schöneweide. Breslauer Straße, Lazarusstraße, Leostraße, Menzelstraße, Robert-Blum-Straße, Volksbildungshaus, Wendtstraße, Zeumerstraße.
Wahlraum: Gastwirtschaft Ratskeller, Schö., Wendtstraße 2.
126. Wahlbezirk. L.-Schöneweide. Abtnaundorfer Straße, Bautzner Straße, Clara-Wieck-Straße, Rothtplatz, Am Rothtplatz, Schumannstraße, Schlippe, Schmidt-Nühl-Straße, Schreiberstraße, Thälker Straße.
Wahlraum: Gastwirtschaft Gesellschaftshaus, Schö., Breslauer Straße 1.
127. Wahlbezirk. L.-Schöneweide. Bergerstraße, Dimpfelstraße ungerade Nummern, Paul-Hense-Straße.
Wahlraum: Gastwirtschaft Goldener Krug, Schö., Dimpfelstraße 28.
128. Wahlbezirk. L.-Schöneweide. Dimpfelstraße gerade Nummern, Löbauer Straße, Sittauer Straße.
Wahlraum: Gastwirtschaft Mittelpunkt, Schö., Dimpfelstr. 48.
129. Wahlbezirk. L.-Schöneweide. Heinrichstraße, Stettiner Straße ungerade Nummern, Südstadtstraße.
Wahlraum: Gastwirtschaft Sächsischer Hof, Schö., Löbauer Straße 2.
130. Wahlbezirk. L.-Schöneweide. Brandenburger Straße 28—23, Lindenallee, Rohtreitschstraße, Schaukatze, Slanneckplatz, Stettiner Straße gerade Nummern, Tröbschestr. 1.
Wahlraum: 21. Volksschule, Schö., Südstadtstraße.
131. Wahlbezirk. L.-Schöneweide. Bounialstraße, Kohlweg, Taubestraße.
Wahlraum: Gastwirtschaft Mariannenhof, Schö., Stettiner Straße 83.
132. Wahlbezirk. L.-Schöneweide. Plossstraße, Pöppnerstraße.
Wahlraum: Gastwirtschaft Wilhelmsburg, Schö., Stettiner Straße 122.
133. Wahlbezirk. L.-Schöneweide. Bahnhof Schönefeld, Emil-Schubert-Straße, Heinrich-Schmidt-Straße, Paunsdorfer Weg, Pöppenweg, Torgauer Str., Volksartenstraße, Waldbaustraße.
Wahlraum: 21. Volksschule, Schö., Südstadtstraße.
134. Wahlbezirk. L.-Sellerhausen. Eisenbahnstraße von 125 und 142 ab, Torgauer Straße von 40 und 41 ab.
Wahlraum: 10. Volksschule, Sell., Wurzner Straße 125.
135. Wahlbezirk. L.-Sellerhausen. Bennighausenstraße außer Nr. 3 und 21, Böllowstraße, Gelskestraße, Greisch-Straße, Paunsdorfer Straße.
Wahlraum: 18. Volksschule, Sell., Brandiser Straße 14.
136. Wahlbezirk. L.-Sellerhausen. Bernhardstraße von 47 ab ungerade Nrn., Brandiser Straße von 3 und 2b ab, Großdorfer Straße, Krönerstraße 1—11 und 4—10, Paulinestraße.
Wahlraum: 18. Volksschule, Sell., Wurzner Straße 125.
137. Wahlbezirk. L.-Sellerhausen. Annenstraße, Edelstraße, Schützenhausstraße.
Wahlraum: 18. Volksschule, Sell., Brandiser Straße 14.
138. Wahlbezirk. L.-Sellerhausen. Dahlner Straße, Mäschner Straße, Portiger Straße, Plötzauer Straße, Wurzner Straße von 77 ab ungerade Nummern.
Wahlraum: 19. Volksschule, Sell., Wurzner Straße 125.
139. Wahlbezirk. L.-Sellerhausen. Baudammstraße, Wurzner Straße von 72 ab gerade Nummern.
Wahlraum: 19. Volksschule, Sell., Wurzner Straße 125.
140. Wahlbezirk. L.-Sellerhausen. Dorfstraße, Emmausstraße, Oststraße, Stünzer Weg, Weidlichstraße 2.
Wahlraum: 19. Volksschule, Sell., Wurzner Straße 125.
141. Wahlbezirk. a) L.-Sellerhausen. Cunnersdorfer Straße ungerade Nrn., Engelmonstraße, Plaußiger Straße 1—25 und 2 bis Stünzer Weg, Rüdigerstraße 1—12, Waldstraße.
b) L.-Stünz. Cunnersdorfer Straße gerade Nrn., Plaußiger Straße 27—39 und rechte Seite von Stünzer Weg bis Zweenfurther Straße, Rüdigerstraße 13 und 14.
Wahlraum: 20. Volksschule, Stü., Zweenfurther Straße 21.
142. Wahlbezirk. L.-Stünz. Bornstraße, Brühnstraße, Geßhainer Straße, Karl-Härtling-Str., Paunsdorfer-Möllauer Weg, Neißer Straße, Stünz-Möllauer Kommun.-Weg, Stünz-Stöttericher Kommun.-Weg, Thielmannstraße, Vollshain, Wahndorffstraße, Zweinaudorfer Straße, Zweenfurther Straße.
Wahlraum: 20. Volksschule, Stü., Zweenfurther Straße 21.
143. Wahlbezirk. L.-Stötterich. Döbelner Straße, Gänkstraße 1 und 2, Melscher Straße, Oschener Straße, Papiermühlstraße, Thonberger Straße 1, 2 und 3.
Wahlraum: 29. Volksschule, Stö., Weißstraße 1.
144. Wahlbezirk. L.-Stötterich. Eichstädtstraße, Hofer Straße 2—6 gerade Nrn., Schönheitstraße außer Nr. 91.
Wahlraum: 28. Volksschule, Th., Schönbachstraße 17.
145. Wahlbezirk. L.-Stötterich. Schwarzaerstraße, Wasserturmstraße.
Wahlraum: 28. Volksschule, Th., Schönbachstraße 17.
146. Wahlbezirk. L.-Stötterich. Höpfengarten, Oststraße 183 und 189, Kubolf-Herrmann-Straße, Weißstraße, Weißstraße.
Wahlraum: 29. Volksschule, Stö., Weißstraße 1.
147. Wahlbezirk. L.-Stötterich. Albrechtshainer Straße, Bautznerstraße, Dörligkstraße, Kärrnerweg, Kochmannstraße, Oberdörfchen, Seifertshainer Straße 4, Sommerfelder Straße, Zuckelhäuser Straße.
Wahlraum: 29. Volksschule, Stö., Weißstraße 1.
148. Wahlbezirk. L.-Stötterich. Ferdinand-Jost-Straße, Glasenstraße.
Wahlraum: 29. Volksschule, Stö., Weißstraße 1.
149. Wahlbezirk. L.-Stötterich. Holzhäuser Straße außer Nr. 1a.
Wahlraum: 30. Volksschule, Stö., Liebertwolkwitzer Str. 50.
150. Wahlbezirk. L.-Stötterich. Urnoldstraße, Lange Reihe.
Wahlraum: 30. Volksschule, Stö., Liebertwolkwitzer Str. 50.
151. Wahlbezirk. L.-Stötterich. Bautzner Straße, Colmstraße, Denkmalsallee 85, 86, 92, 93, Fleischestr. 1, Paulsdorfer Straße, Liebertwolkwitzer Straße, Lubitz-Goldsch.-Platz, Lubitz-G.-Platz, Marienbrunnstraße, Naunhofer Straße, Olschützstraße, Rönsaeer Straße, Reichenhainer Straße 180 und 191, Thiemstraße.
Wahlraum: 30. Volksschule, Stö., Liebertwolkwitzer Str. 50.
152. Wahlbezirk. L.-Thonberg. Bormannstraße, Eichestr., Karl-Siegismund-Straße, Marienstraße, Neichenhainer Straße von 51 ab ungerade Nrn., Schulstraße, Alte Straße.
Wahlraum: 27. Volksschule, Th., Alte Straße 9.
153. Wahlbezirk. L.-Thonberg. Neichenhainer Straße von 2 ab gerade Nummern.
Wahlraum: 27. Volksschule, Th., Alte Straße 9.
154. Wahlbezirk. L.-Thonberg. Dauthstraße, Fischhainer Straße 1—7 ungerade Nrn. und Nr. 2, Mühlstraße, Hofer Straße 3, Holzhäuser Straße 1a, Kreuzstraße, Kreuzstraße, Liebesstraße von 49 ab ungerade Nrn. und Nr. 78, Schönbachstraße, Stöttericher Straße 21—25 u. 73—87 ungerade Nrn. von 18 ab gerade Nummern und Kat. Nr. 112, Stöttericher Bahnhof, An der Tafelwiese, Wohlstraße, Windmühlenweg, Kat. Nr. 106.
Wahlraum: 27. Volksschule, Th., Alte Straße 9.
155. Wahlbezirk. L.-Volkmarode. Eisenbahnstraße 81—123 und 84—136.
Wahlraum: 18. Volksschule, Vo., Konradstraße 67/69.
156. Wahlbezirk. L.-Volkmarode. Bennigsenstraße 6 und 2, Kirchstraße 1—19 und von 2 ab gerade Nummern.
Wahlraum: 18. Volksschule, Vo., Konradstraße 67/69.
157. Wahlbezirk. L.-Volkmarode. Ludwigstraße von 81 und von 70 ab.
Wahlraum: 18. Volksschule, Vo., Konradstraße 67/69.
158. Wahlbezirk. L.-Volkmarode. Mariannenstraße von 73 und 74 ab, verlängerte Wissmannstraße.
Wahlraum: 18. Volksschule, Vo., Konradstraße 67/69.
159. Wahlbezirk. L.-Volkmarode. Ewaldstraße, Hildegardstraße.
Wahlraum: 18. Volksschule, Vo., Konradstraße 67/69.
160. Wahlbezirk. L.-Volkmarode. Bogislawstraße, Konradstraße von 29 und 40 ab, Lukasstraße, Volkmarodesdorfer Markt.
Wahlraum: 18. Volksschule, Vo., Bogislawstraße 18/20.
161. Wahlbezirk. L.-Volkmarode. Elisabethstraße, Justusstraße von 1 und 2c ab, Nationalstraße.
Wahlraum: 18. Volksschule, Vo., Bogislawstraße 18/20.
162. Wahlbezirk. L.-Volkmarode. Idiotstraße, Rabel von 15 und 28 ab, Torgauer Straße 1—35 ungerade Nummern.
Wahlraum: 18. Volksschule, Vo., Bogislawstraße 18/20.
163. Wahlbezirk. L.-Volkmarode. Bergstraße von 20 und 22 ab, Comeniusstraße von 27 und 22 ab, Markstraße gerade Nrn., An der Niedschle 2—7, Wurzner Straße 15a—17, Zollhofstraße.
Wahlraum: 18. Volksschule, Vo., Bogislawstraße 18/20.
- Südliche Stadtteile.**
164. Wahlbezirk. L.-Connewitz. Achtere Bayreuther Straße, Eichendorffstraße, Eisenstraße von 145 und 150 ab, Gustav-Frentzel-Straße, Kaiser-Augusta-Straße gerade Nrn., Südstraße von 73 und 74 ab.
Wahlraum: 5. Volksschule, Co., Waisenhausstraße 7.
165. Wahlbezirk. L.-Connewitz. Försterweg, Kochstraße von 60 und 82 ab, Papststraße, Scheußlersstraße, Selneiderstraße, Windscheidstraße.
Wahlraum: 6. Volksschule, Co., Waisenhausstraße 7.
166. Wahlbezirk. L.-Connewitz. Auerbachstraße, Basadowstraße, Herderstraße, Mathildendamm, Waisenhausstraße, Wiedebachstraße.
Wahlraum: 5. Volksschule, Co., Waisenhausstraße 7.
167. Wahlbezirk. L.-Connewitz. Brandstraße, Erneststraße, Südweststraße, Teichstraße.
Wahlraum: 6. Volksschule, Co., Herderstraße 8.
168. Wahlbezirk. L.-Connewitz. Hermannstraße, Mühlholzgasse, Niederschäffel, Begräuer Straße, Rohmädelstraße.
Wahlraum: 6. Volksschule, Co., Herderstraße 8.
169. Wahlbezirk. L.-Connewitz. Brandstraße, Erneststraße, Südweststraße, Teichstraße.
Wahlraum: 6. Volksschule, Co., Herderstraße 8.
170. Wahlbezirk. L.-Connewitz. Vornalische Str. 1—95 u. 2—110.
Wahlraum: 6. Volksschule, Co., Herderstraße 8.
171. Wahlbezirk. L.-Connewitz. Südfahrstraße, Zwenkauer Straße.
Wahlraum: Gastwirtschaft "Sportlerheim", Co., Vornalische Straße 63.
172. Wahlbezirk. L.-Connewitz. Hammerstraße, Löhninger Straße 13—142, Meusdorfer Straße.
Wahlraum: Gastwirtschaft "Stadt Borna", Co., Vornalische Straße 25.
173. Wahlbezirk. L.-Connewitz. Eichendorffstraße, Frohburger Straße, Rohrstraße, Leopoldstraße.
Wahlraum: 54. Volksschule, Co., Zwenkauer Straße 33.
174. Wahlbezirk. L.-Connewitz. Apollipasse, Dößler Straße, Gäßwitzer Straße, Hildegardstraße, Clemmstraße, An der Pleiße, Prinz-Eugen-Straße, Probstheidaer Str., Am Wildpark.
Wahlraum: 7. Volksschule, Co., Vornalische Straße 104.
175. Wahlbezirk. L.-Connewitz (Marienbrunn). Lemniushof, Alte Bogen, Denkmalshof, Dohnaweg, Lerchenrain, An der Tabalsmühle, Triftweg, Turnweg.
Wahlraum: Co., Marienbrunn, Gasthaus Marienbrunn.
176. Wahlbezirk. L.-Dößl. Crotewitzstraße, Friederikenstraße, Giebnerstraße, Johann-Adolf-Str., An der Mühlpleiße, Schloßstraße, Vosselaue, Leinstraße, verlängerte Mosarstraße, Windelerstraße.
Wahlraum: 8. Volksschule, Dößl., Windelerstraße 3.
177. Wahlbezirk. L.-Dößl. Vornalische Straße von 149 und 148 ab, Burchardstraße, Bürgerstraße, Gartenstraße, Helerstraße, Kirchstraße, Leinstraße, verlängerte Mosarstraße, Windelerstraße.
Wahlraum: 8. Volksschule, Dößl., Windelerstraße 3.
178. Wahlbezirk. L.-Dößl. Gastwirtschaft zum Teichlöschchen, Dößl., Leinstraße 56.
179. Wahlbezirk. L.-Dößl. Blasbalastraße, Vornalische Straße 97—147, 120—134 u. Kat. Nr. 38, Coloredstraße, Döllstraße, Leibnitzstraße, Meerdiplatz, Meerdiplatz, Vosselaue, Wohlstraße.
Wahlraum: 7. Volksschule, Co., Vornalische Straße 104.
180. Wahlbezirk. L.-Dößl. Haasestraße, Hessen-Homburg-Straße, Küntersstraße, Leisnigstraße, Niedernsteinstraße, Raschwalder Straße, Rößelschule, Stößelstraße.
Wahlraum: 7. Volksschule, Co., Vornalische Straße 104.
- Westliche Stadtteile.**
- <p

193. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Biekenstraße 1–10, 2–28, Elisa-
beth-Allee 1–7 ungerade Nr., Felsenkellerstraße, Frankfurter
Straße von 37 und 32 ab, Kindstraße, Körnerstraße, Lionstraße,
Luppenstraße, Ischöherische Straße 1–5 und 2–10.
Wahlraum: 4a. Volkschule, Lind., Merseburger Str. 56/58.
194. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Bireitenstraße, Siemeringstraße.
Wahlraum: 4a. Volkschule, Lind., Merseburger Str. 56/58.
195. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Josephstraße, Karl-Heine-Straße
von 40 ab gerade Nr., und Nr. 113, Rudolf-Sack-Straße.
Wahlraum: 4a. Volkschule, Lind., Merseburger Str. 56/58.
196. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Gutsmüllerstraße.
Wahlraum: 4a. Volkschule, Lind., Merseburger Str. 56/58.
197. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Kaiserstraße, Schadowstraße.
Wahlraum: 4. Realschule, Lind., Kanzlerstraße 4.
198. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Hänelestraße, Merseburger Straße
27–75, 38a–72, Schillingstraße.
Wahlraum: 4a. Volkschule, Lind., Merseburger Str. 56/58.
199. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Friedrich-August-Straße 1–33,
2–34, Gießerstraße 1–9, 2–10, Henriettenstraße, Jordanstraße,
Königstraße.
Wahlraum: 4. Realschule, Lind., Kanzlerstraße 4.
200. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Abrahamstraße, Barneder Straße,
Bausestraße, Biederstraße, Böenerstraße, Credestraße, Dunder-
straße, Goßmannstraße, Graßstraße, Gröppelerstraße, Holzberg-
straße, Ladenschnellstraße, Am Kanal, Lähnstraße, Margenstern-
straße, Plaustraße, Radiststraße, Reinesstraße, Salzstraße 2,
Spinnereistraße, Thletmarstraße, Thüringer Straße 1–21, 2–14,
Wipprechstraße.
Wahlraum: 46. Volkschule, Lind., Saalfelder Straße 27.
201. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Demmeringstraße westlich der
Eisenbahn-Überführung von 140 ab, Dürenberger Straße,
Gerberstraße, Großherzogstraße, Löhner Straße westlich der
Eisenbahn-Überführung, Saalfelder Straße.
Wahlraum: 46. Volkschule, Lind., Saalfelder Straße 27.
202. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Hellmuthstraße, Löhner Straße 49
bis 119, 72–136.
Wahlraum: 45. Volkschule, Lind., Demmeringstraße 84.
203. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Demmeringstraße 1–95, 2–100.
Wahlraum: 45. Volkschule, Lind., Demmeringstraße 84.
204. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Naimundstraße, Reuterstraße.
Wahlraum: 45. Volkschule, Lind., Demmeringstraße 84.
205. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Cranachstraße, Merseburger Straße
von 77 und 78 ab.
Wahlraum: 45. Volkschule, Lind., Demmeringstraße 84.
206. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Gochstraße, Löhner Straße 1–47,
2–68/70, Obermannstraße.
Wahlraum: 45. Volkschule, Lind., Demmeringstraße 31/33.
207. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Knoselsstraße, Dreilindenstraße,
Gemeindeamtstraße, Lindenauer Markt, Marktstraße.
Wahlraum: 44. Volkschule, Lind., Demmeringstraße 31/33.
208. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Hentrichstraße, Kublumstraße.
Wahlraum: 46. Volkschule, Lind., Demmeringstraße 31/33.
209. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Angerstr., Mühlgrätzl., Rabener-
straße, Rohmarktstraße, Wasserstraße.
Wahlraum: 44. Volkschule, Lind., Demmeringstraße 31/33.
210. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Burgaustraße, Hahnenmannstr.,
Hebelstraße, Niesselsstraße.
Wahlraum: 44. Volkschule, Lind., Demmeringstraße 31/33.
211. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Überlinienstraße.
Wahlraum: 42. Volkschule, Lind., Friesenstraße 8.
212. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Friesenstraße, Hempelstraße,
Leutheuer Straße, Ottostraße.
Wahlraum: 42. Volkschule, Lind., Friesenstraße 8.
213. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Gundorfer Straße.
Wahlraum: 42. Volkschule, Lind., Friesenstraße 8.
214. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Calviusstraße, Hostelstraße.
Wahlraum: 42. Volkschule, Lind., Friesenstraße 8.
215. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Georgplatz, Hauschildstraße,
Quedstraße, Spittelstraße.
Wahlraum: 43. Volkschule, Lind., Uhlandstraße 8.
216. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Gessertplatz, Uhlandstraße,
Wielandstraße.
Wahlraum: 43. Volkschule, Lind., Uhlandstraße 8.
217. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Uhlandstraße, Oklonissenstraße,
Flemmingstraße, Großmannstraße, Rosenmüllerstraße.
Wahlraum: 43. Volkschule, Lind., Uhlandstraße 8.
218. Wahlbezirk. Q.-Lindenau. Güntherstraße, Klosterstraße,
Rindarstraße.
Wahlraum: 42. Volkschule, Lind., Uhlandstraße 8.
219. Wahlbezirk. Q.-Plagwitz. Friedrich-August-Straße 36–39,
Gießerstraße 11–27, 12–28, Klingenbergstraße 1–5, 2–6, Raum-
burger Straße, Salzstraße, Stockmannstraße, Thüringer Straße
16, 18, 23, 25, Zollschuppenstraße.
Wahlraum: 47. Volkschule, Plagw., Elisabethallee 24/26.
220. Wahlbezirk. Q.-Plagwitz. Chaudstraße, Elisabeth-Allee 9–45,
2–50 Jahnstraße 40–101, 34–84, Schmiedestrasse.
Wahlraum: 47. Volkschule, Plagw., Elisabethallee 24/26.
221. Wahlbezirk. Q.-Plagwitz. Erdmannstraße, Forststraße, Gleis-
straße, Kolbstraße, Ronnenstraße 1–27, 2–48.
Wahlraum: 47. Volkschule, Plagw., Elisabethallee 24/26.
222. Wahlbezirk. Q.-Plagwitz. Alte Straße, Amalienstraße, Ernst-
Men-Straße, Fröbelstraße, Riegelstraße.
Wahlraum: 47. Volkschule, Plagw., Elisabethallee 24/26.
223. Wahlbezirk. Q.-Plagwitz. Karl-Heine-Straße 1–111, 2–38,
Zschöcherische Straße 7–79, 12–74.
Wahlraum: Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen, West-
bezirk, Plagw., Amalienstraße 10.
224. Wahlbezirk. Q.-Plagwitz. Birkenseestraße 30 und 32, Weizen-
feller Straße.
Wahlraum: Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen, West-
bezirk, Plagw., Amalienstraße 10.
225. Wahlbezirk. Q.-Plagwitz. Lauchländer Straße, Merseburger
Straße 1–25 und 2–38.
Wahlraum: Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen, West-
bezirk, Plagw., Amalienstraße 10.
226. Wahlbezirk. Q.-Schleußig. Sonnenstraße, Steigleitstraße.
Wahlraum: 48. Volkschule, Schleußig, Könneritzstraße 47.
227. Wahlbezirk. Q.-Schleußig. Brodhausstraße 1–10, 2–23,
Jahnstraße 1–35, 2–32, Quondstraße.
Wahlraum: 48. Volkschule, Schleußig, Könneritzstraße 47.
228. Wahlbezirk. Q.-Schleußig. Könneritzstraße 1–55, 2–52,
Rostitzstraße ungerade Nummern.
Wahlraum: Gastwirtschaft „Zur Post“, Schl., Schnorestraße 27.
229. Wahlbezirk. Q.-Schleußig. Brodhausstraße von 21 und 34 ab,
Hubertstraße, Kochstraße gerade Nummern.
Wahlraum: Gastwirtschaft „Zur Wölfe“, Schl., Könneritzstraße 72.
230. Wahlbezirk. Q.-Schleußig. Könneritzstraße von 57 und 54 ab.
Wahlraum: 49. Volkschule, Schleußig, Oesterstraße 1/3.
231. Wahlbezirk. Q.-Schleußig. Oesterstraße, Schnorestraße.
Wahlraum: 49. Volkschule, Schleußig, Oesterstraße 1/3.
232. Wahlbezirk. Q.-Schleußig. Belperrstraße, Blümnerstraße,
Dammstraße, Chardstraße, Pauhultstraße, Pistoriusstraße,
Probststraße, Nödelstraße, Thäubeinstraße.
Wahlraum: 49. Volkschule, Schleußig, Oesterstraße 1/3.
- Nördliche Stadtteile.**
233. Wahlbezirk. Q.-Entrich. Delitzscher Straße 25–51, 24 bis
80b, Bleicherstraße 1–15, 2–18 und Kat.-Nr. 8F, Blumen-
straße 17–27, 26–38, Dinterstraße, Geibelstraße, Neuherr-
sche Straße 26–34 gerade Nr., Kanalstraße, Kirchweg 10
und 12, Kleiststraße gerade Nr., Renastraße 5 u. 6, Wohlzinger-
straße 1–9, 2–10, Mörlstraße, Rückertstraße 1–7, 2–10.
Wahlraum: 35. Volkschule, Gohlis, Pariser Straße 4/6.
234. Wahlbezirk. Q.-Entrich. Modauer Straße 1, Theresien-
straße ungerade Nr., außer 51 und 53, Brd.-Kat.-Nr. 325, 325B,
325C, Wittenberger Straße von 27 und 12 ab.
Wahlraum: 33. Volkschule, Entrich, Anhalter Straße 1.
235. Wahlbezirk. Q.-Entrich. Kathbachstraße von 23 und 16 ab,
Petheler Straße, Wilhelmstraße.
Wahlraum: 33. Volkschule, Entrich, Anhalter Straße 1.
236. Wahlbezirk. Q.-Entrich. Magdalenenstraße, Schiebestraße.
Wahlraum: 33. Volkschule, Entrich, Anhalter Straße 1.
237. Wahlbezirk. Q.-Entrich. Gedikestraße, Hamburger Straße
von 31 und 42 ab, Kunstdruckerei Salzmannstraße.
Wahlraum: 33. Volkschule, Entrich, Anhalter Straße 1.
238. Wahlbezirk. Q.-Entrich. Anhalter Straße, Bernburger
Straße, Schladitzer Straße 8, Schönefelder Straße, Schönefelder
Straße Langerstraße, Wölkher Straße.
Wahlraum: 33. Volkschule, Entrich, Anhalter Straße 1.
239. Wahlbezirk. Q.-Entrich. Delitzscher Straße von 53 und 82 ab,
Münzstraße, Eutritzscher Markt, Grünestraße, Grillner Weg,
Mohesstraße.
Wahlraum: 34. Volkschule, Entrich, Delitzscher Straße 110.
240. Wahlbezirk. Q.-Entrich. Diesterwegstraße, Döbener Land-
straße, Eichstraße, Fabrikstraße, Friedhofstraße, Görlicher Straße,
Heldstraße, Rathausstraße, Schladitzer Straße außer Nr. 8,
Sennigasse, Tauchaer Weg, Thaerstraße, Thonauer Straße 110.
241. Wahlbezirk. Q.-Entrich. Delitzscher Landstraße.
Wahlraum: Krankenhaus St. Georg, Entrich, Delitzscher
Landstraße.
242. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Höhmestraße, Döllniger Straße von
27 und 18 ab, Erfurter Straße, Gohliser Straße von 45 und 36
ab, Kaiser-Friedrich-Straße 1–7, 2–32, Kirchplatz, Kirchweg
von 1 ab und 2–8, Poelenweg 1–11 und von 2 ab, Primavera-
straße, Ritterstraße von 15 und 12 ab, Schloßchenweg Nr. 1,
Schönhausenstraße, Turmgutstraße, Ulrichstraße, Wilhelmstraße
von 19 und 8 ab.
Wahlraum: Schillerrealsgymnasium, Friedestraße 12.
243. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Blohmstraße, Blumenstraße von
31 und 40 ab, Friedensstraße, Friedrich-Karl-Straße 1–7, 2–28,
Neuherr-sche Straße 11 bis 109/111, 36–104 (d. i. bis
Breitenfelder Straße).
Wahlraum: 36. Volkschule, Gohlis, Eisabethstraße 2/4.
244. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Berggartenstraße, Friedhofstraße,
Mendelstraße, Platnerstraße, Schillerweg, Stodstraße, Winkel-
straße.
Wahlraum: Gastwirtschaft „Kaiser Friedrich“, Gohlis, Mendel-
straße 24.
245. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Eisenacher Straße, Gothaer Straße.
Wahlraum: 37. Volkschule, Gohlis, Neuherr-sche Straße 80.
246. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Endnerstraße, Knaurstraße, Linden-
häuser Straße 1a–59, 2–54, Lüderstraße, Marbachstraße,
Wahrener Straße, Weinstraße.
Wahlraum: 37. Volkschule, Gohlis, Neuherr-sche Straße 80.
247. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Fechnerstraße, Heintzstraße, Möckern-
straße, Pöhlstraße, Stolzmannstraße, Stolzestraße.
Wahlraum: 38. Volkschule, Gohlis, Breitenfelder Straße 19/21.
248. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Herloßhohnstraße, Johann-Georg-
Straße 2–32, Schleußiger Straße.
Wahlraum: 38. Volkschule, Gohlis, Breitenfelder Straße 19/21.
249. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Neuher-sche Hallische Straße 113–165,
106–144a, Magdeburger Straße.
Wahlraum: Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen, Nord-
bezirk, Gohlis, Eisabethstraße 1.
250. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Eisabethstraße, Schachstraße, Wiede-
richtscher Straße.
Wahlraum: 38. Volkschule, Gohlis, Breitenfelder Straße 19/21.
251. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Cöllnner Straße, Luisenstraße.
Wahlraum: 38. Volkschule, Gohlis, Breitenfelder Straße 19/21.
252. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Breitenfelder Straße 1–33, 2–40,
Georgstraße, Reginenstraße.
Wahlraum: Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen, Nord-
bezirk, Gohlis, Eisabethstraße 1.
253. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Benediktstraße, Bleicherstraße, Dieter-
straße, Gottschallstraße, Kaiser-Friedrich-Straße von 19 u. 34 ab,
Kleiststraße ungerade Nr., Renastraße 13 und 15, Pariser
Straße, Rentzschstraße, Rückertstraße von 9 und 12 ab, Wüst-
mannstraße.
Wahlraum: 35. Volkschule, Gohlis, Pariser Straße 4/6.
254. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Blumenthalstraße, Goethestraße,
Völkerstraße von 39 und 26 ab.
Wahlraum: 35. Volkschule, Gohlis, Pariser Straße 4/6.
255. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. St.-Privat-Straße, Nochtstraße.
Wahlraum: 35. Volkschule, Gohlis, Pariser Straße 4/6.
256. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Brieistraße, Fabriekstraße, Meier-
straße.
Wahlraum: Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen, Nord-
bezirk, Gohlis, Eisabethstraße 1.
257. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Claudiustraße, Claujewitschstraße,
Friedrich-Karl-Straße von 25 und 36 ab, Gravestadtstraße,
Hödelstädtler Straße, Hödelinstraße, Lindenthaler Straße von
61 und 65 ab, Matthiessenstraße, Werderstraße.
Wahlraum: 36. Volkschule, Gohlis, Eisabethstraße 2/4.
258. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Beaumontstraße, Craushaarstraße,
Strasburger Straße.
Wahlraum: 36. Volkschule, Gohlis, Eisabethstraße 2/4.
259. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Breitenfelder Straße von 71 u. 51 ab,
Landeberger Straße, Tauchaer Weg, Vierelaweg.
Wahlraum: 4. Katholische Schule, Gohlis, Treitschkestraße 18.
260. Wahlbezirk. Q.-Gohlis. Artilleriestraße, Kaiserstraße, Gan-
isonstraße 2–10, Kämerplatz, Nährstraße, Planstraße, Roh-
lauer Straße, Trainstraße, Treitschkestraße, Usenstraße.
Wahlraum: 4. Katholische Schule, Gohlis, Treitschkestraße 18.
261. Wahlbezirk. Q.-Modau. Berthastraße, Modauer Straße 3 bis
43, 8–30.
Wahlraum: Gastwirtschaft „Pappelhof“, Mod., Modauer Straße 7.
262. Wahlbezirk. Q.-Modau. Grunerstraße, Immelmannstraße 2,
9 und 10, Schneidersstraße, Volbedingstraße 1–51 ungerade Nr.
Wahlraum: Gastwirtschaft Gesellschaftshalle, Modau,
263. Wahlbezirk. Q.-Modau. Döringstraße, Dübner Landstraße,
Erlerhof, Modauer Straße von 51 und 74 ab, Döhlnerstraße,
Weidenhof.
Wahlraum: Rathaus Modau, Modau, Modauer Straße 119,
Schulzimmer 6.
264. Wahlbezirk. Q.-Modau. Bahnhofstraße, Beuthstraße, Bochumer
Straße, Esener Straße, Friedrichshafner Straße, Immelmann-
straße 30–44, Leonhardstraße, Oberläuterstraße, Wilhelm-
Buschstraße.
Wahlraum: Rathaus Modau, Modau, Modauer Straße 119,
Schulzimmer 6.
265. Wahlbezirk. Q.-Modau. Bödestraße, Cleudner Straße, Dres-
densstraße, Hilligerstraße, Kieler Straße, Lisenenthalstraße,
Stralsunder Straße, Weddigenstraße.
Wahlraum: Gastwirtschaft „Lindenhof“, Modau, Kieler Straße 19.
266. Wahlbezirk. Q.-Möckern. Neuherr-sche Straße von 142
ab gerade Nummern.
Wahlraum: 39. Volkschule, Möckern, Knopstraße 3.
267. Wahlbezirk. Q.-Möckern. Neuherr-sche Hallische Straße von 167
ab ungerade Nr., Johann-Georg-Straße, Laubestraße.
Wahlraum: 39. Volkschule, Möckern, Knopstraße 3.
268. Wahlbezirk. Q.-Möckern. Kirschbergstraße, Kroisigstraße,
Wedellstraße.
Wahlraum: 39. Volkschule, Möckern, Knopstraße 3.
269. Wahlbezirk. Q.-Möckern. Bückendorffstraße, Fuchs-Nordhoff-
Straße, Gustav-Lühn-Straße, Knopstraße, Lohsinstraße, Marien-
weg, Voßstraße, Reuningstraße, Schubertstraße, Thäringen-
straße, Treuenbergstraße, Wolfsstraße.
Wahlraum: 39. Volkschule, Möckern, Knopstraße 3.
270. Wahlbezirk. Q.-Möckern. Hünerbeinstraße, Landwehrstraße,
Lobenhalstraße, Reichenstraße, Sohrstraße, Steinmeierstraße,
Thielestraße, Warburgstraße.
Wahlraum: 39. Volkschule, Möckern, Knopstraße 3.
271. Wahlbezirk. Q.-Möckern. Eskarstraße, Kahlerstraße, Kern-
straße, Küllstraße, Malzahnstraße, Mellendurgstraße, Seidlik-
straße.
Wahlraum: 39. Volkschule, Möckern, Knopstraße 3.
272. Wahlbezirk. Q.-Möckern. Podelwicker Straße, Radefelder
Straße, Tauchaer Weg, Wiederikhiser Weg.
Wahlraum: Versorgungslazarett I, Möck., Tauchaer Weg.
273. Wahlbezirk. Q.-Möckern. Hoerstraße, Landsberger Straße.
Wahlraum: Bekleidungsamt, Arbeiter-Wohlfahrtsgeb., Möck.,
Hoerstraße.

Einwohner von Leipzig!

Freitag, den 11. November 1921, abends 1/27 Uhr
spricht der Vorsitzende der U. S. P. D.

Arthur Crispin

in der Teltilmehhalle auf dem Königsplatz.

Lagesordnung: 1. Die Reichspolitik und die Gemeinden. 2. Freie Ausprache.

Sorgt für Massenbesuch.

Der Hauptvorsitzende Groß-Leipzig U. S. P. D.

öffentliche Wählerversammlungen

L.-Gohlis. Schillerschlößchen. Freitag, den 11. November, abends 1/2 Uhr: Ein lebtes Wort zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtverordneten-Kandidat W. Mahnerl.

L.-Möckern. Aula der 39. Volksschule. Freitag, den 11. November, abends 1/2 Uhr: Ein lebtes Wort zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtverordneten-Kandidat Kaufmann Paul Pöhlke.

Wiederitzsch. Gasthof. Freitag, den 11. November, abends 1/2 Uhr: Die Bedeutung der bevorstehenden Gemeinderatswahl. Referent: Reichslagsabgeordneter A. Bruchardt.

Zöbigker. Friedenseiche. Sonnabend, den 19. November, abends 8 Uhr: Die Bedeutung der bevorstehenden Gemeinderatswahl. Referent: Genosse Pfleigner.

Kopf- und Handarbeiter von Leipzig! Erkennt die Bedeutung dieser Wahl! Kommt in die Versammlungen, um unsere Wege und Ziele kennenzulernen.

U. S. P. D. Groß-Leipzig.

Wichtige Bekanntmachungen.

Sparkasse Engelsdorf-Sommerfeld-Mölkau
Bürostand 3½ m². Tägliche Versammlung.
Exhibiert wird jeden Werktag vormittags
in Engelsdorf, Sommerfeld und Mölkau.

Sparkasse Paunsdorf.

Geschäftsstelle:

Montags bis Freitag 8—2 Uhr,
Sonnabends 8—1 Uhr.

Mögliche Bezahlung mit 3½ Prozent.
Postleitzettelkonto Leipzig Nr. 41300.

Kontokorrentkonto.

USPD. Groß-Leipzig

Alt-Leipzig, Bezirk Norden. Sonnabend, abends 8 Uhr, Wichtige Bezirksversammlung im Appelbaum, Berliner Straße. Die Besitzreiter.

Modau. Die Genossen treffen sich nach der Wahl im genenraum des Wahlresultats. Der Vorstand.

Tautpha. Sonnabend, den 12. November, abends 1/2 Uhr, Löwen, 1. Generalversammlungsbericht, 2. Gemeindeangelegenheiten, 3. Verschiedenes.

Volksspiel-Bund.

Sonnabend, den 12. November, abends 1/2 Uhr, findet im Auguste-Schmid-Haus, Dresden-Straße, für Mitglieder d. erste

Kunst-Abend

statt. Eintritt gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte frei. Mitglieder, die ihre Mitgliedskarte noch nicht haben, erhalten dieselbe am Saaleingang. Aufnahme dabei ist. Der Kursus für Osten, Süden, Norden und Zentrum wird jeden Montag, abends 7 Uhr, im Volkshaus abgehalten. Zahlreiche Beteiligung notwendig.

Metallarbeiter

Berband

Metallarbeiter-Berband, Leipziger Str. 30, Ic. Büros: Montags 8-10, abends 4-6. Dienstags 8-10, abends 4-6. Samstags 8-10, abends 4-6. Sonntags 8-10, abends 4-6. Dienstag und Samstag werden die Versammlungen entliehen werden. Trautversammlungen müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Betriebsräte und Obbleute

Montag, den 14. November 1921, findet die Urwahl der Delegierten zum Reichs-Betriebsräte-Kongress statt. Gewählt wird von 4-7 Uhr in folgenden Lokalen:

Westen: Gambino, Reußstr., Hauptstraße

Zwei Linden, Karl-Heine-Straße

Osten: Grüne Ave., Auer, Bernhardstraße 26

Norden: Ritter-Ausmarkt, Eisstraße

Zentrum-Süd: Volkshaus.

Wahlberechtigt sind alle aktiven Betriebsratsmitglieder und Obbleute, welche bei der Wahl ihr Verbandsbuch und die rote Ausweiskarte des Metallarbeiterverbandes vorzeigen können. Es ist Pflicht eines jeden, sich an der Wahl zu beteiligen.

Funktionäre der Bezirke u. Branchen

Am Sonnabend, dem 12. November, abends 7 Uhr, findet für den Bezirk Westen in den zwei Linden, Karl-Heine-Straße, für den Bezirk Osten in der Grünen Ave., Bernhardstraße, eine

wichtige Besprechung

statt. — Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Billige

Herren-Garderobe

Großer Gelegenheitskauf

für Herren, Jünglinge und Knaben. Teilweise weit unter heutigem Preis!

Habe einen großen Restposten neue

Schlüpfer / Ulster / Paletots / Anzüge

Cutaways / Hosen (Nur gute Qualitäten)

aufgekauft und verkaufe diese einzeln

auffallend billig.

Gummihäntel Pelerinen Joppen

in großer Auswahl!

Bitte um Besichtigung, ohne Kaufzwang!

J. Kindermann Neumarkt 1, I. Et.

Kein Laden..

Seit 41 Jahren bestehend.

Freireligiöse Gemeinde, Bezirk West.

Sonntag, den 13. November, abends 6.30 Uhr

Familien-Abend

im Goethe-Schlößchen, L.-Platzwitz, Elisabethallee

Vortrag, musikal. dramat. u. deklamator. Darbietungen.

Bekanntgabe des Wahlresultats.

Gäste willkommen. Neuer Besuch erwartet. Der Vorstand,

Verein für Lebens- und Heilkunst Reform

E. V. Leipzig

Morgen Sonnabend, ab 1/2 Uhr:

Dr. Walter Hoffmanns Theater- u. Ballabend

und Beteiligung der Schweizerischen rheinischen

Tanzschule, des Gesangsvereins Phönix und der Humoristen

Küller und Berger. Bedeutende Darbietungen.

Eintritt 2.— Mit u. Stener. Gäste willkommen.

Achtung, billiges Fleisch!

Kein Gefrier-, nur frischfleisch!

Freitag und folgende Tage:

Kopf- und Rindfleisch 4.50

Brüderliches Kalbfleisch 12.00

Brüderliches Rindfleisch 10.00

Brüderliches Kalbfleisch 11.00

Brüderliches Rindfleisch 12.00

Brüderliches Hammelfleisch 14.00

Brüderliches Hammelfleisch 14-12.00

Brüderliches Schweinefleisch pfd. 22-20.00

Strobel's Fleischereien

L.-Volkmarstadt, Torgauer Straße 33,

Kirchstraße 8, am Berge.

Hausfrauen!! Achtung!

Simmer noch billig!

Brüderliches Rindfleisch 1 Braten ... von 10-12 M.

Brüderliches Schweinefleisch ... von 10 M. an

Brüderliches Hammelfleisch ... von 11-14 M.

Brüderliches Kalbfleisch ... von 4.50 M.

Fleischermstr. F. Haubold, Vo., Kirchstraße 92.

Achtung!

Brüderliches Hammelfleisch pfd. 10 u. 11, Riefe 12 M.

Rindfleisch ... pfd. 10 M.

Brüderliches Kalbfleisch ... pfd. 14 M.

Brüderliches Schweinefleisch ... pfd. 20 u. 21 M.

O. Täschner Nachf., L.-Volkm., Kirchstraße 46.

Achtung, Hausfrauen!

Rindfleisch pfd. 10 M. in Rouladen pfd. 13 M.

Brüderliches Kalbfleisch pfd. 14 M.

Brüderliches Hammelfleisch 10 u. 11 M.

Günther Schollmeyer Fleischmeister, L.-Vollmarstadt, Hildegardstraße 53

Offizielle ...

Brüderliches Hammelfleisch pfd. 12.00

Brüderliches Rindfleisch, 1. Rind, pfd. 12.00

Brüderliches Schweinefleisch, 1. Rind, pfd. 15.00

Brüderliches Kalbfleisch, 1. Rind, pfd. 16.00

Sämtliche Fleisch- und Wurstwaren zum üblichen Tagespreise.

Curt Haft

... Endenau, Markt 16...

In unserm Verlage erschien:

Gerhart Seger

Kunst und Historischer Materialismus

Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung

Preis Mark 2.-

Bestellungen nehmen Austräger und

Filialen der Volkszeitung entgegen

LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A.-G.

Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Straße 10/21

Sofort fertigt unter Garantie iamt Brust

und Rücken Kopf, Kleider- und Hals, Sofort

geschnitten, reißfest, bei Menich und Tier,

110 Kunden unbeschädlich.

Berlauf nur Schleiterle, 12; Göltz, Neuh. Hall. Str. 57;

Auerwald, Lind, Josephstr. 17; A. Köhlin, Rantzausstraße 3;

Groß Zemrich, L.-Moskau, Mosauer Straße 22, 14

Familien-Nachrichten

Am 9. November, abends verschied. plötzlich an

Serschlag mein innigst geliebter Mann, unser her-

zensarter treuer Vater und Schwiegervater, unser

lieber Bruder, Schwager und Onkel,

Herr Bäckermeister Emil Gramm

im Alter von 52 Jahren.

2. Stötterig, den 10. November 1921.

Im tiefler Trauer

Hilda Gramm geb. Just

Helene Seide geb. Gramm

Gustav Seide

nebst allen Hinterbliebenen.

Die Trauerfeier mit anschl. Einäscherung findet

Montag, nachm. 1/4 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Von Beileidsbekunden und Kranspenden bitten

wir abzuwenden.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme

beim Hinscheiden meines lieben Mannes, un-

seres guten Vaters, Herrn Schneidermeister

Friedr. Wagenknecht

sprechen wir hierdurch unseren Dank aus.

Lina verw. Wagenknecht

und Kinder.

Zigaretten

zum alten Preis Mk. 230 per 1000 mit Gold-

Mundstück

<p